



REPUBLIK ÖSTERREICH
Parlament

Demokratie trifft und betrifft uns alle

Jahresbericht 2019
NATIONALRAT





Tausende Menschen besuchten im vergangenen Jahr die Ausstellungen des österreichischen Parlaments mitten am Heldenplatz in Wien (von links): 2019 war bis März noch die Ausstellung anlässlich des Republiksgedenkens zu sehen, gefolgt von einer Ausstellung in Erinnerung an die ersten acht Frauen im österreichischen Parlament und einer Schau zum Thema 30 Jahre Mauerfall

„Demokratie trifft und betrifft alle Menschen.“

Sie hat ihren Kristallisationspunkt im österreichischen Parlament mit seinen beiden Kammern, dem Bundesrat und dem heute neu konstituierten Nationalrat. Durch Wahlen legitimiert als Abgeordnete in das Hohe Haus entsandt, ist es unsere gemeinsame Pflicht und Verantwortung, zum Wohle unserer Heimat und unserer Landsleute unsere Aufgaben gewissenhaft zu erfüllen, und zwar auf der unverbrüchlichen Basis unserer Bundesverfassung.“

Wolfgang Sobotka
Antrittsrede als wiedergewählter Präsident des Nationalrats
23. Oktober 2019

Jahresbericht des Nationalrats 2019





Inhalt

VORWORT DES NATIONALRATSPRÄSIDENTEN

Wolfgang Sobotka | 2019 – Ein Jahr der unerwarteten Herausforderungen 8

Doris Bures | Starker Parlamentarismus in bewegten Zeiten 10

Norbert Hofer | Freies Spiel der Kräfte im Parlament 12

Die Klubobleute über das Jahr 2019 14

DER NEUE NATIONALRAT

Die neue Gesetzgebungsperiode 18

Antrittsrede Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka 24

Gastkommentar Thomas Hofer | Die Skandalwahl 28

100 JAHRE FRAUENWAHLRECHT

100 Jahre Frauenwahlrecht 30

Interesting Facts and Figures 35

Ein weiter Weg 37

Gastkommentar Ursula Strauss |

Ein Rückblick auf den Schwerpunkt Frauenwahlrecht 38

KAMPF GEGEN ANTISEMITISMUS

Das Parlament als starke Stimme gegen Antisemitismus 42

Gastkommentar Hannah Lessing | Gemeinsam den Anfängen wehren 48

Volksanwaltschaft – Partnerin der Bürgerinnen und Bürger 50

Der Rechnungshof als unabhängiges Kontrollorgan 52

Die Parlamentarische Bundesheerkommission –

Anwalt der Soldatinnen und Soldaten 54

Tag der offenen Tür 56

PARLAMENT INTERNATIONAL

Internationale Kontakte 2019 60

Besuche und Reisen des Nationalratspräsidenten 74

Happy Birthday, Parlamentsbibliothek! 76

KINDER UND JUGENDLICHE

Bildung – Ein wichtiger Beitrag für die Demokratie 78

Die DemokratieWERKstatt wird erwachsen:

Neue Module für Jugendliche ab 15 82

SANIERUNG

Runderneuerung eines ehrwürdigen Hauses 84

Historische Luster erstrahlen in neuem Glanz 88

„Positives Feedback macht uns stolz“ 90

Die XXVI GP (2017-2019) in Zahlen 92

Nationalrat 2019 in Zahlen 94

Service und Information | Angebote des Parlaments 96

Bildnachweise | Impressum 98

2019 – Ein Jahr der unerwarteten Herausforderungen

Im Verlaufe des Jahres 2019 wurden mehrere Schwerpunkte gesetzt, die aber nicht als singuläre Maßnahmen gesehen werden dürfen, sondern vielmehr als Ausgangspunkt eines weiterführenden Prozesses.

Wolfgang Sobotka | Präsident des Nationalrats

Der Beginn des Jahres 2019 stand unter dem Eindruck des 100-jährigen Jubiläums des Wahlrechts für Frauen. Unter der Schirmherrschaft von Ursula Strauss wurde eine Veranstaltungsreihe konzipiert, die den Bogen von den ersten Abgeordneten wie Adelheid Popp oder Hildegard Burjan bis hin zu Frauen im österreichischen Widerstand spannte. Abgerundet wurde dieser Veranstaltungsreigen durch eine Podiumsdiskussion von prominenten Künstlerinnen aus verschiedenen Sparten der bildenden und darstellenden Bereiche unter der Leitung von Clarissa Stadler.

STUDIE ZUM THEMA ANTISEMITISMUS

Im März wurde eine vom Parlament beauftragte und von IFES durchgeführte Antisemitismusstudie präsentiert. Es handelte sich hierbei um eine wichtige Maßnahme, da in den letzten Jahrzehnten kaum stringente Forschungsarbeit in Österreich zu Antisemitismus und den damit verbundenen Einstellungen vorhanden war. Mehr als 2.700 Personen wurden befragt, darunter auch sogenannte Aufstockungsgruppen von türkisch- und arabischsprachigen Menschen, um einen validen Überblick über den zugewanderten Antisemitismus zu gewinnen. Die Ergebnisse waren zum Teil alarmierend, allerdings auch mit der Erkenntnis verbunden, dass Antisemitismus durch Bildung nachhaltig bekämpft werden kann.

WESTBALKAN – BEITRITTSPROZESS IST NICHT REVERSIBEL

Der Schwerpunkt meiner Reisen lag auch 2019 auf dem Westbalkan. Der Westbalkan ist nicht nur in wirtschaftspolitischer, sondern auch in sicherheitspolitischer Hinsicht von geostrategischer Bedeutung für Österreich. Bosnien und Herzegowina, Serbien und der Nachbar Slowenien waren die Ziele der Reisen, die dem engen Austausch mit den loka-

len Parlamenten dienten. Die Diplomatie der Parlamente ist in diesem Prozess der Annäherung der Staaten Südosteuropas ein entscheidender Faktor. In Montenegro konnte bereits erfolgreich das Konzept der Demokratiewerkstatt exportiert werden, eine weitere wird derzeit im Kosovo auf-



gebaut. Seit diesem Jahr werden regelmäßig Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus den Parlamentsdirektionen der sechs Westbalkanstaaten in Wien empfangen und im Rahmen eines Stipendiatenprogramms mit den Grundsätzen der österreichischen Parlamentsverwaltung vertraut gemacht.

DER 17. MAI 2019

Dieser Tag, vor allem der frühe Abend desselben, wird wohl jeder Österreicherin und jedem Österreicher in nachhaltiger Erinnerung bleiben. Es war jener Tag, an dem das sogenannte Ibizavideo von einem deutschen Medienhaus der Öffentlichkeit

präsentiert wurde. Was folgte waren turbulente Tage und eine der größten Herausforderungen für die österreichische Verfassung in ihrem fast hundertjährigen Bestehen. Am 18. Mai sah sich Bundeskanzler Sebastian Kurz gezwungen, die Koalition mit der Freiheitlichen Partei aufzukündigen. Eine mit Bundespräsident Alexander Van der Bellen akkordierte Übergangsregierung wurde am 27. Mai mit einer von SPÖ und FPÖ gebildeten Stimmenmehrheit samt und sonders abgewählt – ein bisher einmaliger Vorgang in der Geschichte der Zweiten Republik. Es folgten auch im Parlament bewegte Monate mit wechselnden Mehrheiten und einem Wahlkampf, der auch die Arbeit im Hohen Haus beeinflusste.

AUSBLICK 2020

25 Jahre Beitritt zur Europäischen Union, 75 Jahre Zweite Republik und 100 Jahre Bundesverfassung werden auch im Parlament im kommenden Jahr im Rahmen eines gesamthaften Gedenktagskonzepts gewürdigt werden. Darüber hinaus wird auch dem Themenfeld Antisemitismus und seinen Ursachen breiter Raum gegeben werden. Schließlich soll im kommenden Jahr auch dem Thema Inklusion von behinderten Menschen ein Schwerpunkt gewidmet sein. Menschen mit Behinderung und ihre Probleme werden im Alltag oft nicht wahrgenommen – ein parlamentarischer Fokus soll dies ändern und die Chancen, aber auch die Herausforderungen durch inklusive Handlungen aufzeigen.

Ein ganz besonderer Höhepunkt wird die 5. IPU-Weltkonferenz der Parlamentspräsidentinnen und -präsidenten vom 19. bis 21. August 2020 bei den Vereinten Nationen in Wien sein. Diese findet erstmals in Österreich statt und wird sich schwerpunktmäßig mit Klimaschutz, Migration, dem Kampf gegen Terrorismus sowie der weltweiten Stärkung von Demokratie und Parlamentarismus auseinandersetzen.



Starker Parlamentarismus in bewegten Zeiten

Der Jahresbericht des Nationalrats bietet stets eine gute Gelegenheit zurückzublicken und sich die Höhepunkte und Herausforderungen des abgelaufenen Arbeitsjahres in Erinnerung zu rufen.

Doris Bures | Zweite Präsidentin des Nationalrats

„Alles kann passieren!“ – lautet der Titel des „Polittheaters“ von Doron Rabinovici und Florian Klenk. Diese drei Worte fassen die politischen Geschehnisse des abgelaufenen Jahres und deren unmittelbaren Folgen für die parlamentarische Arbeit wohl am besten zusammen. Als ich am 13. Mai 2019 – in Kooperation mit dem Wiener Burgtheater – zu einer Aufführung dieses Werkes in den Großen Redoutensaal lud, ahnte wohl niemand im Raum, dass wenige Tage später durch die Veröffentlichung des sogenannten Ibizavideos ein politisches Erdbeben ausgelöst werden sollte. Die daran anschließenden Entwicklungen sind hinlänglich bekannt und müssen an dieser Stelle nicht näher ausgeführt werden.

„Demokratie ist keine
Selbstverständlichkeit,
sondern ein Wert, um
den wir uns täglich
aufs Neue [...] bemühen müssen.“

Doris Bures



Gerade in diesen turbulenten Zeiten konnte das Parlament aber einen wesentlichen Beitrag zur dringend notwendigen Stabilität leisten und verhindern, dass aus einer Regierungskrise eine Staatskrise wurde. Demokratie ist keine Selbstverständlichkeit, sondern ein Wert, um den wir uns alle täglich aufs Neue – auch durch die Wahl unserer Worte – bemühen müssen, denn das Parlament ist das Herz unserer Demokratie, der Ort der Rede und der Gegenrede sowie des Zuhörens. Zum gelebten Parlamentarismus gehören

mitunter leidenschaftlich geführte Debatten. Untergriffe und Beleidigungen sind aber fehl am Platz.

100 JAHRE FRAUEN IM PARLAMENT

Das wussten wohl auch 100 Jahre zuvor die ersten acht weiblichen Abgeordneten, an deren Einzug ins Hohe Haus im Jahr 1919 ein Abend mit der Doyenne des Burgtheaters Elisabeth Orth, sowie ihren Kolleginnen Dorothee Hartinger, Petra Morzé

und Alexandra Henkel erinnerte. Die vorgetragenen Reden der Pionierinnen veranschaulichten auf eindrucksvolle Weise die damals aktuellen sozialen Themen und den Kampfgeist, den Adelheid Popp und ihre Mitstreiterinnen zeigten, um das Leben der Bevölkerung zu verbessern. Damals wie heute gilt: Zusammenarbeit, Dialog und Interessenausgleich sind die Voraussetzungen dafür, dass die besten Lösungen nicht nur für wenige, sondern für alle Menschen in unserem Land gefunden werden.

MASSNAHMEN GEGEN GEWALT AN FRAUEN

Ganz in diesem Sinne habe ich zu Beginn des Jahres – aus Anlass der Häufung von Frauenmorden im Rahmen häuslicher Gewalt – die Bereichssprecherinnen aller im Parlament vertretenen Fraktionen sowie Vertreterinnen und Vertreter der Polizei, von Opferschutzeinrichtungen sowie aus Wissenschaft und Lehre wiederholt zum parlamentarischen Dialog geladen.

Auch bei der internationalen Gewaltschutzkonferenz, die ich gemeinsam mit der Interventionsstelle veranstalten durfte, wurden in Referaten und Workshops wertvolle Inputs zum Opferschutz gegeben. Ich bedaure persönlich sehr, dass die Vorschläge aus der Praxis letztlich kaum Niederschlag bei dem im September mit Stimmenmehrheit im Nationalrat beschlossenen Gewaltschutzpaket fanden.

DIGITALISIERUNG UND DEMOKRATIE

Körperlicher Gewalt geht nicht selten sprachliche Gewalt voraus. Hass im Netz und die Beeinflussung unserer demokratischen Prozesse im Zeitalter der Digitalisierung waren daher auch die zentralen Themen im Rahmen meiner Veranstaltungsserie „Digitalisierung und Demokratie“. Ingrid Brodnig, Julia Ebner und Bernhard Pörksen garantierten als Vortragende spannende Einblicke.

2019 stand aber auch wieder im Zeichen der wichtigen parlamentarischen Kontrolle. Als Vorsitzende des BVT-Untersuchungsausschusses war es mir ein Anliegen, im Umgang mit einer hochsensiblen Materie dem Anspruch eines möglichst transparenten und medienöffentlichen Verfahrens gerecht zu werden und gleichzeitig den Schutz sensibler Informationen zu gewährleisten. 46 Sitzungen, 312 Stunden, 102 Befragungen, 88 Auskunftspersonen und 4.600 Seiten Protokoll offenbarten die

Notwendigkeit einer Neuaufstellung des Bundesamtes für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung mit dem Ziel der Wiederherstellung der internationalen Reputation und der in diesem Bereich so wichtigen vertrauensvollen Zusammenarbeit. Trotz unterschiedlicher politischer Zugänge konnten wir die Aufklärungsarbeit erfolgreich parteiübergreifend erledigen.

Ich möchte meinen Rückblick mit einem großen Dankeschön an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Parlamentsdirektion und der parlamentarischen Klubs beschließen. Durch deren Engagement und Kompetenz wurde – nach der Sedisvakanz im Jahr



2016 – wieder einmal eindrucksvoll unter Beweis gestellt, dass das Hohe Haus neben den tagtäglichen Aufgabenstellungen auch für unvorhergesehene Entwicklungen gut gerüstet ist.

Doris Bures

Freies Spiel der Kräfte im Parlament

Norbert Hofer | Dritter Präsident des Nationalrats

Wie jedes Jahr gibt es auch heuer die von der Gesellschaft für Österreichisches Deutsch veranstaltete Wahl zum Wort des Jahres. Auch über das Unwort, das Jugendwort, den Spruch sowie den Unspruch des Jahres können die Österreicherinnen und Österreicher abstimmen. Die Jury hat mehrere Vorschläge erarbeitet, über die in einem Onlinevoting entschieden werden kann. Eine Phrase, die in der Jury-Vorauswahl fehlt, ist in meinen Augen: das freie Spiel der Kräfte. Dieser oft gebrauchte, aber selten so im Fokus wie in diesem Jahr stehende Begriff ist die Basis einer Entwicklung, wie es sie in der 99-jährigen Geschichte des österreichischen Nationalrats noch nicht gegeben hat – und die von politischen Beobachtern wohl auch nicht für möglich gehalten wurde.

Nach dem vorzeitigen Ende der ÖVP-FPÖ-Regierung im Mai 2019, dem anschließenden Rücktritt der freiheitlichen Regierungsmannschaft und der Angelobung von Übergangsministern auf den freigewordenen Ministerposten der FPÖ wurde die Öffentlichkeit Zeuge einer Abstimmung, die als historisch bezeichnet werden darf. Im Rahmen der Sitzung des Nationalrats vom 27. Mai 2019 brachte die SPÖ einen Misstrauensantrag gegen die gesamte Bundesregierung ein. Die Liste JETZT und die FPÖ entschieden sich, diesem Antrag die Zustimmung zu erteilen – und so kam es, dass der von Bundeskanzler Kurz geführten Bundesregierung um 16.14 Uhr das Misstrauen ausgesprochen wurde. Das österreichische Parlament hatte entschieden.



Die folgenden Tage und Wochen standen ganz im Zeichen der Bildung einer Beamtenregierung, die bis zur Neuwahl im Herbst und der darauffolgenden Regierungsbildung die Geschäfte des Landes leiten sollte. Gemeinsam mit dem Bundespräsidenten waren die Klubobleute der Parlamentsparteien in die Diskussionen involviert, denn es galt sicherzustellen, eine Übergangsregierung zu finden, die auch über eine Mehrheit innerhalb des Parlaments verfügt.

Die Zeit von der Angelobung der Beamtenregierung bis zum Wahltag war im österreichischen Parlament vom eingangs zitierten freien Spiel der Kräfte geprägt. Da es kein aufrechtes Koalitionsabkommen mehr gab, wurden im Parlament zu unterschiedlichen Themen unterschiedliche Allianzen geschmiedet. Der Nationalrat wurde in dieser koalitionsfreien Zeit eine gesetzgebende Kammer, die in einem offenen Dialog viele Gesetzesinitiativen und Gesetzesänderungen auf den Weg brachte – auch das gab es in dieser Form schon lange nicht mehr im Hohen Haus.

„Das österreichische Parlament stand lange nicht mehr so stark im Rampenlicht wie in diesem Jahr und hat bewiesen, wie lebendig unsere Demokratie ist.“

Norbert Hofer

Das Jahr 2019 war auch von einem Abschied und einem Wiedereinzug geprägt. Die Liste JETZT scheiterte bei der Nationalratswahl im September an der Vier-Prozent-Hürde und musste ihre Sitze im Parlament räumen. Auf der anderen Seite schafften die Grünen nach knapp zwei Jahren den Wiedereinzug in den Nationalrat.

Mit dem vorzeitigen Ende der Koalition mit der ÖVP führte auch mein Weg im Mai 2019 zurück in den Nationalrat. Bis zur Wahl im September durfte ich als Klubobmann den Freiheitlichen Parlamentsklub anführen. Wie oben beschrieben waren es herausfordernde Monate, die mir ebenso wie meinem geschäftsführenden Klubobmannkollegen Herbert Kickl viel abverlangten. Nach der Nationalratswahl



wurde ich vom FPÖ-Parlamentsklub für die Position des Dritten Präsidenten des Nationalrats nominiert. Obwohl die Grünen eine Gegenkandidatin ins Rennen geschickt hatten, wurde ich mit großer Mehrheit gewählt. Es ist bereits das dritte Mal, dass ich dieses Amt nun innehave, worüber ich mich sehr freue. In meiner Funktion als Dritter Präsident ist es mir sehr wichtig, eine neutrale Vorsitzführung an den Tag zu legen. Ich bin mir der Verantwortung, die dieses Amt mit sich bringt, bewusst und werde es nach bestem Wissen und Gewissen mit Leben erfüllen. Ich freue mich auch im kommenden Jahr auf die gute Zusammenarbeit mit dem Nationalratspräsidenten Wolfgang Sobotka und der Zweiten Präsidentin Doris Bures.

Das österreichische Parlament stand lange nicht mehr so stark im Rampenlicht wie in diesem Jahr und hat bewiesen, wie lebendig unsere Demokratie ist.

Die Klubobleute über das Jahr 2019



AUGUST WÖGINGER (ÖVP)

Die aufgrund des Ibiza-skandals vorzeitig zu Ende gegangene XXVI. Legislaturperiode war geprägt von hoher Arbeitsintensität. Volkspartei und FPÖ haben eine Vielzahl an Reformen auf den Weg gebracht – 2019 etwa die Besserstellung von Krisenpflegeeltern, die neue Mindestsicherung oder auch in Bezug auf die Deutschförderklassen. Unter dem Motto „Nah an den Menschen. Bereit für die Zukunft“ hat im Bundesrat mit Karl Bader das Land Niederösterreich die Präsidentschaft im zweiten Halbjahr 2019 übernommen. Das eindrucksvolle Ergebnis der ÖVP bei den Europawahlen im Mai hat gezeigt, dass die Menschen die Volkspartei in Verantwortung sehen wollen. So hat die ÖVP das beste Ergebnis, das je bei einer EU-Wahl erzielt wurde, erreicht. Dies hat den ÖVP-Parlamentsklub ebenso gestärkt wie der historische Erfolg bei den Nationalratswahlen und die starken

Landtagswahlergebnisse. Mit 71 Nationalratsabgeordneten, 23 Mitgliedern zum Bundesrat und sieben Europaparlamentariern werden wir als größter Klub im Parlament – mit 101 Mandatären – weiterhin mit ganzer Kraft für Österreich arbeiten.



PAMELA RENDI-WAGNER (SPÖ)

2019 war innenpolitisch ein turbulentes Jahr. Nach dem Platzen der türkis-blauen Regierung infolge des Ibiza-videos zeigte der Nationalrat, was ein selbstbewusster, lebendiger Parlamentarismus im freien Spiel der Kräfte zu leisten vermag. In dieser Zeit konnte die SPÖ eine ganze Reihe spürbarer Verbesserungen für die Bevölkerung durchsetzen, wie den Rechtsanspruch auf einen Papamonat, die volle Anrechnung der Karenzzeiten, Verbesserungen bei den Pensionen oder das Verbot von Glyphosat.

Möglich wurde das, weil die Parteien über alle politischen Unterschiede hinweg auf Augenhöhe miteinander geredet und Mehrheiten für ihre Anliegen gesucht haben. Darauf müssen wir auch in Zukunft wieder stärker setzen: auf das Gespräch zwischen Regierung und Opposition, auf den Dialog mit den Sozialpartnern und mit der Zivilgesellschaft,

damit wir Herausforderungen wie die Klimakrise, einen drohenden Konjunkturéinbruch, den Kampf gegen Kinderarmut und für leistbares Wohnen erfolgreich bewältigen können.



HERBERT KICKL (FPÖ)

Das Parlamentsjahr 2019 wurde natürlich von den Neuwahlen, die am 29. September stattfanden, geprägt. Diesen war der mutwillige Bruch der Koalition durch die ÖVP vorausgegangen. Am 27. Mai zeigte der Nationalrat seine Handlungsfähigkeit: Zum ersten Mal in der Zweiten Republik erreichte ein Misstrauensantrag gegen die Bundesregierung die nötige Mehrheit, woraufhin Bundeskanzler Kurz und seine Minister sofort zurücktreten mussten.

Durch diese Ereignisse wurde allerdings die sonstige politische Arbeit des Nationalrats überschattet. Gerade der Freiheitliche Parlamentsklub hat hier wie immer Maßstäbe gesetzt und die Regierungsarbeit maßgeblich mitgestaltet, aber auch nach dem Rücktritt der Regierung haben die Freiheitlichen eine Fülle von Anfragen und Anträgen eingebracht und damit die Bedeutung des Nationalrats unter Beweis gestellt.



WERNER KOGLER (GRÜNE)

Das Parlamentsjahr war für uns Grüne vor allem ein Wiedereinzugsjahr. Nach einem langen und anstrengenden, aber hochmotivierenden Wahljahr ist der Grüne Nationalratsklub mit seinen 26 Abgeordneten nun größer als je zuvor und zugleich weiblicher geworden: 15 der 26 Neuen sind Frauen, fast ein Viertel hat migrantische Wurzeln. Und: Wir haben mit vier Bundesrät*innen 2019 auch wieder Klubstatus im Bundesrat erreicht. In den Reihen des Klubs finden sich Persönlichkeiten aus Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Journalismus. Die Grünen haben im Parlament die vergangenen zwei Jahre bitter gefehlt – als starke Stimme für den Klima-, Natur- und Umweltschutz, für saubere Politik und soziale Gerechtigkeit. Nach dem besten grünen Ergebnis bei einer Nationalratswahl werden wir uns nun wieder tatkräftig im Hohen Haus für diese Themen einsetzen.



BEATE MEISL-REISINGER (NEOS)

Das politische Jahr 2019 war u. a. von dem Scheitern der türkisch-blauen Regierung geprägt. Die Folge daraus waren die notwendigen Neuwahlen und eine Verwaltungsregierung. Gleichzeitig rückte der lebendige Parlamentarismus ins Zentrum des politischen Interesses. Für die Stabilität des Landes war und ist es wichtig, dass das Parlament arbeitsfähig ist. Gerade in Wahlkampfzeiten besteht beim freien Spiel der Kräfte aber die Gefahr von unverantwortlichen Wahlzuckerln, die nicht die Zukunft des Landes, sondern den eigenen Wahlerfolg im Fokus haben. NEOS hat vielleicht unpopulär, aber stets verantwortungsvoll gehandelt – das macht mich stolz. Ich würde mich allerdings über diesen lebendigen Parlamentarismus und breiten Dialog auch während der nächsten Regierung freuen – abseits von Taktik aufgrund eines herannahenden Wahltermins. Ich erwarte mir von

der nächsten Regierung, die Würde des Hohen Hauses zu respektieren, um gemeinsam konstruktiv an echten Lösungen zu arbeiten. Nur so werden wir verantwortungsvolle Zukunftsreformen beschließen können, die nachhaltige Maßnahmen im Klima- und Umweltschutz versprechen, einem drohenden Wirtschaftsabschwung entgegenwirken, für eine anständige Politik durch völlige Transparenz sorgen, Menschen entlasten und vor allem gravierende Verbesserungen im Bildungsbereich umsetzen.

THEMA

Der neue Nationalrat



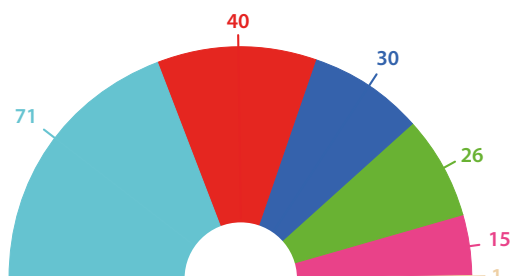


Die neue Gesetzgebungsperiode

2019 wurde ein neuer Nationalrat gewählt, der am 23. Oktober erstmals zusammentrat. Ihm gehören wieder fünf Fraktionen an, allerdings ersetzen die Grünen, die nach einer Pause von zwei Jahren in den Nationalrat zurückkehren, die Liste JETZT, die den Wiedereinzug ins Hohe Haus verpasste.

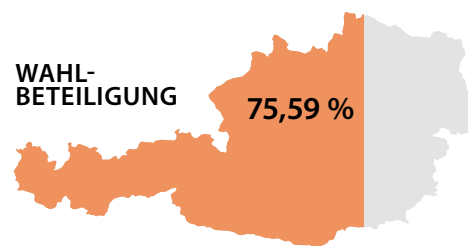
24 Tage nach den Wahlen traten die neu gewählten Vertreterinnen und Vertreter des Volkes zur konstituierenden Sitzung am 23. Oktober 2019 zusammen. 183 Abgeordnete legten dabei ihr Bekenntnis zu Republik und Verfassung ab. Konkret lautet die Gelöbnisformel: „Sie werden geloben unverbrüchliche Treue der Republik Österreich, stete und volle Beobachtung der Verfassungsgesetze und aller anderen Gesetze und gewissenhafte Erfüllung Ihrer Pflichten“.

Erneut fünf Parteien im Nationalrat vertreten



Wie schon in der vergangenen Gesetzgebungsperiode sind auch in der XXVII. GP wieder fünf Parteien im Nationalrat vertreten. Als stärkste Fraktion ist die ÖVP aus den Wahlen hervorgegangen, sie hat 71 Mandate (+9) errungen. Danach folgen die SPÖ mit 40 (-12) und die FPÖ mit 31 Sitzen (-20), wobei die Fraktionsstärke des FPÖ-Klubs durch den Ausschluss und die Mandatsannahme von Philippa Strache auf 30 Mandate sank. Philippa Strache wird als fraktionslose Abgeordnete dem Nationalrat angehören. Die Grünen schafften nicht nur den Wiedereinzug in den Nationalrat, den sie 2017 verlassen mussten, sie wurden mit 26 Mandaten auch die viertstärkste Fraktion im Hohen Haus, vor den NEOS mit 15 Abgeordneten (+5). Die Liste JETZT, die acht MandatarInnen stellte, konnte die vorgeschriebene Vier-Prozent-Hürde nicht überspringen und verfehlte somit den Einzug in den Nationalrat. Bei der Wahlbeteiligung war

übrigens ein Rückgang gegenüber 2017 feststellbar, sie sank um 4,41 Prozent. Insgesamt 75,59 Prozent der ÖsterreicherInnen hatten am 29. September die Möglichkeit genutzt, die Abgeordneten des Nationalrats für die kommenden fünf Jahre zu wählen.

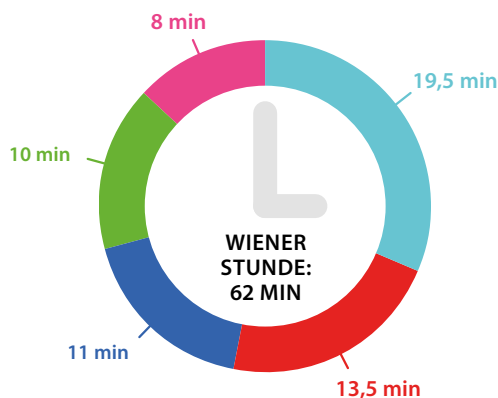


Rund 30 Prozent neue Abgeordnete

Waren 2017 noch 85 von 183 Nationalratsabgeordneten zum ersten Mal Mitglied des Hohen Hauses, beträgt die Zahl der Neulinge heuer nur noch 55. Die meisten Neuzugänge haben die Grünen. Lediglich drei ihrer MandatarInnen, nämlich Werner Kogler, Sigrid Maurer und die ehemalige JETZT-Abgeordnete und nunmehrige Justizministerin Alma Zadić, verfügen bereits über Erfahrungen als Nationalratsabgeordnete.



Der 24-jährige Yannick Shetty (NEOS) ist der jüngste Mandatar, älteste Mandatarin ist die 65-jährige Elisabeth Scheucher-Pichler (ÖVP). In der letzten Gesetzgebungsperiode war es noch umgekehrt – da stellte die Volkspartei mit Claudia Plakolm (damals 22 Jahre) die jüngste Mandatarin, die NEOS mit Irmgard Griss, die mit 71 Jahren ihr Amt antrat, die älteste Volksvertreterin. Erfahrenster Abgeordneter ist der ehemalige Zweite Nationalratspräsident Karlheinz Kopf (ÖVP), er gehört dem Nationalrat seit 1994 und damit seit 25 Jahren ohne Unterbrechung an.

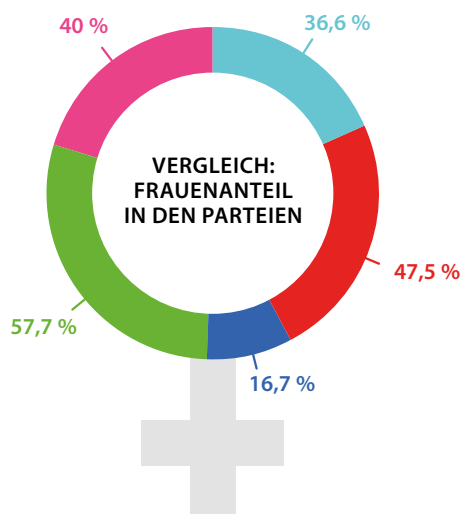


FPÖ mit 16,7 Prozent (fünf von 30). Bei der SPÖ sind 19 von 40 Abgeordneten weiblich (47,5 Prozent), bei den NEOS sechs von 15 (40 Prozent) und bei der ÖVP 26 von 71 (36,6 Prozent).

Der im Juli 2019 vom Nationalrat im Zuge der Änderung des Klubfinanzierungsgesetzes beschlossene Bonus von 3 Prozent, der bei Überschreitung eines Frauenanteils von 40 Prozent der MandatarInnen schlagend wird, kommt somit der SPÖ und den Grünen zugute. Die NEOS, die genau die 40 Prozent-Grenze erreichen, erhalten ihn nicht.

Sitzverteilung im Plenarsaal in der Hofburg

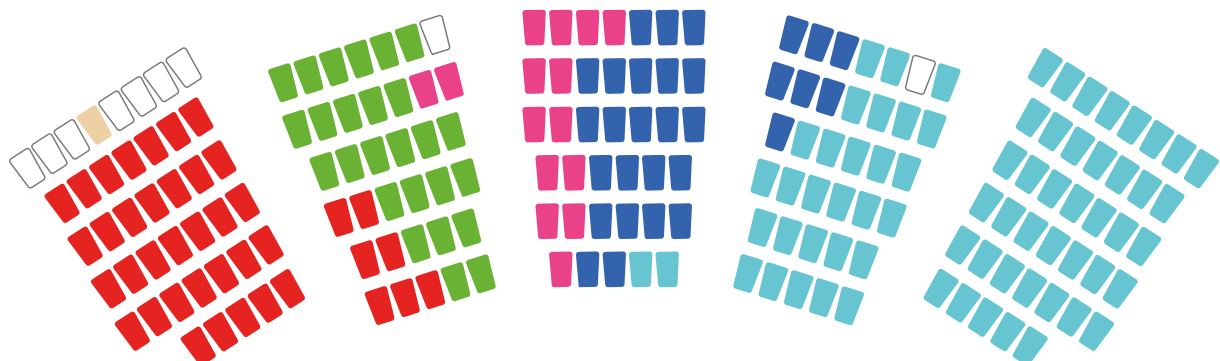
Die Sitzungen des Nationalrats finden während der Generalsanierung des historischen Parlamentsgebäudes in der Hofburg statt. Die ÖVP wird – vom Präsidium aus gesehen – erneut die Plätze ganz rechts im Plenarsaal einnehmen, die SPÖ sitzt wie bisher ganz links. Dazwischen verteilen sich die FPÖ (Mitte rechts), die Grünen (links) und die NEOS (Mitte links), wobei jede Fraktion zumindest einen Platz in der ersten Reihe hat. Philippa Strache wurde als fraktionsloser Abgeordneter ein Sitz in der letzten Reihe links zugewiesen. Bei der für 2021 geplanten Rückübersiedlung des Sitzungsbetriebs ins historische Parlamentsgebäude muss der Sitzplan neu verhandelt werden.



Frauenanteil ist auf 39,3 Prozent gestiegen, zwei Nationalratsklubs profitieren vom Bonus

Erhöht hat sich der Frauenanteil unter den Abgeordneten. Er ist von 34,4 Prozent (63 weibliche Abgeordnete) zu Beginn der XXVI. GP bzw. zuletzt 37,16 Prozent (68 weibliche Abgeordnete) auf 39,3 Prozent gestiegen: 72 der 183 Abgeordneten sind nunmehr Frauen. Den höchsten Frauenanteil haben die Grünen (57,7 Prozent), da 15 ihrer 26 Abgeordneten weiblich sind, den niedrigsten die

Die vor allem für die Verteilung von Blockredezeiten maßgebliche Wiener Stunde hat künftig 62 Minuten: Davon entfallen 19,5 Minuten auf die ÖVP, 13,5 Minuten auf die SPÖ, 11 Minuten auf die FPÖ, 10 Minuten auf die Grünen und 8 Minuten auf die NEOS. Zudem wurden einige Ausschüsse konstituiert. Großes Interesse an der Konstituierung zeigten mehrere Medien aus dem In- und Ausland, deren VertreterInnen der Sitzung beiwohnten.





DAS NEUE PRÄSIDIUM DES NATIONALRATS

Wolfgang Sobotka (ÖVP), Doris Bures (SPÖ) und Norbert Hofer (FPÖ) bilden das Präsidium des neuen Nationalrats. Sobotka wurde in der konstituierenden Sitzung mit 143 Stimmen zum Nationalratspräsidenten gewählt, für Bures als Zweite Präsidentin entschieden sich 142 MandatarInnen. Beide Abgeordnete hatten ihre Funktion bereits in der abgelaufenen Legislaturperiode ausgeübt. FPÖ-Chef Norbert Hofer konnte sich als Dritter Präsident mit 123 Stimmen gegen die von den Grünen nominierte Kandidatin Eva Blimlinger durchsetzen.

Konkret entfielen bei der Wahl des Nationalratspräsidenten 143 von 163 gültigen Stimmen auf Wolfgang Sobotka. Zwölf Abgeordnete entschieden sich für den früheren Zweiten Nationalratspräsidenten Karlheinz Kopf (ÖVP), acht Stimmen gingen an andere Abgeordnete. Doris Bures wurde mit 142 von 171 gültigen Stimmen zur Zweiten Präsidentin gewählt. Elf Stimmen erhielt SPÖ-Chefin Pamela Rendi-Wagner, neun ihr Fraktionskollege Max Lercher und neun entfielen auf andere MandatarInnen. Bei der Wahl zum Dritten Nationalratspräsidenten konnte sich Hofer deutlich mit 123 von 166 gültigen Stimmen gegen Eva Blimlinger (34) durchsetzen. Neun MandatarInnen schrieben einen anderen Abgeordneten bzw. eine andere Abgeordnete auf den Stimmzettel.

ÖVP mahnt zum Neuanfang im Umgang miteinander

In der ersten Debatte der neuen Session erinnerte ÖVP-Chef Sebastian Kurz an die vergangenen Monate und sprach von einem schmutzigen Wahlkampf, der von Facetten geprägt war, die in der Gesellschaft und in Österreich keinen Platz haben sollten. Dieser Stil beschädige das Vertrauen in die Politik und sei eine Gefahr für die Demokratie. Die neue Legislaturperiode biete nun eine Chance für einen Neuanfang im

Umgang miteinander. Die Abgeordneten seien aufgerufen, die Verrohung des politischen Diskurses zu stoppen und respektvoll miteinander umzugehen.

Was den an seine Partei gerichteten Regierungsbildungsauftrag betrifft, drückte der ÖVP-Klubchef seine Hoffnung auf baldige Verhandlungen aus. Angesichts des drohenden Konjunkturabschwungs, der neuen Herausforderungen im Bereich der Migration, aber auch im Zusammenhang mit der Dringlichkeit des Kampfes gegen den Klimawandel brauche es eine stabile Regierung. Die ÖVP könne nicht mit allen Parteien regieren, sie werde aber mit allen respektvoll zusammenarbeiten, kündigte er an.

Zur Wahl des Präsidiums hielt Kurz fest, man werde den Usancen folgen und die Vorschläge der drei stärksten Parteien unterstützen. Die ÖVP habe mit Wolfgang Sobotka einen äußerst erfahrenen und leidenschaftlichen Politiker nominiert, unterstrich Kurz. Lobende Worte fand er auch für Doris Bures und Norbert Hofer.

SPÖ fordert gleiche Chancen für alle

SPÖ-Chefin Pamela Rendi-Wagner rief ebenfalls zu einem Neubeginn nach dem Wahlkampf auf, stellte aber klar, es liege im Wesen gelebter Demokratie, dass man seine Positionen mit Nachdruck und Leidenschaft vertrete. Hart in der sachlichen Debatte, aber immer respektvoll im Umgang miteinander, lautete Rendi-Wagners Devise.

Die SPÖ werde in der neuen Legislaturperiode das Thema soziale Gerechtigkeit in den Mittelpunkt stellen und für eine Politik eintreten, die Chancen eröffnet und Möglichkeiten schafft – und zwar für alle, unabhängig von Herkunft und Geschlecht, kündigte sie an. Es gehe nicht an, dass Berufschancen und Vermögen nach wie vor von der Position der Eltern abhängen. Es gelte vielmehr, gegen Kinderarmut und

für Bildungschancen und ganztägige Schulformen zu kämpfen.

Als Eckpfeiler der politischen Arbeit bezeichnete Rendi-Wagner den Dialog auf allen Ebenen: zwischen Regierung und Parlament, zwischen Regierung und Zivilgesellschaft und zwischen Regierung und Sozialpartnern. Dialog statt Drüberfahren, konstruktive Auseinandersetzung statt verbaler Untergriffe seien gefragt, wenn es darum gehe, die Herausforderungen der Zukunft zu bewältigen. Gerade Doris Bures habe sich als Garantin dieses Dialogs bewährt und damit in ihrer Arbeit als Zweite Nationalratspräsidentin gezeigt, dass das Parlament ein Ort des Zuhörens ist, wo Lösungen gefunden werden können.

FPÖ kündigt erste Gesetzesinitiativen an und übt scharfe Kritik an den Grünen

FPÖ-Klubobmann Herbert Kickl sieht Österreich vor großen Herausforderungen und rief das Parlament zum Handeln auf. Die FPÖ schlage deshalb bereits in der ersten Sitzung inhaltliche Pflöcke ein, betonte er und verlieh den Forderungen seiner Fraktion bezüglich Aberkennung der Staatsbürgerschaft für IS-Kämpfer, Kopftuchverbot an Schulen, Reform des ORF inklusive Abschaffung der Gebühren sowie ein Maßnahmenpaket betreffend Türkei Nachdruck.

Was die Wahl zum Nationalratspräsidium betreffe, werde man sich an die parlamentarischen Gepflogenheiten halten und die KandidatInnen von ÖVP und SPÖ unterstützen. Dies sei keine Liebeserklärung, sondern ein gelebter Ausdruck des klaren Wählerwillens, betonte Kickl. Zu Norbert Hofer meinte er, der FPÖ-Kandidat habe bereits in seiner früheren Amtszeit als Dritter Nationalratspräsident einen großen Beitrag zur Würde des Hauses geleistet. Streng ins Gericht ging Kickl mit den Grünen. Ihre Gegenkandidatur zeige, dass hinter der Fassade der hippen Ökopartei eine knallharte linkslinke Gesinnung stehe, die immer Gefahr laufe, in eine totalitäre Richtung zu kippen.

Klar ist für Kickl, dass Parlamentarismus auch hartes Ringen zwischen unterschiedlichen Positionen bedeutet. Niemand habe jedoch das Recht, sich in einer pseudomoralischen Art und Weise über andere zu erhöhen und ihnen das Prädikat demokratisch abzusprechen, meinte er an die Adresse der Grünen gerichtet und wandte sich mit Nachdruck gegen eine Gleichsetzung von rechts und rechtsextrem.

(links, v. l.) Präsidium des Nationalrats: Zweite Nationalratspräsidentin Doris Bures, Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka, Dritter Nationalratspräsident Norbert Hofer

(rechts, v. o.) Klubvorsitzende in der konstituierenden Sitzung des Nationalrates: Sebastian Kurz (ÖVP), Pamela Rendi-Wagner (SPÖ), Herbert Kickl (FPÖ)





Grüne setzen auf Klimaschutz

Seitens der Grünen kündigte Werner Kogler an, Eva Blimlinger als Gegenkandidatin zu Norbert Hofer für das Amt der Dritten Nationalratspräsidentin aufzustellen. Parlamentarische Usancen seien wichtig und richtig, sagte er, seine Fraktion wolle aber jenen Abgeordneten ein alternatives Angebot machen, die sich mit den Abgrenzungsschwierigkeiten der FPÖ von den Identitären und den regelmäßigen „Einzelfällen“ nicht abfinden wollten. Im Übrigen hätten die Grünen auch in der Vergangenheit immer wieder eigene KandidatInnen aufgestellt.

Inhaltlich wollen sich die Grünen in den nächsten Jahren vor allem auf den Klima- und Umweltschutz konzentrieren, schließlich seien die Grünen genau deshalb wieder in den Nationalrat gewählt worden. Zudem sei die Klimakrise die aktuell drängendste Herausforderung. Es brauche ein mutiges und selbstbewusstes Parlament in dieser Frage. Dass Klima- und Umweltschutz mit sozialer Einbettung passieren müssten, sei klar, stimmte Kogler mit SPÖ-Chefin Rendi-Wagner überein, niemand dürfe zurückgelassen werden. Ebenso sei die Reduzierung von Kinderarmut den Grünen ein Herzensanliegen.

Gemeinsam mit den NEOS will Kogler außerdem für eine Veränderung der politischen Kultur und mehr Transparenz kämpfen. Zudem legte er ein klares Bekenntnis zur EU ab. Europa müsse durch Gemeinsamkeit gestärkt und nicht durch Spaltung geschwächt werden, mahnte er, auch wenn er in der EU einiges an Veränderungsbedarf sehe.



NEOS pochen auf selbstbewusstes Parlament

NEOS-Chefin Beate Meinl-Reisinger wollte die Einladung der Grünen, Eva Blimlinger zur Dritten Nationalratspräsidentin zu wählen, allerdings nicht annehmen. Parlamentarische Usancen machten Sinn, sagte sie, zudem widerspreche es dem Selbstverständnis der NEOS, jemanden zu wählen, der keinerlei parlamentarische Erfahrung vorweisen könne. Sie persönlich werde in diesem Sinn Norbert Hofer unterstützen, auch wenn dieser einen großen Spagat zwischen seiner Funktion als Parteichef und dem Amt des Dritten Nationalratspräsidenten zu meistern haben werde. Für die gesamte Fraktion wollte Meinl-Reisinger aber nicht sprechen, es sei bei den NEOS gelebte Praxis, die Wahl der NationalratspräsidentInnen freizugeben.

Als wesentliche inhaltliche Anliegen der NEOS in der neuen Gesetzgebungsperiode nannte Meinl-Reisinger Transparenz und Kontrolle, wobei sie kon-

kret auf die Abschaffung des Amtsgeheimnisses und auf mehr Prüfkompetenzen für den Rechnungshof in Bezug auf die Parteienfinanzen pochte. Zudem sah sie die Bildungspolitik als drängendes Thema, was auch die Bleistifte am Revers der Abgeordneten demonstrieren sollten.

Generell appellierte Meisl-Reisinger an ihre AbgeordnetenkollegInnen, im Parlament für Österreich zu arbeiten und, abweichend von der bewussten Polarisierung im Wahlkampf, das Verbindende über das Trennende zu stellen.

SCHRIFTFÜHRERINNEN UND ORDNERINNEN EINSTIMMIG GEWÄHLT

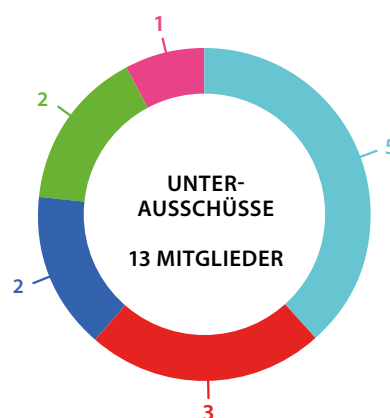
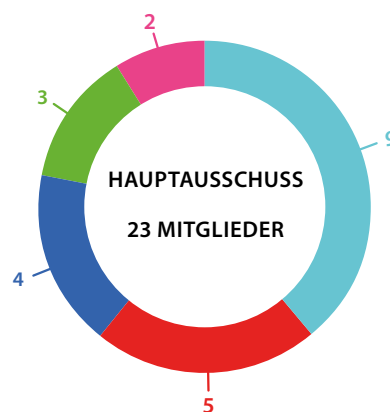
Zur Wahl der SchriftführerInnen und OrdnerInnen des Nationalrats lag ein Wahlvorschlag vor, der einstimmig angenommen wurde. Wie in der vergangenen Legislaturperiode fungieren von der ÖVP Hermann Gahr und Michaela Steinacker als SchriftführerInnen, ebenso wie Wolfgang Zanger von der FPÖ. Neu in diesem Amt sind die SPÖ-Abgeordnete Cornelia Ecker und Ralph Schallmeiner von den Grünen. Als OrdnerInnen wurden Johann Singer (ÖVP), Markus Vogl (SPÖ), Axel Kassegger (FPÖ), Sigrid Maurer (Grüne) und Gerald Loacker (NEOS) gewählt.

WAHL DES HAUPTAUSSCHUSSES UND DER STÄNDIGEN AUSSCHÜSSE

Der Hauptausschuss wird sich in dieser Gesetzgebungsperiode aus 23 Mitgliedern zusammensetzen, so der Beschluss des Nationalrats. Die ÖVP wird demnach neun, die SPÖ fünf, die FPÖ vier und die Grünen drei Abgeordnete stellen. Von den NEOS werden zwei Abgeordnete im Hauptausschuss sitzen. Ebenso 23 Mitglieder werden der Budgetausschuss und der Geschäftsordnungsausschuss haben. Für kleinere Ausschüsse wie den Unvereinbarkeitsausschuss und den Immunitätsausschuss sind jeweils 13 Mitglieder – mit der Verteilung ÖVP fünf, SPÖ drei, FPÖ und Grüne jeweils zwei Mitglieder und NEOS ein Mitglied – vorgesehen.

Im Anschluss an die konstituierende Sitzung des Nationalrats traten die Ausschüsse zusammen. Der Hauptausschuss und die drei ständigen Ausschüsse für Budget, Unvereinbarkeit und Immunität konstituierten sich, ebenso die jeweiligen Unterausschüsse.

Traditionell stellen auch diesmal die NationalratspräsidentInnen den Vorsitz des Hauptausschusses. Demnach ist Wolfgang Sobotka (ÖVP) Ausschussobmann, Doris Bures (SPÖ) und Norbert Hofer (FPÖ) fungieren als seine StellvertreterInnen. Den EU-Unterausschuss leitet weiterhin Reinhold Lopatka (ÖVP).



Der Unvereinbarkeitsausschuss bleibt unter der Leitung der FPÖ, wobei Volker Reifenberger dem Ausschuss vorsitzen wird. Der ehemalige Verkehrsminister Jörg Leichtfried (SPÖ) wird künftig den Immunitätsausschuss leiten. August Wöginger (ÖVP) wird Obmann des Geschäftsordnungsausschusses, und der Budgetausschuss hat Peter Haubner (ÖVP) zum Ausschussobmann gewählt.

Antrittsrede

Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka

Hohes Haus!
Sehr geehrter Herr Bundespräsident!
Werte Damen und Herren Abgeordnete!

Ich darf besonders jene begrüßen, die zum ersten Mal Mitglieder des Hohen Hauses sind. Ich freue mich, dass wir mit 72 weiblichen Abgeordneten – das sind knapp 40 Prozent der Abgeordneten – den höchsten Frauenanteil, den es je im Hohen Haus gab, zu verzeichnen haben.

Werte Gäste hier im Saal und vor den Fernsehgeräten!
Sehr geehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Klubs und der Parlamentsdirektion!

Ich bedanke mich bei Ihnen, wertende Abgeordnete, für das große Vertrauen, das Sie mir neuerlich ausgesprochen haben. Zum einen haben Sie durch Ihr Votum der Position des Präsidenten des Nationalrats gegenüber anderen Instanzen dieses Staates den Rücken gestärkt. Zum anderen nehmen Sie mich als Primus inter Pares in die Pflicht, in der Ausübung meines Amtes im Parlament – als Kristallisationspunkt der demokratischen Verfasstheit Österreichs – über alle Parteigrenzen hinweg verantwortlich zu sein, und zwar verantwortlich für den Schutz von Werten und Haltungen, auf denen unsere Demokratie ruht, zu denen sich alle bekennen können und die es im besonderen Maße zu achten und zu stärken gilt: die Rechtsstaatlichkeit als Prinzip unseres täglichen Handelns; die Liebe zur Freiheit als ein garantiertes Grundrecht; das entschiedene Eintreten für Eigenverantwortlichkeit und Solidarität, um die Würde des Menschen zu sichern; und das Bemühen um Nachhaltigkeit und Sicherheit, um den Menschen die Zukunftsangst zu nehmen. Es wird uns aller Anstrengungen bedürfen, diese Werte und Haltungen in der Tagespolitik, in der Hitze des parlamentarischen Dialogs und der Auseinandersetzung niemals aus den Augen zu verlieren.

Wir werden nächstes Jahr 75 Jahre Zweite Republik feiern. In diesen 75 Jahren gab es immer wieder wirtschaftliche und politische Krisen und Skandale. Nichts



davon aber hat unsere starke und breit ausgebaute Demokratie in Gefahr gebracht. Ich setze bewusst nicht das Adjektiv liberal vor das Wort Demokratie, denn Demokratie muss per se liberal sein.

Karl Popper bringt es auf den Punkt, wenn er sagt: „Wir brauchen die Freiheit, um den Mißbrauch der Staatsgewalt zu verhindern, und wir brauchen den Staat, um den Mißbrauch der Freiheit zu verhindern“, denn der Missbrauch der Freiheit kann auch „zu Fehlinformationen und zur Verhetzung benutzt wer-

den.“ – Popper sagte das im Jahr 1994, da war noch nicht von Fakenews und Hasspostings die Rede.

Arik Brauer, der erst vor Kurzem von einem Konsortium österreichischer Tageszeitungen den Fritz-Csoklich-Demokratiepreis erhalten hat, hat in einem Interview in der „Presse“ deutlich gemacht, dass Demokratie kein Naturgesetz ist, sondern vom Menschen gemacht ist. Daher muss Demokratie stets von jeder Generation neu erarbeitet, erkämpft und gesichert werden. In seinem Lebensrückblick meint



er: „Die Demokratie ist“ heute „viel mächtiger, als sie in meiner Kindheit war.“

Demokratie trifft und betrifft alle Menschen. Sie hat ihren Kristallisationspunkt im österreichischen Parlament mit seinen beiden Kammern, dem Bundesrat und dem heute neu konstituierten Nationalrat. Durch Wahlen legitimiert als Abgeordnete in das Hohe Haus entsandt, ist es unsere gemeinsame Pflicht und Verantwortung, zum Wohle unserer Heimat und unserer Landsleute unsere Aufgaben gewissenhaft zu erfüllen, und zwar auf der unverbrüchlichen Basis unserer Bundesverfassung.

Auch die Art aber, wie wir hier miteinander umgehen, ist in vielerlei Hinsicht beispielgebend dafür, wie die Menschen unserer Gesellschaft außerhalb des Parlaments miteinander verkehren. Entscheidend ist, dass wir einander mit grundlegendem menschlichem Respekt auf der Grundlage uneingeschränkter Toleranz begegnen.

Der deutsche Bundespräsident a. D. Joachim Gauck hat sich in seiner Dankesrede anlässlich der Verleihung der Ehrendoktorwürde der Universität Łódź umfassend mit diesem Begriff der Toleranz und seiner Anwendung auseinandergesetzt. Er meinte: „In einer demokratischen Gesellschaft sollten Positionen selbst dann toleriert werden, wenn man sie für einen Irrtum hält“. Unsere Toleranz endet nur dort, wo intolerante Menschen die rechtlichen Grundlagen und Werte unseres Staates negieren.

So sehr es an mir als Nationalratspräsident liegen wird, das in mich gesetzte Vertrauen zu rechtfertigen, so sehr formuliere ich aber auch die klare Erwartung an die im Parlament vertretenen Parteien und an jede und jeden der gewählten Abgeordneten, in den entscheidenden Fragen des Landes das Gemeinsame vor das Trennende zu stellen. Dabei sei eines bemerkt: Unser Parlament ist nicht Twitter und nicht Facebook, sondern unser Parlament ist ein Ort, an dem sich Menschen und Meinungen persönlich begegnen. Unser Parlament ist ein Ort des Dialoges und ein Ort des Respekts.

Heute nimmt dieses Parlament seine Arbeit in der XXVII. Gesetzgebungsperiode auf. Heute sehen wir fünf Parteien in diesem Haus – fünf Parteien mit jeweils eigenen Vorstellungen und eigenen Programmen, jede von ihnen entschlossen, dem Auftrag ihrer Wählerinnen und Wähler gerecht zu werden. Als Präsident werde ich mich jedenfalls für einen starken Parlamentarismus einsetzen: einen Parlamentarismus, der nicht an den Toren unseres Hauses endet, sondern der den Dialog mit der gesamten Gesellschaft im Auge hat, speziell den

Dialog mit Wissenschaft und Kunst; einen Parlamentarismus, in dem die Mehrheit akzeptiert wird und die Rechte der Minderheiten gewahrt werden; einen Parlamentarismus, der auch seiner Kontrollfunktion gewissenhaft und ernsthaft gerecht wird.

Sehr geehrte Damen und Herren, werde Abgeordnete!

Wir stehen heute vielfach – es ist schon in Ihren Reden angemerkt worden – am Beginn einer Zeitenwende. Große Herausforderungen werden uns in Europa und weltweit begegnen. Große Umwälzungen und Brüche stehen Österreich, Europa und der Welt bevor. Wir müssen diesen mit aller Ernsthaftigkeit und Besonnenheit begegnen.

Wirtschaftlich erwartet die Europäische Kommission einen weiteren Abwärtstrend, vor allem im Weltmarkt. Die Spannungen zwischen den USA und China sowie die andauernde Diskussion um den Brexit – wann und wie – beschleunigen diesen Trend. Es wird nicht lange dauern, bis sich dieser Trend auf den Arbeitsmarkt sowie auf den privaten Konsum in Europa und auch in Österreich durchzuschlagen beginnt.

Vergessen wir nicht die kritischen Situationen wie die kritische Sicherheitslage im Nahen und Mittleren Osten und im Persischen Golf oder die vor Kurzem stattgefundene Invasion der Türkei in Syrien! Was dort geschieht, wird nicht ohne Folgen für uns bleiben: ein möglicher wieder erstarkter Terrorismus, ein möglicher Ausbruch von neuen kriegesischen Konflikten oder mögliche neue Flüchtlingsbewegungen.

Als wären diese tagespolitischen Herausforderungen nicht bereits komplex genug, müssen wir als politische Repräsentanten Antworten auf tief greifende Zukunftsfragen finden, versuchen, Antworten zu geben auf Fragen wie jene des demografischen Wandels und seiner Auswirkungen auf unsere soziale Sicherheit und den gesellschaftlichen Zusammenhalt; der fortschreitenden Digitalisierung und der sich damit erschließenden Möglichkeiten des Einsatzes von künstlicher Intelligenz sowie der damit einhergehenden Neubewertung des Nutzens von Big Data; der nachhaltigen Veränderungen unseres Klimas und deren Folgen für die Lebensmittelproduktion, die Landschaften und die Menschen im Allgemeinen; der ungesteuerten Migration mit einer klaren Haltung, illegale Migration zu bekämpfen, aber mit einem Bekenntnis zur Genfer Flüchtlingskonvention sowie den unteilbaren Menschenrechten; der großen Herausforderungen für eine gelingende Integration derer, die in Österreich eine neue Heimat finden dürfen.

Wir brauchen auch Antworten auf den in Europa stetig stärker werdenden Antisemitismus, dem wir die Stirn bieten müssen und den wir durch umfassende Analyse, Forschung, gezielte Bildung und klar gesetzte Sanktionen an seinen Wurzeln bekämpfen müssen.

Die Antisemitismusforscherin Schwarz-Friesel von der Technischen Universität Berlin hat in ihrem beeindruckenden Buch „Judenhass im Internet“ einmal mehr dazu aufgefordert, Judenhass nicht nur als Randgruppenphänomen der bekannten rechtsextremen Szene zu begreifen, sondern zu beachten, dass die Multiplikatoren im Internet mittlerweile normale Alltagsuser sind – wobei der Staat Israel häufig als Projektionsfläche dient –, weshalb linker und muslimischer Antisemitismus mit der gleichen Konsequenz wie rechter dechiffriert und bekämpft gehört.

Wir brauchen Antworten auf den politischen Islam, dem als Bedrohung unserer Gesellschaft eine klare Absage erteilt werden muss. Wir dürfen keine Parallelgesellschaften dulden und müssen vor allem von den bei uns lebenden Menschen ein klares Bekenntnis zur Rechtsstaatlichkeit und Demokratie einfordern, wie das die Geschwister-Scholl-Preis-Trägerin und gebürtige Türkin Necla Kelek schon vor mehr als zehn Jahren gefordert hat.

Es werden unterschiedliche Standpunkte sein, die Sie als Abgeordnete zu den einzelnen Themen einnehmen werden. Die Vielfalt der Meinungen ist das konstitutive Element unserer parlamentarischen Demokratie. Es wird aber an uns liegen, dass wir uns nicht an den Stereotypen und an den stereotypen Meinungsbildern orientieren, sondern an umfassenden Fakten und ihrer Analyse, wie es der Soziologe Martin Schröder formuliert. – Sein Buch, das im letzten Jahr herausgekommen ist, kann ich wärmstens empfehlen.

Nur dann wird es uns gelingen, immer wieder einen guten, einen gemeinsamen Weg für Österreich zu finden, der sich an der Faktenlage und an der Sachlage orientiert – zur Stärkung des Parlamentarismus und unserer Demokratie, mit einem Sinn für das Gemeinsame und mit großem Respekt vor dem Unterschiedlichen.

„Zum einen haben Sie durch Ihr Votum der Position des Präsidenten des Nationalrats gegenüber anderen Instanzen dieses Staates den Rücken gestärkt. Zum anderen nehmen Sie mich als Primus inter Pares in die Pflicht, in der Ausübung meines Amtes im Parlament – als Kristallisationspunkt der demokratischen Verfasstheit Österreichs – über alle Parteigrenzen hinweg verantwortlich zu sein, und zwar verantwortlich für den Schutz von Werten und Haltungen, auf denen unsere Demokratie ruht, zu denen sich alle bekennen können und die es im besonderen Maße zu achten und zu stärken gilt“.

Wolfgang Sobotka

Die Skandalwahl

Die vorgezogene Nationalratswahl 2019 war geprägt vom Ibizaskandal und seinen Folgen. Gewonnen haben jene Parteien, die dem Wahlkampf einen emotionalen Rahmen geben konnten.

Gastkommentar | Thomas Hofer

Auch unter professionellen Politikbeobachtern hält sich die These, wonach Wahlkämpfe in ihrer Bedeutung für den Wahlausgang irrelevant seien. Die vorgezogene Nationalratswahl 2019 bewies – wieder einmal – das Gegenteil.

Nun hatten sich die Parteien und Kandidaten natürlich auch schon während der Legislaturperiode positioniert, das nennt man permanent campaigning. Mitentscheidend für den Zuwachs an Wählerstimmen bei der ÖVP (plus 6 Prozentpunkte auf 37,5 Prozent) und den Grünen (plus 10,1 Prozentpunkte auf 13,9 Prozent) war aber deren Fähigkeit, auf aktuelle Entwicklungen und Stimmungen adäquat zu reagieren. Im Falle der vom Skandalvideo ihres Langzeitobmanns Heinz-Christian Strache (und im Wahlkampffinish auch noch von dessen Spesenaffäre) gebeutelten FPÖ (minus 9,8 Prozentpunkte auf 16,2 Prozent) und der SPÖ (minus 5,7 Prozentpunkte auf das historisch schlechteste Wahlergebnis von 21,2 Prozent) war es umgekehrt. Gerade die Sozialdemokratie konnte aus dem unerwartet raschen Ende der von ihr heftig kritisierten türkis-blauen Regierung kein Kapital schlagen.

Alternativlos war diese Entscheidung nicht. Für Bundeskanzler Sebastian Kurz von der Volkspartei stellte das Ende der (auf zehn Jahre angelegten) Koalition mit der FPÖ eine potenzielle Krise dar. Die anderen Parteien wussten diese allerdings nicht zu beleben. Kurz war, wie schon 2017, besser als seine Mitbewerber in der Lage, die Rahmenerzählung des Wahlkampfs zu definieren. Man könne, so Kurz schon am Abend der Aufkündigung der Koalition, mit der ÖVP die Veränderung weiterhin haben, nur eben ohne Skandale. Einen weiteren emotionalen Schub erhielt er gut eine Woche nach dem angekündigten Koalitionsende durch seine Abwahl im Nationalrat. Persönlich waren das schwere Stunden. Und ein strategisches Ziel hatten SPÖ und FPÖ mit ihrem erfolg-

reichen Misstrauensantrag jedenfalls erreicht: Kurz für Monate die Kanzlerbühne zu entreißen. Die FPÖ hatte sich noch mit einem weiteren Motiv, nämlich von den Inhalten des Skandalvideos von Ibiza abzulenken, durchgesetzt. Allerdings spielte die mangelnde inhaltliche Aufladung des Misstrauensantrags, vor allem vonseiten der SPÖ, Kurz in die Hände. SPÖ-Spitzenkandidatin Pamela Rendi-Wagner legte Kurz keine Liste an (möglicherweise unerfüllbaren) inhaltlichen Forderungen für eine vorübergehende Stützung einer türkisen Minderheitsregierung vor. Stattdessen begründete die Partei die Abwahl mit der Gefühlslage ihrer Funktionäre. Auf der Grundemotion einer „ungerechten Abwahl“ durch SPÖ und FPÖ fußte dann die erfolgreiche Comebackerzählung von Kurz.

Ähnlich professionell – und auch mit dem Comebacknarrativ ausgestattet – agierten die Grünen. Sie kanalisiert sowohl die mediale Aufmerksamkeit um das Klimathema wie auch die Reuegefühle ihrer ehemaligen Wählerinnen und Wähler, die die Ökopartei 2017 aus dem Nationalrat komplimentiert hatten, sehr geschickt. Solide präsentierten sich die Neos (ein Plus von 2,8 Prozentpunkten auf 8,1 Prozent Wähleranteil): Spitzenkandidatin Beate Meini-Reisinger ließ ihren aktiven Vorgänger Matthias Strolz schnell vergessen, fand aber im



Bildungsbereich nicht jene emotionale Aufladung wie die Grünen bei ihrem Kernthema Umwelt. Von Anfang an chancenlos war dagegen der Wiedereinzug der Liste JETZT mit Peter Pilz (ein Minus von 2,5 Prozentpunkten auf nur mehr 1,9 Prozent Wähleranteil). Der parlamentarische Vollprofi packte zwar wieder einige Tricks und Kniffe aus, litt aber unter dem eigenen Imageverfall wie unter dem Erstarken der Grünen.

Auf einer Metaebene bleibt die negative Aufladung des Wahlkampfs 2019. Alle Parteien waren in dieser Auseinandersetzung Getriebene. Verantwortlich dafür waren nicht nur die emotionalen Debatten zwischen den Parteien, sondern auch einige die mediale Berichterstattung dominierende Hacks und Leaks. So wurden interne Informationen aus diversen Parteien an die Oberfläche gespült. Für künftige Wahlkämpfe lässt diese Zuspitzung auf einen Negativwahlkampf mit allen Mitteln nichts Gutes erahnen.



THEMA

100 Jahre
Frauenwahlrecht

Mit einem umfangreichen Schwerpunkt feierte das Parlament das 100-jährige Jubiläum des Wahlrechts für Frauen in Österreich. Eine Veranstaltungsreihe mit dem Titel „..., [die]“ stellte Frauenthemen in den Mittelpunkt; weithin sichtbares Zeichen war die Ausstellung „Gleiche Rechte“ am Wiener Heldenplatz.

Am 18. Dezember 1918 wurde in der Provisorischen Nationalversammlung jene Wahlordnung verabschiedet, in der das allgemeine Wahlrecht und somit auch das Frauenwahlrecht in Österreich festgehalten ist. Bei der Wahl zur konstituierenden Nationalversammlung am 16. Februar 1919 gaben 82,10 Prozent der wahlberechtigten Frauen und 86,98 Prozent der Männer ihre Stimme ab. Im Rahmen der konstituierenden Sitzung des ersten Nationalrats in der Ersten Republik am 4. März 1919 nahmen erstmals acht Frauen im Parlament in den Reihen der Abgeordneten Platz: Anna Boschek, Hildegard Burjan, Emmy Freundlich, Adelheid Popp, Gabriele Proft, Therese Schlesinger, Amalie Seidel und Maria Tusch.

VERANSTALTUNGSREIHE „..., [DIE]“

Das Parlament setzte mit einer Veranstaltungsreihe mit dem Titel „..., [die]“ zwischen dem 18. Dezember 2018 und der Abschlussveranstaltung am 7. Mai 2019 einen Impuls für Gleichberechtigung und widmete sich einem breiten inhaltlichen Spektrum. Die Schirmherrschaft übernahm die österreichische Schauspielerin Ursula Strauss.



Auftakt mit historischem Datum – Erinnerung an den Beschluss 1918

Den Auftakt machte eine Veranstaltung am 18. Dezember 2018 anlässlich des Beschlusses des Frauenwahlrechts vor 100 Jahren. Diese stand im Zeichen eines Zitats der Frauenrechtsaktivistin und zentralen Figur der österreichischen Frauenbewegung, Rosa Mayreder: „Es ist immer die leidige Frauenfrage, die mich bewegt“. Nach einer Keynotespeech von Lilly Sucharipa, der Ehrenpräsidentin des österreichischen UN-Women Nationalkomitees, las Schauspielerin Ursula Strauss

„Es ist immer die
leidige Frauenfrage,
die mich bewegt“.

Rosa Mayreder

aus Texten von Pionierinnen des Frauenwahlrechts wie Rosa Mayreder, Marianne Hainisch, Adelheid Popp, Else Feldmann, Grete Meisel-Hess, Berta Pauli und Elise Richter. Ulrike Anton (Flöte) und Miyuki Schüssler (Klavier) spielten Stücke der Komponistinnen Gabriele Proy, Vally Weigl und Ruth Schönthal.



[illegible]

"Onwards, female workers!"

[illegible]

"The fight for women's suffrage is [...] necessary for a faster transformation of society."



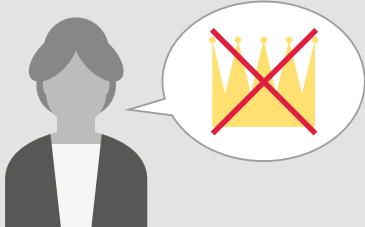
INTERNATIONALER HOLOCAUST- GEDENKTAG – SCHWERPUNKT: FRAUEN IM WIDERSTAND

Auch anlässlich des Internationalen Tages des Gedenkens an die Opfer des Holocaust am 27. Jänner wurde ein Frauenschwerpunkt gesetzt. Im Rahmen der Gedenkveranstaltung am 23. Jänner 2019 im Parlament wurde an die Menschen im Widerstand gegen den Nationalsozialismus erinnert. Unter dem Titel „... den Vormarsch dieses Regimes einen Millimeter aufgehalten zu haben ...“ wurde insbesondere an Frauenschicksale im Widerstand erinnert. Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka betonte in seinen einleitenden Worten: Den Opfern des Holocausts wollen wir ihre menschliche Würde wiedergeben und gegen Hass und Antisemitismus gemeinsam unsere Stimme erheben. Sobotka würdigte die Rolle der Widerstandskämpferinnen: „Mit Mut, Menschlichkeit und Moral standen sie dafür ein. Heute ist es unser aller Auftrag, ihren Opfern und Taten gerecht zu werden.“ Die Vizepräsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde Claudia Prutscher forderte in ihrer Rede: „Gedenken muss der Zukunft dienen. Deshalb ist der Kampf gegen Hass und Ausgrenzung das erste Gebot, das sich aus dem Holocaust-Gedenken ableitet.“



Anschließend gaben Ilse Korotin, die Leiterin der Dokumentationsstelle Frauenforschung am Institut für Wissenschaft und Kunst, und ihre Kolleginnen am Institut, Christine Kanzler und Karin Nusko, Einblick in das Forschungsprojekt *biografiA*, das Lebensgeschichten von Frauen im Widerstand gegen den Nationalsozialismus dokumentiert. Schauspielerinnen Ursula Strauss las aus Lebenserinnerungen im Widerstand kämpfender Frauen. Pianistin Sabina Hasanova und Sängerin Ethel Merhaut begleiteten die Veranstaltung musikalisch.

Interesting Facts and Figures



ERSTE FRAU AM REDNERPULT

ADELHEID POPP

zu einem Gesetz über
die Abschaffung des
Adels

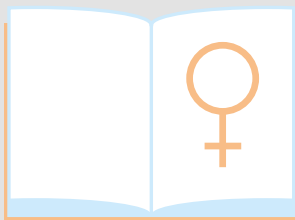
ERSTER GESETZESANTRAG EINER FRAU

ANNA BOSCHEK

zu einem
Hausgehilfennengesetz



THEMEN DER ERSTEN ACHT PIONIERINNEN:



Frauenbildung



Arbeitnehmerinnenschutz



Mutterschutz



Soziale
Themen



Kinderschutz
(gegen Kinderarbeit)



POLITISCH VERFOLGT

GABRIELE PROFT

wurde sowohl in der
Regierungsdiktatur als
auch in der Zeit des
Nationalsozialismus
verhaftet

SELIGSPRECHUNG

HILDEGARD BURJAN

war die einzige christlich-
soziale Abgeordnete unter
den acht Pionierinnen, im
Jahr 2011 wurde sie vom
Papst seliggesprochen



wesentliche Stützen der Gesellschaft und auch Vorbild für junge Mädchen und Frauen. Es sei wichtig, Mädchen zu stärken und ihnen Mut zu machen, ihre Meinung kundzutun und ihren Weg zu gehen, wofür immer sie sich auch entscheiden. Kitzmüller beklagte, dass Frauen oft kritischer gegenüber Frauen als gegenüber Männern sind, da brauche es ein Umdenken. Es gelte, gemeinsam an einem Strang zu ziehen und gemeinsam für die Frauen einzutreten.

„GLEICHE RECHTE – 100 JAHRE WAHLRECHT FÜR FRAUEN“ AUSSTELLUNG AM HELDENPLATZ

Anlässlich des Internationalen Frauentages am 8. März 2019 eröffnete Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka gemeinsam mit der Zweiten Nationalratspräsidentin Doris Bures und der Dritten Nationalratspräsidentin Anneliese Kitzmüller die Ausstellung „Gleiche Rechte – 100 Jahre Wahlrecht für Frauen“ am Heldenplatz. Konzipiert wurde die frei zugängliche Ausstellung, die auch im Rahmen von Führungen besucht werden kann, von der Präsidentin der Akademie Graz Astrid Kury sowie vom Architekten Alexander Kada. Wie schon die Vorgängerausstellung zum 100-jährigen Republikjubiläum, die täglich von über 500 Personen besucht wurde, wurde so wieder ein sehr wichtiges Thema in das kollektive Bewusstsein gerückt.

Auf den zehn Stelen wurden die ersten acht Parlamentarierinnen sowie die spätere Bundesratspräsidentin Olga Rudel-Zeynek – weltweit die erste Frau an der Spitze einer gesetzgebenden Körperschaft – porträtiert. Die Protagonistinnen aus verschiedenen politischen Lagern – Anna Boschek, Hildegard Burjan, Emmy Freundlich, Adelheid Popp, Gabriele Proft, Therese Schlesinger, Amalie Seidel, Maria Tusch und Olga Rudel-Zeynek – waren die Wegbereiterinnen dafür, dass Frauen zu einem entscheidenden Faktor in der Politik geworden sind.

KÜNSTLERINNEN IM BLICKPUNKT – FRAUEN UND KUNST

Am 12. April 2019 wurde im Rahmen des Frauenschwerpunkts die Rolle von Frauen in der Kunst beleuchtet. Moderiert von ORF-Journalistin Clarissa Stadler diskutierten Literatin Myung-Hwa Cho-Sobotka, Kunsthistorikerin Kerstin Jesse, Fotografin Claudia Prieler, Schauspielerinnen Nina Proll und Universitätsrektorin Ulrike Sych über Frauenquoten, Frauennetzwerke, die Me-Too-Bewegung, Geschlechterstereotypen und die Vereinbarkeit von künstlerischem Schaffen und der Mutterrolle. Den passenden Rahmen für diese Podiumsdiskussion bot die Ausstellung „Stadt der Frauen. Künstlerinnen in Wien von 1900 bis 1938“ im Unteren Belvedere.

ABSCHLUSSVERANSTALTUNG – SYMPOSIUM ZU FRAUENTHEMEN

Den Abschluss der Veranstaltungsreihe bildete ein Symposium im Parlament am 8. Mai 2019, zu dem Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka gemeinsam mit den Frauensprecherinnen geladen hatte. Die sechste und letzte Veranstaltung der Reihe 100 Jahre Frauenwahlrecht widmete sich drei Themenfeldern, die nichts von ihrer Aktualität eingebüßt haben: Aus dem Heute heraus sollten die Themen Frauenarmut, Frauenintegration und Frauenschönheitsideale mit Wissenschaftlerinnen und Expertinnen in verschiedenen Panels diskutiert und reflektiert werden. Einleitende Worte sprach die damalige Frauenministerin Juliane Bogner-Strauß, die Moderation übernahm Isabella Krassnitzer.

„Wir sind angehalten, überall [...] nicht nur ein Frauenbild, sondern ein Demokratiebild zu zeigen, welches des 21. Jahrhunderts würdig ist.“

Wolfgang Sobotka

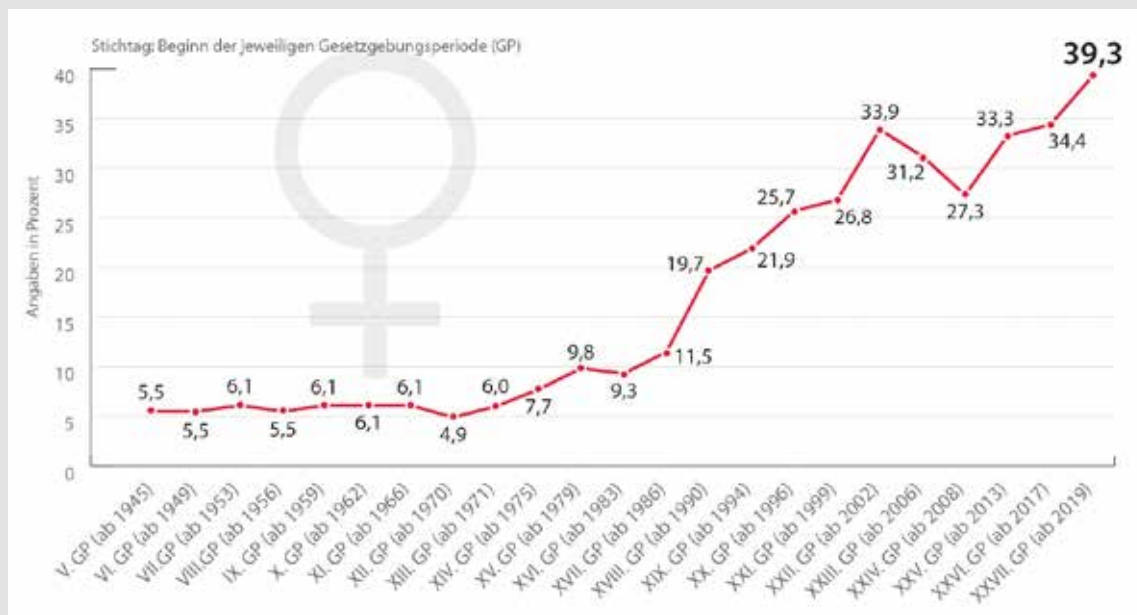
Frauenministerin Juliane Bogner-Strauß dankte in ihrer Eröffnungsansprache Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka für den thematischen Schwerpunkt der Veranstaltungsreihe. „Es ist wichtig, den Pionierinnen zu gedenken, die damals auf die Straße gegangen sind und für das Wahlrecht für Frauen gekämpft haben. Wir haben für die Frauen in Österreich schon viel erreicht, aber wir dürfen nie aufhören, zu kämpfen. Wir müssen konsequent sein und für Gleichbehandlung und Gleichstellung eintreten,“ zeigte sich die Frauenministerin überzeugt.

Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka dankte allen für ihr Engagement und ihre Bereitschaft, die Themen zu diskutieren. „Der Ort des Parlaments ist auch der Ort der Diskussion – nicht nur der parlamentarischen Debatten.“ Er rief alle BesucherInnen auf, die Diskussion hinauszutragen – auf jeder Ebene sei dies wichtig, ob nun Gemeinde, Landtag, Europäisches Parlament, Schülerparlament usw. „Wir sind angehalten, überall dort nicht nur ein Frauenbild, sondern ein Demokratiebild zu zeigen, welches des 21. Jahrhunderts würdig ist.“

Ein weiter Weg

In Österreich fanden im Zuge der bürgerlichen Revolution von 1848 erstmals Wahlen statt. Diese schlossen aber, wie auch in anderen Ländern, die Frauen vom Wahlrecht aus. Daran änderte sich auch nichts, als Österreich nach einer Phase des Neoabsolutismus 1861 zu partizipativen Modellen zurückfand. Das Wahlrecht nach Kurien, das bis 1907 bestand, schloss nicht nur Frauen, sondern auch die überwältigende Mehrzahl der Männer aus. Ironischerweise aber eröffnete dieses Kurienwahlrecht, das an Rang, Besitz und Vermögen gebunden war, sogar ein Schlupfloch für Frauen. So konnten Frauen das Wahlrecht in der Nachfolge ihres Gatten, ihres Vaters oder ihres einzigen Bruders zuerkannt bekommen. Berühmt wurde der Fall von Božena Viková-Kunětická, die 1912 auf

sozialen wurde Hildegard Burjan, Begründerin der Caritas Socialis ins Parlament gewählt, für die Sozialdemokratische Partei zogen Anna Boschek, Emmy Freundlich, Adelheid Popp, Gabriele Proft, Therese Schlesinger, Amalie Seidel und Maria Tusch in die Volksversammlung ein. Ab August 1920 war auch das Dritte Lager durch eine Frau, Lotte Furreg, vertreten. In der ersten Gesetzgebungsperiode des Nationalrats (1920–1923) wuchs die Zahl der weiblichen Abgeordneten auf ein Dutzend an, doch der Frauenanteil im Parlament stagnierte. 1927 gab es nur noch sechs weibliche Abgeordnete im Parlament, die alle einer einzigen Fraktion angehörten. Im 1945 wiedererstandenen Österreich zogen zehn Frauen in den neuen Nationalrat ein. Und es schmeichelt der österreichischen Geschichte nicht, dass der Prozentsatz weiblicher Abgeordneter in der Folge nicht nur nicht anstieg, sondern in der XII. Gesetzgebungsperiode 1970 einen neuen Tiefpunkt erreichte, als wie 1919



der Basis dieses Wahlrechts für die jungtschechische Partei in den Böhmischen Landtag gewählt wurde – wenngleich sie das Mandat nicht aktiv wahrnehmen konnte, da der Landtag zu dieser Zeit sistiert war, sodass die Frage, ob Viková-Kunětickás Wahl auch zu einer aktiven parlamentarischen Mitarbeit hätte führen können, unbeantwortet bleiben muss. Die Einführung des allgemeinen Männerwahlrechts 1906 schloss auch dieses Schlupfloch.

Erst ab Herbst 1918, nach dem Ende des Ersten Weltkriegs und dem Zusammenbruch der Habsburgermonarchie, wurde das allgemeine Wahlrecht für Frauen und Männer eingeführt. Im März 1919 zogen die ersten acht Frauen in die konstituierende Nationalversammlung ein. Seitens der Christlich-

wieder exakt acht Frauen (sieben von der SPÖ, eine von der ÖVP) in der Legislative vertreten waren. Allerdings brachten die Siebzigerjahre des 20. Jahrhunderts die Wende. Die gesellschaftlichen Veränderungen einerseits, aber auch neue gesetzliche Rahmenbedingungen andererseits sorgten für einen neuen Kurs. Der Frauenanteil wuchs kontinuierlich an, 1986 wurden erstmals die 10 Prozent überschritten, 1994 erhöhte sich der Frauenanteil zum ersten Mal auf über 20 Prozent (genau 21,9 Prozent). Auch in den Bundes- und Landesregierungen wurden Frauen zu einer Selbstverständlichkeit, wie auch der Umstand zeigt, dass jedes dritte Bundesland bereits einmal eine Landeshauptfrau hatte. Seit Oktober 2019 beträgt der Frauenanteil im Nationalrat 39,3 Prozent und erreicht damit seinen bisherigen Höchststand.

Ein Rückblick auf den Schwerpunkt Frauenwahlrecht

Gastkommentar | Ursula Strauss

Als ich im Herbst 2018 von Wolfgang Sobotka kontaktiert wurde, war ich über seinen Anruf – wir kennen uns von verschiedenen kulturellen Veranstaltungen in Niederösterreich – nicht überrascht. Der Grund des Anrufes versetzte mich dann allerdings doch in Erstaunen. Er fragte mich geradewegs, ob ich eine Veranstaltungsreihe zum Thema Frauenrechte im Parlament gestalten und die Schirmherrschaft übernehmen möchte.

Frauen, ihre Rechte und vor allem ihre Rolle in der Gesellschaft – ein Thema, das ich bei vielen Politikerinnen verortet hätte, jedoch kaum bei Wolfgang Sobotka, einem seit mehr als zwei Jahrzehnten in der Spitzenpolitik tätigen Mann. Umso mehr war ich interessiert und machte mir ein Bild von den bestehenden Vorstellungen. Was uns in den folgenden Monaten gelang, war ein breiter und auch bunter Bogen, ein Bogen, der sich spannte



von den ersten weiblichen Abgeordneten im Hohen Haus über die Rolle der Frauen im österreichischen Widerstand bis hin zu Frauen als Kunstschaffenden und den damit verbundenen Herausforderungen. Das Bestreben nach Gleichberechtigung der Geschlechter ist beinahe so alt wie die Menschheit selbst. Ich erinnere an den griechischen Dichter Aristophanes, der dieser Thematik gar ein ganzes Stück widmete.

Wenige Tage vor Weihnachten 2018 widmeten wir in den wunderbaren historischen Räumlichkeiten der Wiener Börse einen Abend den ersten Abgeordneten der Ersten Republik und den Vorkämpferinnen für das Frauenwahlrecht. Else Feldmann, Marianne Hainisch, Rosa Mayreder, Grete Meisel-Hess, Berta Pauli, Adelheid Popp und Elise Richter standen im Fokus dieses Abends, den wir mit Lesungen aus ihren höchst persönlichen Korrespondenzen gestalteten. Diese Texte zeigten in einer besonderen Klarheit auf, unter welchen Lebensumständen diese – zum Teil höchst unterschiedlichen – Frauen aufwuchsen, sozialisiert und politisiert wurden. Das Wahlrecht für Frauen war eine der ersten Maßnahmen in einer jungen und wenig demokratisierten Gesellschaft, das allerdings erstmals ein Sprachrohr für beide Geschlechter im Parlament ermöglichte.

FRAUEN IM WIDERSTAND

Der österreichische Widerstand leistete einen wesentlichen Beitrag zur Wiedererrichtung eines unabhängigen Österreich 1945. Der Widerstand in Österreich war eine heterogene Gruppe, die eine Vielzahl von Österreicherinnen und Österreicher unterschiedlichster Gesinnung umfasste. Der österreichische Widerstand war sowohl zivil als auch militärisch. Er war kommunistisch, sozialdemokratisch, monarchistisch, katholisch und auch weiblich. Besonders die weiblichen Protagonistinnen dieser heterogenen Bewegung wurden im Rahmen des Internationalen Tages des Gedenkens an die Opfer des Holocaust vorgestellt. Ilse Korotin, Leiterin der

Dokumentationsstelle Frauenforschung am Institut für Wissenschaft und Kunst, und ihr Team stellten in berührender Art und Weise die Leistungen ausgewählter Widerstandskämpferinnen einem breiten und interessierten Publikum vor. Die Biografien der vorgestellten Frauen sind beeindruckend, aber auch bedrückend zugleich. Sie sind ein grandioses Beispiel für ein von tiefer Überzeugung getragenes Engagement für Humanität und Nächstenliebe.

FRAUEN – KUNST, [DIE]

Eine Podiumsdiskussion stand unter dem Aspekt Frauen als Kunstschaffende. Künstlerinnen aus unterschiedlichen Sparten schilderten lebendig und unmittelbar ihre Erfahrungen und ihre Sichtweisen auf die Frauen- und Kulturpolitik in Österreich.

Myung-Hwa Cho-Sobotka (Literatin), Kerstin Jesse (Kunsthistorikerin), Claudia Prieler (Fotografin), Nina Proll (Schauspielerin) und Ulrike Sych (Rektorin) diskutierten mit Moderatorin Clarissa Stadler abwechslungs- und perspektivenreich die Chancen, Herausforderungen, aber auch mögliche Einbahnstraßen für Frauen in der Kunst.

RESÜMEE

Das Wahlrecht für Frauen in Österreich stellte den Ausgangspunkt für die Möglichkeit der demokratischen Partizipation dar und ist der Start einer bis heute andauernden gesellschaftspolitischen Entwicklung. Diese ist gekennzeichnet von Diskontinuitäten und Brüchen, von Fortschritten, aber auch Rückschlägen. Die Entwicklung der Rechte von Frauen ist ein permanenter Prozess, zu dessen Entwicklung jede Generation – sowohl Männer als auch Frauen – aufs Neue ermutigt werden muss. Auch nach 100 Jahren Wahlrecht für Frauen bedarf es noch einer Vielzahl von Schritten und Initiativen zur Sicherung der nachhaltigen Gleichberechtigung in unserer Gesellschaft.

THEMA

Kampf gegen Antisemitismus



Das Parlament als starke Stimme gegen Antisemitismus

Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka setzte im vergangenen Jahr viele Initiativen, um Politik und Gesellschaft für den Kampf gegen Antisemitismus zu sensibilisieren und Bildungsmaßnahmen, insbesondere für junge Menschen, zu entwickeln. Basis für die Maßnahmen war eine breit angelegte, wissenschaftlich fundierte Studie zu diesem Thema. Sobotka kündigte an, diesen Kampf in den kommenden Jahren fortzusetzen, etwa durch einen neu einzurichtenden Simon-Wiesenthal-Preis.

Unter dem Titel „Antisemitismus geht uns alle an“ wurde am 15. März 2019 eine aktuelle Studie des österreichischen Parlaments in Kooperation mit IFES und Braintrust vorgestellt. Die Studie verfolgt das Ziel, die bestehende Forschungslücke im Hinblick auf Status und Entwicklung antisemitischer Tendenzen in Österreich zu schließen – insbesondere vor dem Hintergrund des Gedenkjahres 2018 und der Debatte über neue Formen des Antisemitismus in Österreich durch Zuwanderung. Es sei notwendig, eine sachliche Diskussion und Auseinandersetzung mit dem Thema aufgrund von validen, empirisch fundierten und transparenten Daten zu führen, erklärte Nationalratspräsident Sobotka. Er sprach sich im

Zuge der Präsentation auch für einen gesamtgesellschaftlichen Diskurs mit den Landtagen, Ministerien, Religionsgemeinschaften, der Wissenschaft und Zivilgesellschaft aus. So einen Dialog wolle er in die Wege leiten, so Sobotka. Er kündigte auch einen Simon-Wiesenthal-Preis des Parlaments für zivilgesellschaftliche Initiativen gegen Antisemitismus an.

10 PROZENT MANIFESTER ANTI-SEMITISMUS, 30 PROZENT LATENTER ANTI-SEMITISMUS

Gemeinsam mit Nationalratspräsident Sobotka erläuterten die Wissenschaftliche Leiterin der Studie Eva Zeglovits sowie der Studienkoordinator Thomas Stern



die Ergebnisse. Die Studie basiert auf einer umfangreichen Stichprobe von insgesamt 2.100 Interviews unter der österreichischen Bevölkerung ab 16 Jahren sowie 300 Interviews mit Türkisch und Arabisch sprechenden Personen – sogenannten Aufstockungsgruppen. Die Feldarbeit erfolgte durch die Institute IFES, Demox Research und Telemark, die Auswertung wurde von IFES und Demox Research vorgenommen.

Die erhobenen Daten belegten, dass der manifeste Antisemitismus mit rund 10 Prozent der Bevölkerung quantifizierbar ist und sich vor allem im Bereich des rassistischen Antisemitismus und der Holocaustleugnung zeigt. Eindeutige Indizien gebe es auch für einen latenten Antisemitismus im Ausmaß von rund 30 Prozent, vor allem in den Bereichen traditioneller Antisemitismus, auf Israel bezogener Antisemitismus und sekundärer Antisemitismus. Ein besorgniserregend antisemitisches Potenzial zeige sich laut der Ergebnisse aber bei bereits länger in Österreich ansässigen Arabisch und Türkisch sprechenden Menschen, so die StudienautorInnen.

Gleichzeitig haben die Daten der Studie aber auch deutlich gemacht, dass sich das Meinungsklima in Österreich in der Antisemitismusfrage nachhaltig zum Positiven verändert hat, so Thomas Stern. So würden rund 41 Prozent der Befragten zustimmen, dass wir heute eine moralische Verpflichtung haben, Jüdinnen und Juden in Österreich beizustehen. Diese Haltung sei im Kontext der Aktivitäten im Bildungswesen und in den Medien zur historischen Aufarbeitung des Holocaust zu sehen. Es sei davon auszugehen, dass ein großer Teil der Bevölkerung gegen Antisemitismus immunisiert sei. Dennoch, so macht die Studie deutlich, ergibt der Einfluss von Alter und Bildung der Befragten auf das Antwortverhalten ein unerwartet differenziertes Bild. Der bisher angenommene lineare Zusammenhang zwischen Alter und antisemitischen Einstellungen wird durch die Daten nur zum Teil bestätigt, stärker ausgeprägt wäre laut Zeglovits der Bildungseffekt. Es wäre aber voreilig zu meinen, dass Bildung alleine vor antisemitischen Einstellungen schützt, warnte die Wissenschaftlerin.

Die Studie ist unter www.parlament.gv.at veröffentlicht worden und auf der eigenen Website www.antisemitismus2018.at mit Downloads und Hintergrundmaterial abrufbar.



NEUES WORKSHOPANGEBOT: „BILDUNG GEGEN VORURTEILE“

Basierend auf den Ergebnissen der Antisemitismusstudie und nach einem breiten Austausch mit Expertinnen und Experten (Mauthausen Komitee, Mauthausen Memorial, erinnern.at, BMBFW, Nationalfonds der Republik Österreich, Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes/DÖW, Österreichischer Integrationsfonds sowie Verein für Zivilcourage und Anti-Rassismus-Arbeit/ZARA) wurde entschieden, das bestehende Workshopangebot des österreichischen Parlaments unter dem Titel „Demokratie in Bewegung“ um ein neues Modul mit dem Titel „Bildung gegen Vorurteile“ zu ergänzen.

Schon seit Anfang 2017 werden in Kooperation mit dem Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum in ganz Österreich mobile Workshops für Schülerinnen und Schüler sowie Lehrlinge zu den Themen Parlamentarismus und Demokratie angeboten. Dieses Angebot wurde ab dem Schuljahr 2019/2020 um ein Modul zum Thema Antisemitismus- und Rassismusprävention erweitert. Unter dem Titel „Bildung gegen Vorurteile“ und dem Hashtag zusammenbringenwirs wird nun ein zweiter Workshop angeboten, der sich als Kick-off-Modul versteht, um Schülerinnen und Schüler wie auch Lehrende für neue Formen des Antisemitismus und Rassismus zu sensibilisieren und auch auf das weiterführende Angebot der beteiligten Organisationen hinzuweisen. Der Workshop richtet sich an Schülerinnen und Schüler der 9. Schulstufe sowie an Lehrlinge und findet direkt an den Schulen statt. Das pädago-

(links, v. l.) Pressekonferenz zur Antisemitismusstudie: Eva Zeglovits, Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka und Thomas Stern

(rechts, v. l.) Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka begrüßt bei der Podiumsdiskussion „80 Jahre Beginn des II. Weltkriegs – Überfall auf Polen“

„Unbestritten ist, dass es an den Rändern unserer Gesellschaft extreme Pole gibt. Ohne Unterschied, ob sie links, rechts oder religiös motiviert sind, muss es unsere Verantwortung sein, ihnen entgegenzuwirken und gleichzeitig den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft zu stärken und zu gestalten. Das gelingt uns vor allem durch das Schaffen von Bewusstsein für unterschiedliche Meinungen.“

Wolfgang Sobotka

gische Konzept sieht vor, dass eigene Annahmen hinterfragt werden, das Thema selbstständig erkundet und reflektiert wird. Eine zentrale Plattform für das neue Modul „Bildung gegen Vorurteile“ sowie für bestehende Angebote wurde mit der Website www.demokratie-in-bewegung.at geschaffen.

Am 11. September 2019 wurde der neue Workshop offiziell präsentiert. Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka stellte gemeinsam mit Bildungsexperten Daniel Landau, der die Inhalte entwickelte, das Konzept vor: „Wir haben die historische Verantwortung, entschieden gegen jede Form von Antisemitismus oder Rassismus aufzutreten“, stellte Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka fest. „Unbestritten ist, dass es an den Rändern unserer Gesellschaft extreme Pole gibt. Ohne Unterschied, ob sie links, rechts oder religiös motiviert sind, muss es unsere Verantwortung sein, ihnen entgegenzu-

wirken und gleichzeitig den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft zu stärken und zu gestalten. Das gelingt uns vor allem durch das Schaffen von Bewusstsein für unterschiedliche Meinungen.“ Bildung und Fortbildung seien hierbei wesentliche Schlüsselfaktoren: „Durch die heute vorgestellte Initiative leistet das Parlament einen weiteren wichtigen Beitrag für die Demokratie in unserem Land.“

„Im Workshop bemühen wir uns, die Themen Hass und Ablehnung, den Antisemitismus mit der Beschaffenheit von jenen modernen, westlichen Gesellschaften zu verknüpfen, in denen sich der Holocaust erst in seinem Ausmaß entfalten konnte“, erklärte Daniel Landau, der das didaktische Konzept zu „Bildung gegen Vorurteile“ entwickelte.

GEDENKTAG GEGEN GEWALT UND RASSISMUS

Das österreichische Parlament begeht jährlich rund um den 5. Mai, dem Tag der Befreiung des Konzentrationslagers Mauthausen, den Gedenktag gegen Gewalt und Rassismus im Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus. In diesem Jahr fand die Festveranstaltung am 3. Mai statt und fokussierte ebenfalls auf den Kampf gegen den Antisemitismus. Moderiert wurde die Veranstaltung von Hannah Lessing, der Generalsekretärin des Nationalfonds der Republik Österreich für Opfer des Nationalsozialismus, musikalisch begleitete die Gedenkstunde der Akkordeonist Nikola Djoric.

Der Festredner der Veranstaltung, Universitätsprofessor und Publizist Bassam Tibi, blickte auf seine eigene Biografie und sein Aufwachsen in einem





antisemitischen Milieu sowie auf sein Studium in Europa bei Max Horkheimer und Theodor W. Adorno zurück, zwei Holocaustüberlebenden, die sein Leben und seine Sichtweise verändert hätten. Bassam Tibi gab einen kurzen geschichtlichen Abriss zum Thema, um dann auf die heutige Situation einzugehen. Er trat dafür ein, eine klare Unterscheidung zwischen Islam und Islamismus zu treffen und warnte eindringlich vor der Gefahr des islamischen Antisemitismus: „Wenn man aber gegen Antisemitismus ist, dann muss man gegen alle Formen des Antisemitismus sein.“ So komme der Antisemitismus heute nicht nur aus nationalsozialistischem Milieu, sondern auch als zugewanderter Antisemitismus aus dem arabischen Raum in die europäischen islamischen Gemeinden.

„Das entschiedene Auftreten gegen Antisemitismus ist für mich Teil der österreichischen Identität und muss vor allem im Bildungsbereich nachhaltig verankert werden.“

Wolfgang Sobotka

Bildung und starke Demokratie als Waffe gegen Antisemitismus

Nationalratspräsident Sobotka nutzte den Gedenktag, um die Frage aufzuwerfen, wie das Unfassbare

damals überhaupt möglich werden konnte. So sei das Gift des Antisemitismus eine gesellschaftliche Grundhaltung gewesen – antidemokratisch, autoritär, patriarchalisch. Heute gehe der traditionelle Antisemitismus zurück, es zeige sich aber ein neuer Antisemitismus in Parallelgesellschaften, dem es entschieden entgegenzutreten gelte, so Sobotka. Starke Bildung und eine starke Demokratie seien entscheidend im Kampf gegen Hass und Antisemitismus.

Ebenso zu Wort kamen Bundesratspräsident Ingo Appé und Staatssekretärin Karoline Edtstadler. Der Bundesratspräsident, traditionell neben dem Präsidenten des Nationalrats der zweite Einladende, rief dazu auf, aus der Geschichte zu lernen und die Demokratie zu verteidigen: „Mit Worten werden Taten begründet und mit Worten wird zu Gewalt angestiftet.“ Daher gelte es, Hass in der Gesellschaft zurückzuweisen und die Demokratie gegen den populistischen Missbrauch von Worten zu verteidigen, sagte Appé. Die für die KZ-Gedenkstätte zuständige Staatssekretärin im Innenministerium, Karoline Edtstadler, betonte in ihrer Rede zum Gedenktag die Notwendigkeit eines gemeinschaftlichen Ansatzes gegen jede Form von Antisemitismus, Gewalt und Rassismus. An die jüngsten Anschläge gegen Gläubige unterschiedlicher Religionen erinnernd, betonte Edtstadler, wie notwendig es gerade jetzt sei, entschieden gegen Hass und Rassismus aufzutreten.

Projekt #hinschauen – Künstlerische Auseinandersetzung mit dem Gedenkort Mauthausen

Das Projekt #hinschauen bildete den künstlerischen Rahmen der diesjährigen Gedenkveranstaltung und wurde von der Leiterin der KZ-Gedenkstätte Mauthausen, Barbara Glück, vorgestellt. In einem Workshop mit den Fotografen Marko Zink und Roland Pohl fertigten die Zivildienler, die derzeit

(Links) Bassam Tibi, Festredner am Gedenktag

(Rechts) Generalsekretärin des Nationalfonds Hannah Lessing moderiert den Gedenktag, hier mit Teilnehmenden des Jugendprojekts #hinschauen



an der Gedenkstätte ihren Zivildienst leisten, Fotografien an und dokumentierten so ihre ganz persönlichen Sichtweisen und Gedanken, die aus der Begegnung mit dem Gedenkort Mauthausen entstanden sind. Die fotografischen Arbeiten wurden von Studierenden der Musikuniversität Wien, den Komponistinnen Isabella Forciniti, Rojin Sharafi und Lissie Rettenwander, musikalisch interpretiert.

DIALOG AUF NATIONALER UND INTERNATIONALER EBENE MIT POLITIK UND GESELLSCHAFT

Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka setzte darüber hinaus in vielen Gesprächen und Zusammenreffen mit Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern auf nationaler und internationaler Ebene einen Schwerpunkt auf den Kampf gegen Antisemitismus, um zu sensibilisieren und weitere Maßnahmen anzuregen. „Im Rahmen meiner Auslandsreisen ist mir der Austausch mit jüdischen Gemeinden ein Anliegen. In diesem Jahr haben mir Gespräche in Prag, Sarajevo und Straßburg einmal mehr gezeigt, dass wir alles für die Sicherheit jüdischen Lebens tun müssen“, so Sobotka.

Die Dialogveranstaltung der in Österreich anerkannten Religionsgemeinschaften im Juni im Parlament stand ganz im Zeichen des gemeinsamen Kampfes

gegen Juden Hass und des Eintretens aller für Toleranz und Öffnung. Auch das Zusammentreffen der Parlamentspräsidentinnen und -präsidenten aller deutschsprachigen Länder in Bregenz im Juli fokussierte auf Maßnahmen zur Bekämpfung von aktuellen Formen des Antisemitismus. Neben Nationalratspräsident Sobotka nahmen der Präsident des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens Karl-Heinz Lambertz, der

„Antisemitismus ist nicht nur eine Frage des Hasses oder der Verachtung, sondern eine demokratiegefährdende Einstellung.“

Wolfgang Sobotka

Präsident des Deutschen Bundestages Wolfgang Schäuble, der Präsident des Landtags Liechtensteins Albert Frick, der Präsident der Abgeordnetenversammlung

Luxemburgs Fernand Etgen sowie Marina Carobbio Guscetti, Präsidentin des Nationalrats der Schweiz, teil. Impulsreferate kamen von der Antisemitismusforscherin Monika Schwarz-Friesel (Technische Universität Berlin), dem Antisemitismusbeauftragten der Bundesrepublik Deutschland Felix Klein und dem Koordinator der Antisemitismusstudie des Parlaments Thomas Stern. „Antisemitismus ist nicht nur eine Frage des Hasses oder der

„Das Bekenntnis zur Demokratie schließt auch ein entschlossenes Vorgehen gegen Antisemitismus ein, wobei es hier vor allem Bewusstseinsbildung schon bei der jungen Generation braucht.“

Wolfgang Sobotka

Verachtung, sondern eine demokratiegefährdende Einstellung“, unterstrich Nationalratspräsident Sobotka sein Anliegen zur Diskussion des Themas mit den Kolleginnen und Kollegen. Nachdem die Antisemitismusstudie 2018 im Auftrag der Parlamentsdirektion Handlungsbedarf in Österreich aufgezeigt hatte, ging es nun um den Austausch über die Situation in anderen Ländern. „Der wachsende Antisemitismus ist eine europäische und weltweite Herausforderung. Daher ist es notwendig, gemeinsame eine klare Haltung gegen antisemitische Tendenzen einzunehmen und entschlossen dagegen vorzugehen“, so der Nationalratspräsident.

Am 24. September 2019 traf Nationalratspräsident Sobotka den Präsidenten des Europäischen Parlaments David Sassoli in Brüssel. Beide Präsidenten vereinbarten eine akkordierte parlamentarische Initiative zum Kampf gegen Antisemitismus und zum Schutz der Religionsfreiheit. Mit der Antisemitismusbeauftragten der Europäischen Kommission Katharina von Schnurbein besprach Nationalratspräsident Sobotka, wie man auf euro-



päischer Ebene und im Zusammenspiel mit den Mitgliedstaaten noch wirksamer gegen antisemitische Äußerungen in sozialen Medien und Übergriffe vorgehen kann.

Erste Auslandsreise der zweiten Amtszeit im Zeichen des Kampfes gegen Antisemitismus

Seine erste Auslandsreise als wiedergewählter Präsident des Nationalrats führte Sobotka gemeinsam mit Bundesratspräsident Karl Bader am 24. und 25. Oktober 2019 zur zweitägigen Europäischen Konferenz der Parlamentspräsidentinnen und Parlamentspräsidenten beim Europarat in Straßburg. Anlässlich des 70. Jahrestages der Gründung des Europarats 1949 betonte Nationalratspräsident Sobotka: „Kernaufgabe des Europarats ist und bleibt die Verteidigung der Demokratie, die stetig aufs Neue mit Leben erfüllt werden muss. Das Bekenntnis zur Demokratie schließt auch ein entschlossenes Vorgehen gegen Antisemitismus ein, wobei es hier vor allem Bewusstseinsbildung schon bei der jungen Generation braucht.“ Und weiter führte Sobotka aus: „Ich werde weiterhin jede Anstrengung unternehmen, um den Kampf gegen den Antisemitismus auf europäischer Ebene und im Schulterschluss mit den anderen Mitgliedstaaten voranzutreiben, um die Demokratie in Europa weiter zu stärken!“

Gemeinsam den Anfängen wehren

Gastkommentar | Hannah M. Lessing

Der Nationalfonds, eingerichtet beim Nationalrat 50 Jahre nach der Gründung der Zweiten Republik, hat Zeichen der Verantwortung gegenüber rund 30.000 überlebenden Opfern des Nationalsozialismus aus allen Verfolgengruppen gesetzt. Die Mehrzahl der Opfer sind Jüdinnen und Juden: Von den rund 200.000 österreichischen Jüdinnen und Juden wurden zwischen 1938 und 1945 fast 66.000 ermordet und 130.000 vertrieben.

Die Auswirkungen der Schoah beschäftigen uns im Nationalfonds seit über zwei Jahrzehnten: Viele Tausende Einzelschicksale zeigen eindrücklich, in welche Abgründe Antisemitismus führen kann. Berichte von Überlebenden zeigen aber auch oftmals auf, was in Österreich gerne verdrängt wird: Der Antisemitismus hat nicht mit dem Nationalsozialismus begonnen, und er war nicht mit seinem Ende vorbei: Nach 1945 gab es keine ‚Stunde null‘. Bis heute ist Antisemitismus – offenkundig oder versteckt – Teil der österreichischen Wirklichkeit.

Auch 2019 finden sich noch immer Politikerinnen und Politiker, die antisemitische Vorurteile für ihre Zwecke instrumentalisieren, antisemitische Äußerungen herunterspielen und dieses Gedankengut wieder salonfähig machen wollen. Manche sagen, das seien nur Worte. Doch der Blick in die Vergangenheit zeigt, was die unhinterfragte Verbreitung von menschenverachtenden Vorurteilen und die Verrohung von politischer Kultur und Sprache für das gesellschaftliche Klima eines Landes bedeuten können. Was in den Gedanken und mit Worten beginnt, das führt letztlich zu Taten. Antisemitismus geht Hand in Hand mit Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und antidemokratischen Haltungen.

2019 hat sich der Nationalrat diesen Zusammenhängen sowie der daraus erwachsenden Verantwortung verstärkt gewidmet und verschiedene Schritte gesetzt:

Eine wichtige Grundlage bildete die im März präsentierte Antisemitismusstudie im Auftrag des Nationalratspräsidenten: Sie diagnostizierte bei 10 Prozent der österreichischen Bevölkerung manifesten und bei 30 Prozent latenten Antisemitismus

– ein deutlicher Hinweis, dass Handlungsbedarf besteht. Die Studie machte aber auch deutlich, dass Bildung ein entscheidender Faktor im Kampf gegen Antisemitismus ist.

„Wenn es um Antisemitismus geht, dann gilt es, gemeinsam den Anfängen zu wehren. Es ist unerlässlich, die Gesellschaft zu stärken, ihre Widerstandskraft gegen das Gift des Antisemitismus zu erhöhen, sie dagegen zu immunisieren. Das Gegenmittel heißt Bildung.“

Hannah Lessing

Als eine Konsequenz wurde im Rahmen der Bildungsinitiative des Parlaments „Demokratie in Bewegung – Bildung gegen Vorurteile“ ein zusätzliches Workshopmodul zur Antisemitismusprävention für SchülerInnen und Lehrlinge geschaffen. Wie auch viele Schulprojekte, die der Nationalfonds unterstützt, fördert die Befähigung zum selbstständigen Hinterfragen von Vorurteilen das politische Bewusstsein.

Bei der Gedenkveranstaltung gegen Gewalt und Rassismus 2019, durch die ich als Moderatorin führen durfte, demonstrierten Zivildienstler im Rahmen des Projektes #hinschauen beeindruckend, wie das Weitertragen der Erinnerung durch die junge Generation gelingen kann.



2019 brachte auch auf internationaler Ebene wichtige Schritte der Vernetzung im Kampf gegen den Antisemitismus – sei es im Juli beim Treffen deutschsprachiger ParlamentspräsidentInnen am Bodensee, zu dem der Nationalratspräsident eingeladen hatte, oder im September beim Besuch des Nationalratspräsidenten in Brüssel zur Vernetzung mit dem Europäischen Parlament. Bereits seit 2001 ist Österreich in der International Holocaust Remembrance Alliance aktiv und wendet deren 2017 erarbeitete Antisemitismusdefinition an.

Antisemitismus kehrt in immer neuem Gewand wieder – wie aktuell als muslimischer Antisemitismus

oder unter dem Vorwand der Israelkritik. Man muss ihm in all seinen Facetten mit stets neuen wirksamen Mitteln begegnen.

Im März dieses Jahres traf ich mich mit Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka zu einem Gespräch, in dem sich für mich einige gemeinsame Überlegungen und Ziele klar herauskristallisiert haben: Wenn es um Antisemitismus geht, dann gilt es, gemeinsam den Anfängen zu wehren. Es ist unerlässlich, die Gesellschaft zu stärken, ihre Widerstandskraft gegen das Gift des Antisemitismus zu erhöhen, sie dagegen zu immunisieren. Das Gegenmittel heißt Bildung.

Volksanwaltschaft – Partnerin der Bürgerinnen und Bürger

Als unabhängiges Kontrollorgan geht die Volksanwaltschaft insbesondere Beschwerden von Bürgerinnen und Bürgern nach, überprüft die Arbeit der öffentlichen Verwaltung und gibt konkrete Empfehlungen ab. Im Schnitt erreichen die Volksanwaltschaft jedes Jahr rund 16.000 Beschwerden, das sind rund 70 Eingaben pro Arbeitstag. Bei rund der Hälfte aller Beschwerden veranlasst die Volksanwaltschaft eine detaillierte Überprüfung. Bei Vorbringen, bei denen es keine hinreichenden Anhaltspunkte für einen Missstand in der Verwaltung gibt oder die nicht in die Prüfständigkeit der Volksanwaltschaft fallen, unterstützt die Volksanwaltschaft die Betroffenen, indem sie über die Rechtslage oder über weiterführende Beratungsangebote informiert oder den Kontakt zu anderen Behörden herstellt.

AUSWEITUNG DER PRÜFKOMPETENZ GEFORDERT

Die Anzahl der Beschwerdefälle, in denen die Volksanwaltschaft Bürgerinnen und Bürgern nicht weiterhelfen kann, ist hoch. Ein Grund dafür ist, dass die Volksanwaltschaft nach wie vor kein Mandat für eine Prüftätigkeit in Bezug auf ausgegliederte Rechtsträger hat. Dadurch ist die Kontrolle über die kommunale Daseinsvorsorge wie die Gas- oder Elektrizitätsversorgung stark eingeschränkt und in vielen Fällen kein effektiver Rechtsschutz für Bürger-

innen und Bürger möglich. Die Volksanwaltschaft fordert daher eine Ausweitung ihrer Prüfkompetenz. So sollte die Volksanwaltschaft neben öffentlichen Einrichtungen alle privaten Rechtsträger, an denen Bund, Länder oder Gemeinden mit zumindest 50 Prozent beteiligt sind, prüfen können.

PRÄVENTIVE KONTROLLEN

Neben der nachprüfenden Verwaltungskontrolle hat die Volksanwaltschaft den verfassungsgesetzlichen Auftrag, die Einhaltung von Menschenrechten zu schützen und zu fördern. Gegenstand des Mandats ist die Kontrolle von öffentlichen und privaten Einrichtungen, in denen Menschen in ihrer Freiheit beschränkt sind. Dazu zählen Justizanstalten, Polizeianhaltezentren, Alten- und Pflegeheime, psychiatrische Abteilungen und Jugendwohlfahrtseinrichtungen. Darüber hinaus kontrolliert sie Einrichtungen für Menschen mit Behinderung und beobachtet und überprüft die Ausübung unmittelbarer Befehls- und Zwangsgewalt durch die Exekutive, etwa bei Demonstrationen, Großveranstaltungen, Versammlungen oder Abschiebungen. Sechs multidisziplinär zusammengesetzte und nach regionalen Gesichtspunkten organisierte Kommissionen führen flächendeckend und routinemäßig diese Aufgaben im Namen der Volksanwaltschaft durch. Verletzungen von



Menschenrechten sollen dadurch verhindert oder zumindest möglichst unwahrscheinlich gemacht werden. Die jährlich rund 500 durchgeführten Kontrollen erfolgen in der Regel unangekündigt, um einen möglichst unverfälschten Eindruck zu erhalten. Lediglich rund 5 Prozent der Kontrollen sind angekündigt.

UNTERSTÜTZUNG VON GEWALTOPFERN

Seit Juli 2017 ist bei der Volksanwaltschaft ein weiterer Aufgabenbereich angesiedelt. Die weisungsfreie Rentenkommission der Volksanwaltschaft befasst sich mit Anträgen auf Zuerkennung einer Heimopferrente. Sie ist für jene Personen zuständig, die zwischen 1945 und 1999 Opfer von Missbrauch und Gewalt in einem Kinder- oder Jugendheim bzw. Internat, in einer Kranken-, Psychiatrie- oder Heilanstalt oder bei einer Pflegefamilie wurden. Das Heimopferrentengesetz sieht vor, dass diese Betroffenen ab Erreichen des Regelpensionsalters bzw. ab Pensionsantritt eine monatliche Zusatzrente erhalten. Insgesamt wurden seither über 1.500 Anträge direkt bei der Rentenkommission eingebracht oder von anderen Stellen an die Rentenkommission weitergeleitet. Derzeit steigt die Anzahl der Anträge stark an. Darüber hinaus ist bei der Volksanwaltschaft seit 2009 das Generalsekretariat des International Ombudsman Institute (IOI) angesiedelt, das aktuell rund 200 unabhängige Ombudsinstitutionen aus über 100 Staaten betreut. Als einziges globales Netzwerk für parlamentarische Ombudseinrichtungen fördert das IOI die Weiterentwicklung des Ombudskonzeptes und unterstützt Ombudseinrichtungen weltweit. Über ihre Tätigkeit berichtet die Volksanwaltschaft regelmäßig an den Nationalrat, an den Bundesrat und an die Landtage jener Bundesländer, die sich der Kontrolle der Volksanwaltschaft untergeordnet haben (alle bis auf Tirol und Vorarlberg).

KOLLEGIUMSWECHSEL IM JULI 2019

Seit 1. Juli 2019 sind Werner Amon, Bernhard Achitz und Walter Rosenkranz die neuen Mitglieder der Volksanwaltschaft. Sie wurden vom Nationalrat für die Amtsperiode von 1. Juli 2019 bis 30. Juni 2025 gewählt. Zu Beginn ihrer Funktionsperiode vereinbarten die Mitglieder der Volksanwaltschaft eine Geschäftsverteilung. Wie die neuen Tätigkeitsbereiche zusammengesetzt sind und wo die Schwerpunkte ihrer Arbeit liegen, präsentierten die Volksanwälte Amon, Achitz und Rosenkranz in ihrer Antrittspressekonferenz. Bei dieser Gelegenheit hat sich das neue Kollegium ausdrücklich bei den ausgeschiedenen Mitgliedern für ihre langjährige Tätigkeit

und ihr Engagement im Dienste der Bürgerinnen und Bürger bedankt.

DIE NEUE GESCHÄFTSVERTEILUNG DER VOLKSANWALTSCHAFT

Die Schwerpunkte der Aufgaben von Volksanwalt Werner Amon liegen im Bereich der Kontrolle der Justiz, der Finanzverwaltung und insbesondere auch der Gemeindeverwaltung in jenen sieben Bundesländern, die die Volksanwaltschaft mit der Kontrolle der Landes- und Gemeindeverwaltung betraut haben. Darüber hinaus übernahm Volksanwalt Amon die Funktion des Generalsekretärs des IOI.

Volksanwalt Bernhard Achitz ist für Soziales, Pflege und Gesundheit zuständig. Auf Bundesebene prüft er Kranken-, Pensions- und Unfallversicherung sowie die Arbeitsmarktverwaltung und die Bereiche Jugend, Frauen und Familie. Anliegen von Menschen mit Behinderungen, aber auch Themen wie Mindestsicherung, Grundversorgung und Gesundheitsverwaltung bis hin zur Kinder- und Jugendhilfe und dem Veterinärwesen fallen auf Landesebene in seinen Aufgabenbereich. Seit 1. Juli 2019 leitet Volksanwalt Bernhard Achitz auch die Rentenkommission der Volksanwaltschaft.

Auf Bundesebene ist Volksanwalt Walter Rosenkranz für Polizei-, Fremden- und Asylrecht, Wahlrecht, Personenstandsrecht, Denkmalschutz, Land-, Forst- und Wasserwirtschaft, Natur- und Umweltschutz, Gewerbe und Betriebsanlagen, Energiewesen, Kindergärten, Schulen und Universitäten zuständig. Auf Landesebene prüft er u.a. Verkehrs-, Agrar- und Staatsbürgerschaftangelegenheiten sowie Fragen zu Kommunalgebühren.

AMTSVERSTÄNDNIS DES NEUEN KOLLEGIUMS

Das neue Kollegium sieht sich dabei nicht „als Gegner“ der Verwaltung, sondern als „Partner“ der Bürgerinnen und Bürger, denen die Verwaltung zu dienen hat, denn die Themen werden zusehends komplexer, die Aufgaben der Verwaltung werden zahlreicher und die Ansprüche der Bevölkerung steigen. Im Zuge der Prüfverfahren möchte die Volksanwaltschaft daher nicht nur Kritik üben, sondern bei Unstimmigkeiten zwischen der Verwaltung und den Bürgerinnen und Bürgern vermitteln. Das Aufzeigen von Problemen in der Bundes-, Landes- und Gemeindeverwaltung soll sich daher nicht auf den Einzelfall beschränken, sondern einen positiven Effekt auf zukünftiges Verwaltungshandeln insgesamt haben und – falls erforderlich – Verbesserungen in der Gesetzgebung bewirken.

Der Rechnungshof als unabhängiges Kontrollorgan

Der Rechnungshof veröffentlichte 2019 insgesamt 70 Berichte. Davon legte er dem Nationalrat 49 Berichte sowie den Bundesrechnungsabschluss 2018 und die Einkommenserhebung vor.



19 Berichte betrafen Querschnittsprüfungen. Durch seine besondere Stellung kann der Rechnungshof als gesamtstaatliches Kontrollorgan die Gebarung des Bundes, der Länder, der Gemeinden mit über 10.000 Einwohnerinnen und Einwohnern sowie öffentlicher Unternehmen und Sozialversicherungsträger im Rahmen von Querschnittsprüfungen prüfen. Diese Prüfungen bieten den geprüften Stellen und den politischen EntscheidungsträgerInnen eine umfassende Gesamtsicht und dadurch einen spezifischen Mehrwert.

SONDERPRÜFUNGEN

Der Rechnungshof ist bei der Erstellung seines Prüfungsprogrammes unabhängig. Darüber hinaus gibt es das verfassungsmäßige Recht, bestimmte Gebarungsbereiche einer Sonderprüfung zu unterziehen.

Aus dem Nationalrat kamen drei Prüfaufträge. Am 29. Jänner 2019 richteten 20 Abgeordnete des Nationalrats gemäß § 99 Abs. 2 Geschäftsordnungsgesetz 1975 ein Minderheitsverlangen auf Prüfung der Generalsekretäre in den Bundesministerien hinsichtlich Kosten- und Personalstruktur an den Rechnungshof. Zeitgleich wurde ein weiteres Minderheitsverlangen gemäß § 99 Abs. 2 Geschäftsordnungsgesetz 1975 betreffend das Burgtheater und die Bundestheater Holding GmbH an den Rechnungshof gerichtet.

Der Nationalrat beschloss darüber hinaus in seiner Sitzung am 27. März 2019, dass der Rechnungshof gemäß § 99 Abs. 1 Geschäftsordnungsgesetz 1975 zur Prüfung der Ressortführung des Gesundheitsministeriums in den Jahren 2009 bis 2017 durch SPÖ-Gesundheitsminister beauftragt wird. Derartige Beschlüsse unterliegen keiner zahlenmäßigen Begrenzung.

VERÖFFENTLICHUNG DER RECHENSCHAFTSBERICHTE 2017

Auf der Grundlage des Parteiengesetzes führte der Rechnungshof 2019 auch die vorgesehene Formalkontrolle von zwölf Rechenschaftsberichten durch und veröffentlichte diese auf seiner Website. Aufgrund vorliegender und vermuteter Verstöße gegen das Parteiengesetz erstattete der Rechnungshof Mitteilungen an den unabhängigen Parteien-Transparenz-Senat wegen Überschreitung der Wahlkampfkosten-Obergrenze durch ÖVP, SPÖ und FPÖ.

Das Ibizavideo zeigte die Reformbedürftigkeit in Bezug auf die Kontrolle durch den Rechnungshof. Deshalb präsentierte auch die Präsidentin des Rechnungshofes ein „Fünf-Punkte-Programm für echte Kontrolle der Parteifinanzen und der Wahlkampfkosten“.

BAUHERREN-AUSSCHUSS

Gemäß § 4 Abs. 1 Z 1 Parlamentsgebäudesanierungsgesetz ist die Präsidentin des Rechnungshofes Mitglied im Bauherrenausschuss des Nationalrats, dem obersten Kontrollgremium der Sanierung des Parlamentsgebäudes. Bislang legte der Rechnungshof zu diesem Projekt zwei Berichte vor: „Sanierung des Parlamentsgebäudes – Planungsprojekt“ und „Sanierung des Parlamentsgebäudes – Vertiefter Vorentwurf“. Im April 2019 ersuchte der Präsident des Nationalrats nach Befassung der Präsidialkonferenz den Rechnungshof schriftlich um Vornahme einer weiteren Prüfung des Projekts Sanierung des Parlamentsgebäudes ab Ende 2020.

ZWISCHENBERICHT DER BRA-ARBEITSGRUPPE

Im Rahmen der Arbeitsgruppe zur Neuordnung der Zuständigkeiten für die Erstellung und Prüfung des Bundesrechnungsabschlusses (BRA-Arbeitsgruppe) richteten die Präsidentin des Rechnungshofes und der Bundesminister für Finanzen ein Schreiben an die Budgetsprecherinnen und -sprecher der im Nationalrat vertretenen Parteien. Den Ergebnissen dieser Arbeitsgruppe zufolge soll künftig die

Bundesregierung den Bundesrechnungsabschluss erstellen und dem Nationalrat vorlegen. Der Rechnungshof soll den Bundesrechnungsabschluss prüfen und in Hinblick auf die möglichst getreue Darstellung der finanziellen Lage beurteilen. Bei der Neugestaltung des Bundesrechnungsabschlusses steht für den Rechnungshof im Vordergrund, dass eine neue Lösung einen deutlichen Mehrwert für die Abgeordneten bringt.

INTERNATIONALE AKTIVITÄTEN

Dem Rechnungshof ist die Zusammenarbeit auf internationaler Ebene seit Jahrzehnten ein großes Anliegen. International bedeutend ist die Rolle des Rechnungshofes Österreich als Generalsekretariat der INTOSAI, der internationalen Dachorganisation der obersten Rechnungskontrollbehörden.

Alle drei Jahre veranstaltet die INTOSAI den internationalen Kongress INCOSAI. Der XXIII. INCOSAI fand Ende September 2019 in Moskau statt. Die wichtigsten Ergebnisse sind in der Deklaration von Moskau zusammengefasst. Darin vereinbarten die obersten Rechnungskontrollbehörden und die INTOSAI

- die Bereitstellung unabhängiger externer Kontrolle hinsichtlich der Erreichung der national vereinbarten Zielsetzungen, einschließlich jener mit einem Bezug zu den nachhaltigen Entwicklungszielen der Vereinten Nationen,
- wirksame Antworten auf die Möglichkeiten, die der technologische Fortschritt mit sich bringt, und
- eine Stärkung der Wirksamkeit von Obersten Rechnungskontrollbehörden im Bereich der Rechenschaftspflicht der öffentlichen Verwaltung und der Transparenz.

PERSONAL DES RECHNUNGSHOFES

Mit Stand 1. Dezember 2019 waren im Rechnungshof 150 Frauen und 151 Männer beschäftigt. Der Frauenanteil im Rechnungshof ist damit deutlich höher als der Frauenanteil von 42 Prozent im öffentlichen Dienst insgesamt. Auf Ebene der Sektionsleitungen liegt im Rechnungshof die Quote bei exakt 50 Prozent.

Die in Summe 301 Beschäftigten entsprechen knapp 276 Vollzeitäquivalenten. Knapp 70 Prozent der Beschäftigten sind Akademikerinnen und Akademiker, fast 83 Prozent sind im Prüfdienst tätig. Das Durchschnittsalter lag Ende 2019 bei knapp über 49 Jahren.

Anwalt der Soldatinnen und Soldaten

Die Parlamentarische Bundesheerkommission wurde 1955 mit der Gründung des Bundesheeres als demokratisch legitimates Kontrollorgan eingerichtet. Der Nationalrat war der Ansicht, dass eine zahlenmäßig starke, umfassende Organisation wie das Bundesheer das Ventil der Beschwerde benötige.

Eine Beschwerde an die Parlamentarische Bundesheerkommission ist völlig unabhängig vom Dienstweg. Die Kommission ist in ihren Entscheidungen frei. Jederzeit, unverzüglich, unmittelbar und unangekündigt kann sie alle Truppenteile, Stäbe, Dienststellen und Behörden des Bundesheeres im In- und Ausland überprüfen.

FUNKTIONSPERIODE

Eine Funktionsperiode der Parlamentarischen Bundesheerkommission beträgt gemäß § 4 Wehrgesetz 2001 sechs Jahre. Der Parlamentarischen Bundesheerkommission gehören drei einander in der Amtsführung abwechselnde Vorsitzende sowie acht weitere Mitglieder an. Die Vorsitzenden werden vom Nationalrat gewählt, die übrigen Mitglieder werden von den politischen Parteien im Verhältnis ihrer Mandatsstärke im Hauptausschuss des Nationalrats entsendet. Jede zum Zeitpunkt der Konstituierung der Parlamentarischen Bundesheerkommission im Hauptausschuss vertretene politische Partei hat Anspruch, in der Kommission repräsentiert zu sein.

Seit 1. Jänner 2019 hat Abg.z.NR Dr. Reinhard Bösch (FPÖ) turnusgemäß die Funktion des amtsführenden Vorsitzenden der Parlamentarischen Bundesheerkommission inne und Abg. z. NR a.D. Otto Pendl (SPÖ) und Abg.z.NR Mag. Michael Hammer (ÖVP) üben die Funktion eines Vorsitzenden aus.

WER KANN SICH BESCHWEREN?

Die Parlamentarische Bundesheerkommission hat mittelbar oder unmittelbar eingebrachte Beschwerden:

- von Personen, die sich freiwillig einer Stellung unterziehen oder sich freiwillig zum Ausbildungsdienst gemeldet haben,
- von Stellungspflichtigen,

- von Soldatinnen und Soldaten,
- von SoldatInnenvertreterInnen,
- von Wehrpflichtigen des Miliz- und Reservestandes sowie
- von Personen, die Ausbildungsdienst geleistet haben,

entgegenezunehmen und – es sei denn, die Kommission erkennt eine Geringfügigkeit des behaupteten Beschwerdegrundes – zu prüfen und über ihre Erledigung Empfehlungen zu beschließen. Der angeführte Personenkreis kann sich über Mängel oder Übelstände im militärischen Dienstbereich, insbesondere über persönlich erlittenes Unrecht oder Eingriffe in dienstliche Befugnisse, beschweren.

Darüber hinaus ist die Parlamentarische Bundesheerkommission berechtigt, von ihr vermutete Mängel oder Missstände im militärischen Dienstbereich von Amts wegen zu prüfen.

JAHRESBERICHT

Der Jahresbericht liefert einen Einblick in die umfassende Arbeit der Kommission. In ihm sind zum Schutz aller Beteiligten Beschwerden, Personen, Liegenschaften und Standorte anonymisiert angeführt.

Der Jahresbericht ist inzwischen zu einer Messlatte für das Bundesheer, aber auch für die Ressortverantwortlichen geworden. Sein Hauptzweck ist es jedoch, Jahr für Jahr die Ausbildungsverantwortlichen zu erreichen, die dadurch ein Bild erhalten sollen, welches Verhalten die Republik Österreich von ihren Soldatinnen und Soldaten erwartet.

Der amtsführende Vorsitzende der Parlamentarischen Bundesheerkommission Abg.z.NR Dr. Reinhard Bösch und die beiden Vorsitzenden, Abg.z.NR a.D. Otto Pendl und Abg.z.NR Mag. Michael



Hammer, stellten bei dem Pressegespräch am 27. März 2019 fest, dass das Bundesheer mit den derzeitigen finanziellen Mitteln seine Aufgaben nicht verfassungskonform erfüllen könne. Bereits getätigte Beschaffungs- und Ausstattungsschritte seien bei Weitem nicht ausreichend. Die politische Führung trage die Verantwortung für die Sicherstellung der notwendigen Ressourcen.

Auch der Bundespräsident und das Präsidium der Parlamentarischen Bundesheerkommission kamen bei einem gemeinsamen Gespräch überein, dass für das Regelbudget des Verteidigungsministeriums ausreichend Mittel bereitzustellen seien, damit das Bundesheer seine Aufgaben als strategische Reserve unserer Republik zum Schutz der Bevölkerung erfüllen könne.

INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT

Die 11ICOAF fand vom 27.10. bis 30.10.2019 in Sarajevo statt. Diese Konferenz der Ombudsinstitutionen für Streitkräfte bringt jährlich internationale Einrichtungen, die vergleichbar mit der Parlamentarischen Bundesheerkommission sind, für drei Tage zum gemeinsamen Gespräch und Erfahrungsaustausch zusammen. Im Juni 2020 wird die 12ICOAF in Wien veranstaltet.

Die Parlamentarische Bundesheerkommission dankt den Soldatinnen und Soldaten für die hohe Leistungsbereitschaft bei der Dienstverrichtung im In- und Ausland.



Kurz bevor die Tore des Parlaments sich zum Tag der offenen Tür 2019 öffnen



Tag der offenen Tür

Jährlich findet im Parlament am 26. Oktober, dem Nationalfeiertag, der Tag der offenen Tür statt. Tausende Besucherinnen und Besucher nutzen die Gelegenheit, um Politikerinnen und Politiker persönlich kennenzulernen, ein Foto am Rednerpult im Plenarsaal zu machen oder die Informationsangebote zu Parlamentarismus und Demokratie kennenzulernen. Das Parlament als Zentrum der Demokratie versteht sich als Haus für alle Bürgerinnen und Bürger.

BESUCHERSERVICE

www.parlament.gv.at

Tel.: + 43 1 401 10-2400

E-Mail: besucherservice@parlament.gv.at



@OeParl



@OeParl



@OeParl
#OeParl



OeParl



(v. l.) Bundesratspräsident Karl Bader,
Zweite Nationalratspräsidentin Doris Bures,
Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka,
Dritter Nationalratspräsident Norbert Hofer



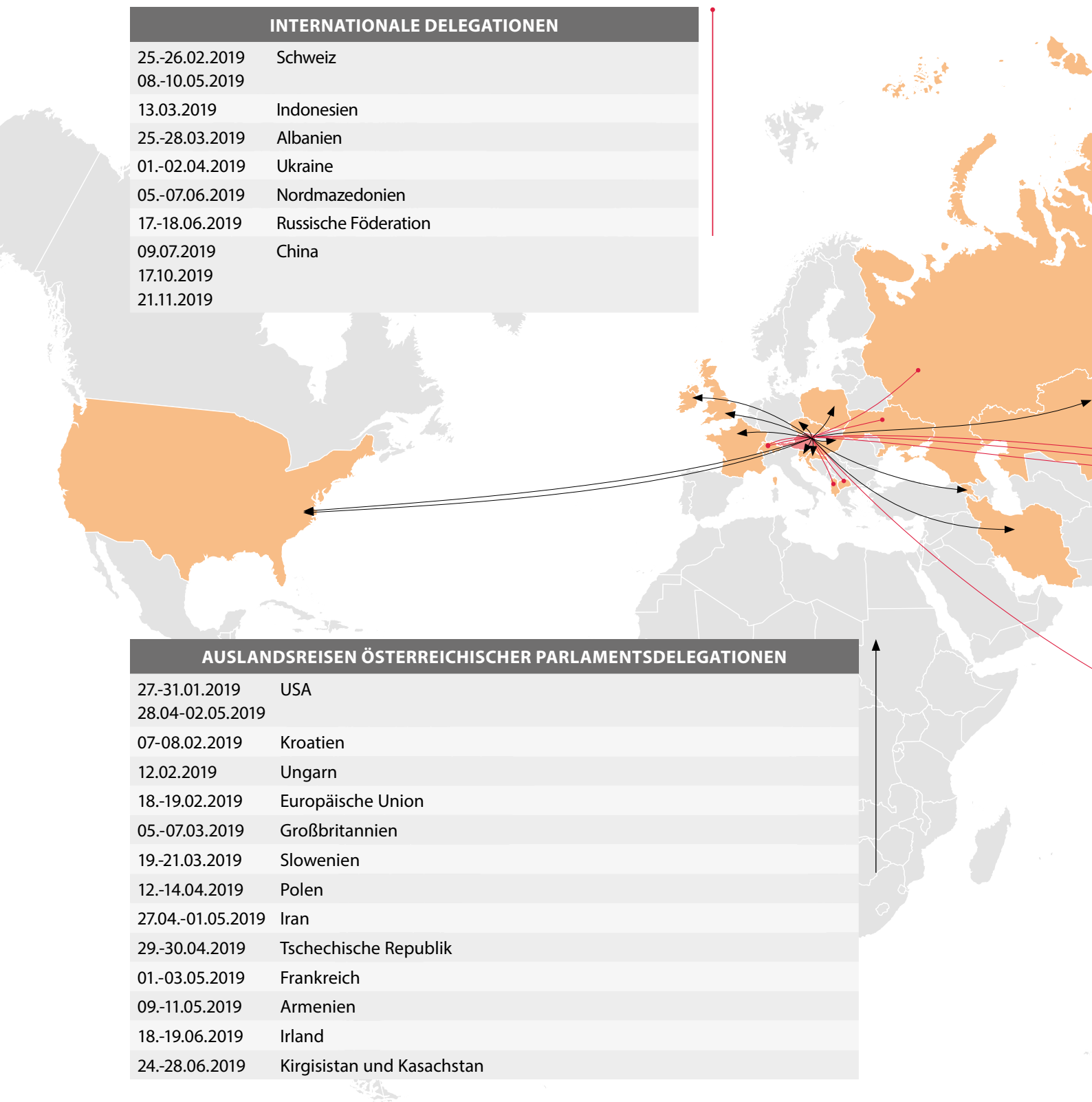
Internationale Kontakte 2019

INTERNATIONALE DELEGATIONEN

25.-26.02.2019	Schweiz
08.-10.05.2019	
13.03.2019	Indonesien
25.-28.03.2019	Albanien
01.-02.04.2019	Ukraine
05.-07.06.2019	Nordmazedonien
17.-18.06.2019	Russische Föderation
09.07.2019	China
17.10.2019	
21.11.2019	

AUSLANDSREISEN ÖSTERREICHISCHER PARLAMENTSDELEGATIONEN

27.-31.01.2019	USA
28.04.-02.05.2019	
07.-08.02.2019	Kroatien
12.02.2019	Ungarn
18.-19.02.2019	Europäische Union
05.-07.03.2019	Großbritannien
19.-21.03.2019	Slowenien
12.-14.04.2019	Polen
27.04.-01.05.2019	Iran
29.-30.04.2019	Tschechische Republik
01.-03.05.2019	Frankreich
09.-11.05.2019	Armenien
18.-19.06.2019	Irland
24.-28.06.2019	Kirgisistan und Kasachstan



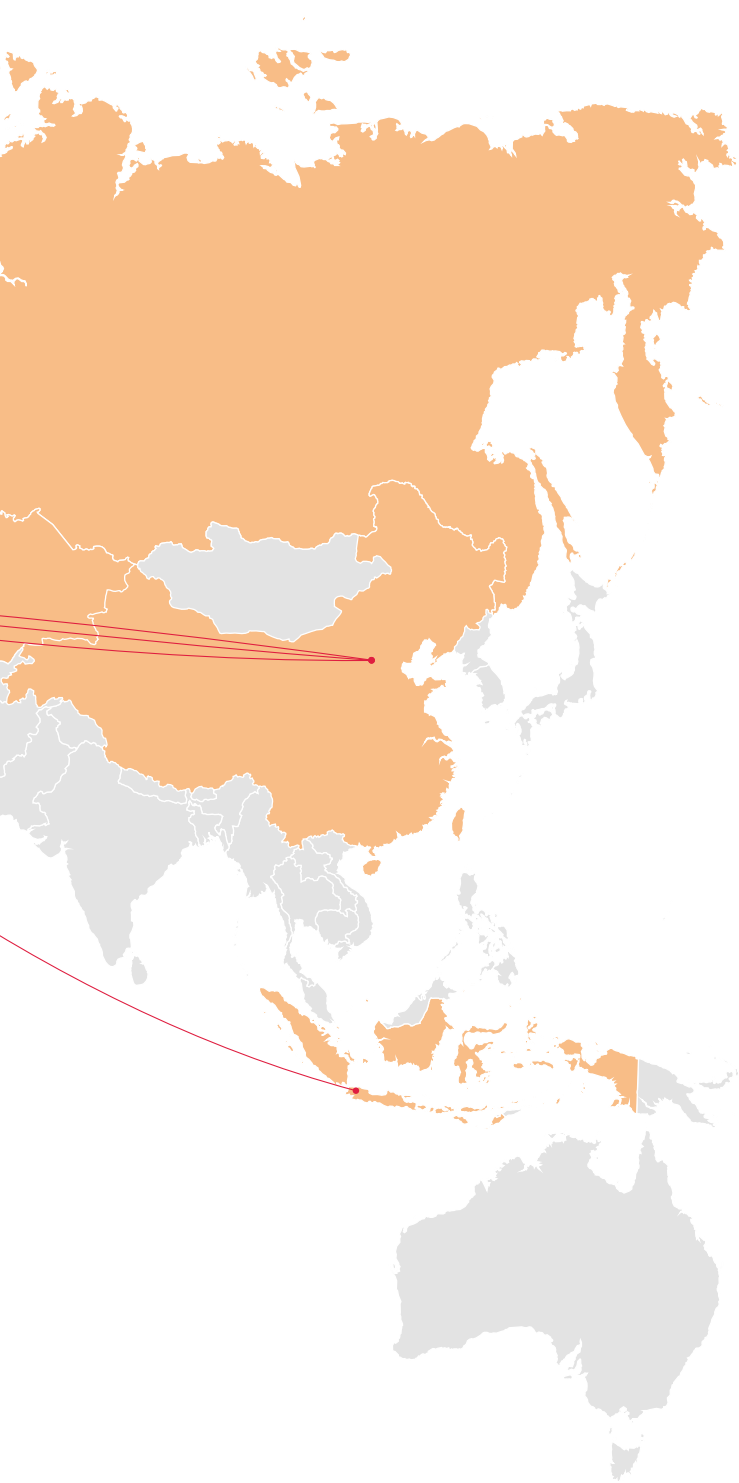
Das österreichische Parlament setzt mit 223 internationalen Terminen auch 2019 verstärkt auf internationale Zusammenarbeit und parlamentarische Diplomatie.

In einer zunehmend miteinander verbundenen Welt, die vor globalen Herausforderungen steht, wird internationale Zusammenarbeit immer wichtiger. ParlamentarierInnen haben dabei eine besondere Rolle, denn ihr Blickwinkel ist oft ein anderer als der von RegierungsvertreterInnen. ParlamentarierInnen repräsentieren unterschiedliche Bevölkerungsgruppen und kennen die Anliegen ihrer WählerInnen besonders gut. Die parlamentarische Diplomatie ist daher ein wichtiger Kanal des Dialogs, der neben der Außenpolitik der Regierung zunehmend an Bedeutung gewinnt.

Allein 2019 fanden 223 internationale Termine des österreichischen Parlaments statt. Im ersten Halbjahr stand die Konferenz der ParlamentspräsidentInnen der EU-Mitgliedstaaten und des EP als letzte und ranghöchste Veranstaltung der parlamentarischen Dimension des österreichischen EU-Ratsvorsitzes mit 39 teilnehmenden Kammern der 28 Mitgliedsländer sowie VertreterInnen der fünf Kandidatenländer und vier Beobachterländer im Fokus. Am Rande dieser Konferenz traf der Nationalratspräsident auch zahlreiche seiner AmtskollegInnen zu bilateralen Gesprächen.

Ein besonderes Anliegen des Nationalratspräsidenten war die weitere Intensivierung des Austauschs mit den österreichischen Nachbarländern. So reiste Präsident Sobotka 2019 nach Deutschland, Tschechien, Slowenien sowie Liechtenstein und empfing hochrangige VertreterInnen aus der Schweiz, Italien, Ungarn, der Slowakei und Tschechien im Parlament. Auch seinen 2018 auf den Westbalkan gelegten Schwerpunkt setzte Präsident Sobotka mit einem Besuch in Bosnien und Herzegowina fort und empfing die Parlamentspräsidenten von Albanien und Nordmazedonien zu offiziellen Besuchen in Wien.

Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka war außerdem vom 23.-24. Juli Gastgeber des Treffens der ParlamentspräsidentInnen der deutschsprachigen Länder in Bregenz. Aktuelle Formen des Antisemitismus und Maßnahmen zu seiner Bekämpfung standen im Fokus des Austauschs, der heuer erstmals in Österreich stattfand.



Überblickskarte Besuche Parlamentsdelegationen 2019: Delegationen aus der ganzen Welt besuchten im vergangenen Jahr das österreichische Parlament, ebenso knüpften österreichische ParlamentarierInnen bei ihren Auslandsreisen vielfältige Kontakte



(Links)
Austerlitzformat: Treffen der Parlamentspräsidenten von Österreich, Tschechien und der Slowakei in Grafenegg im Sommer 2019
(oben, v. l.) Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka, Präsident der tschechischen Abgeordnetenkammer Radek Vondráček, Präsident des slowakischen Nationalrats Andrej Danko
(unten, v. l.) Radek Vondráček, Wolfgang Sobotka, Andrej Danko

(Rechts)
Grenzwanderung anlässlich des 30. Jahrestags der Öffnung des Eisernen Vorhangs an der österreichisch-ungarischen Grenze (v. l.): Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka, ungarischer Botschafter Andor Nagy und der Bürgermeister von Sopron Tamás Fodor

Zu den internationalen Terminen des Nationalratspräsidenten kamen noch jene der Ausschüsse und der bilateralen parlamentarischen Gruppen. Auch hier standen aktuelle Herausforderungen wie der Brexit im Vordergrund.

SCHWERPUNKT NACHBARSCHAFT

Die Pflege der Nachbarschaftsbeziehungen zählte 2019 zu den außenpolitischen Schwerpunkten des österreichischen Parlaments. Speziell im Rahmen des Austerlitzformats konnte die Zusammenarbeit mit der Tschechischen Republik und der Slowakei 30 Jahre nach der Öffnung des Eisernen Vorhangs weiter vertieft werden.

Gemeinsame Geschichte, gemeinsame Grenzen und ein historisch-kulturelles Erbe verbinden Österreich mit seinen Nachbarländern. Grenzübergreifende Herausforderungen erfordern oft eine kooperative Lösung von Problemen. Daher ist die regionale Zusammenarbeit in Mitteleuropa seit der Öffnung des Eisernen Vorhangs vor 30 Jahren und der EU-Erweiterung 2004 wieder verstärkt ins Blickfeld der Außenpolitik gerückt.

Die Rolle Zentraleuropas war Thema einer Konferenz des Forums Mitteleuropa beim Sächsischen Landtag im Mai 2019. Der Nationalratspräsident betonte dort in seiner Rede, dass Mitteleuropa aus österreichischer Perspektive immer als ein offener Raum begriffen wurde – offen in Richtung Süden (Oberitalien, Slowenien, Kroatien), offen nach Westen (Schweiz, Liechtenstein) und nach Osten bis hin zur Ukraine. In den 1990er-Jahren hat die neu entstehende Zusammenarbeit in Mitteleuropa zur Aufnahme der Länder Mittel- und Osteuropas in die EU beigetragen. „Heute kommt diesem Mitteleuropa eine wesentliche Brückenfunktion zu, wenn es darum geht, die Grenzen Europas in Richtung der sechs Balkanstaaten zu erweitern“, so Präsident Sobotka.

Zur weiteren Intensivierung der Beziehungen lud der Nationalratspräsident im August die Parlamentspräsidenten der Tschechischen Republik und der Slowakei im trilateralen Austerlitz-



format nach Grafenegg ein. Das Austerlitzformat wurde 2015 von den Regierungschefs dieser drei Länder in Austerlitz (Slavkov) in Tschechien ins Leben gerufen. Die Idee, das Format auch auf parlamentarische Ebene zu heben, entstand während eines Gesprächs des Vorsitzenden des Abgeordnetenhauses des Parlaments der Tschechischen Republik Radek Vondráček mit Präsident Sobotka in Wien im Februar 2018. Unter tschechischem Vorsitz (Juli 2018 bis Juni 2019) lud Präsident Vondráček zum Auftakt in seine Heimatstadt Kremsier in Tschechien, welche auch für Österreich von historischer Bedeutung ist. Nach dem Ausbruch der Oktoberrevolution von 1848 wurde der erste frei gewählte österreichische Reichstag von Wien nach Kremsier verlegt. Beim zweiten parlamentarischen Treffen im Austerlitzformat in Grafenegg dieses Jahr wurden neben den trilateralen Beziehungen auch gemeinsame Positionen zur EU-Perspektive der Länder des Westbalkans und die Zukunft der EU besprochen. Anlässlich des 30-jährigen Jubiläums der Öffnung des Eisernen Vorhangs war auch ein gemeinsamer Blick auf die Ereignisse des Jahres 1989 Thema der Gespräche. Außerdem wurde vereinbart, den Austausch im Austerlitzformat auch auf Ausschussebene zu intensivieren.

Auch bilateral pflegen die Parlamente von Tschechien und Österreich ein enges Verhältnis. 2019 trafen sich der Vorsitzende des tschechischen Abgeordnetenhauses und Präsident Sobotka drei Mal. Im April reiste Präsident Sobotka mit der Dritten

Nationalratspräsidentin Anneliese Kitzmüller und einer Allparteidelegation zu einem offiziellen Besuch nach Prag. Auf dem Programm stand neben offiziellen Gesprächsterminen mit dem Gastgeber Präsident Vondráček, Ministerpräsident Andrej Babiš, Außenminister Tomáš Petříček und Senatspräsident Jaroslav Kubera auch eine Diskussionsveranstaltung zum gemeinsamen österreichisch-tschechischen Geschichtsbuch. Das Geschichtsbuch ist das Hauptprojekt der Ständigen österreichisch-tschechischen Historikerkonferenz unter Beteiligung von rund 20 österreichischen und tschechischen Historikerinnen und Historikern. Es soll dazu beitragen, Ressentiments und Stereotype abzubauen und die Perspektiven für kulturelle und wissenschaftliche Kooperationen zwischen Österreich und Tschechien zu stärken. Ein erstes deutsches Exemplar wurde Präsident Sobotka von österreichischen und tschechischen Mitgliedern der Historikerkonferenz in Prag überreicht.

IPU-WELTKONFERENZ 2020 IN WIEN

Das österreichische Parlament wird im August 2020 in Zusammenarbeit mit der Interparlamentarischen Union und den Vereinten Nationen die 5. IPU-Weltkonferenz der ParlamentspräsidentInnen ausrichten, womit zum ersten Mal ein nationales Parlament Kogastgeber dieser Konferenz sein wird. Das gemeinsame Vorhaben wurde anlässlich der 141. IPU-Versammlung, die von 13. bis 17. Oktober 2019 in Belgrad stattfand, mit einem Memorandum of



Understanding zwischen Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka und der Präsidentin der IPU Gabriela Cuevas Barron sowie dem Generalsekretär der IPU Martin Chungong besiegelt.

Die erste Weltkonferenz fand im Jahr 2000 im Vorfeld des Millennium Summit der Vereinten Nationen in New York statt. In weiterer Folge wurden alle fünf Jahre solche Treffen einberufen, jedes Mal an einem

der Sitze der Vereinten Nationen: 2005 und 2015 in New York sowie 2010 in Genf. Des Weiteren hat sich seit 2005 unter Federführung des IPU Bureau of Women Parliamentarians die Abhaltung eines eigenen Gipfels der Parlamentspräsidentinnen etabliert, der seitdem jährlich stattfindet (in jenen Jahren, in denen eine Weltkonferenz stattfindet, jeweils in deren Vorfeld).

Die 5. IPU-Weltkonferenz der ParlamentspräsidentInnen wird von 19. bis 21. August 2020, das Treffen der Parlamentspräsidentinnen (Women Speakers Summit) am 17. und 18. August 2020 abgehalten. Es werden die PräsidentInnen beider Kammern

der Parlamente aus 193 Staaten eingeladen und insgesamt rund 1.300 Delegierte in Wien erwartet. Die inhaltlichen Vorbereitungen für die Konferenz werden von einem Vorbereitungskomitee getroffen, dem Nationalratspräsident Sobotka gemeinsam mit weiteren 20 ParlamentspräsidentInnen angehört. Am 21. September 2020 findet in New York das hochrangige Treffen der VN-Generalversammlung zum Gedenken an das 75-Jahr-Jubiläum der Vereinten



Nationen statt, wo es Gelegenheit geben wird, die Themen und Ergebnisse der hochrangigen parlamentarischen Wiener Konferenz einfließen zu lassen.

Die 5. IPU-Weltkonferenz wird sich mit dem Hauptthema „Parliamentary leadership for more effective multilateralism that delivers peace and sustainable development for the people and planet“ befassen. Im Rahmen von Podiumsdiskussionen sollen die Themen Klimawandel, humanitäre Agenda, demokratische Regierungsführung, integratives Wirtschaftswachstum sowie Terrorismusbekämpfung behandelt werden, weiters werden Berichte zu den nachhaltigen Entwicklungszielen (SDG), Jugendbeteiligung an demokratischen Prozessen, Gleichbehandlung, Parlamente des 21. Jahrhunderts sowie Wissenschaft, Technologie und Ethik präsentiert werden. Das Thema Terrorismusbekämpfung wird in enger Zusammenarbeit mit der von der IPU kürzlich gegründeten Hochrangigen Beratungsgruppe zur Bekämpfung von Terrorismus und gewalttätigem Extremismus, deren Vorsitz Abg.z.NR Dr. Reinhold Lopatka innehat, sowie den UN-Agenturen UNODC und UNOCT vorbereitet werden.

Das Treffen der Parlamentspräsidentinnen wird sich unter dem Titel „Die Erreichung von Gleichberechtigung vorantreiben“ mit den Themen Gewalt

gegen Frauen in Gesellschaft, Arbeitsumfeld und Politik, Auswirkungen des Klimawandels auf Frauen und Mädchen sowie wirtschaftlicher Gleichstellung und finanzielle Inklusion von Frauen befassen.

Die Interparlamentarische Union (IPU) ist ein internationaler Zusammenschluss von Parlamenten souveräner Staaten. Sie ist ein Forum für Dialog und parlamentarische Diplomatie unter Gesetzgebern verschiedenster politischer Systeme und Couleurs auf der ganzen Welt und stellt eine einzigartige Plattform zur Beobachtung der weltweit vorhandenen politischen Meinungen und Strömungen dar. Sie hält jährlich zwei Generalversammlungen/Jahrestagungen sowie zahlreiche Sonderkonferenzen, die sich insbesondere Fragen aus den Bereichen Menschenrechte, nachhaltige Entwicklung, Gleichbehandlung sowie Frieden und Sicherheit annehmen, ab. Die Hauptthemenfelder, mit denen sich die IPU befasst, sind: Stärkung der Institution Parlament, Geschlechtergerechtigkeit, Menschenrechte, nachhaltige Entwicklung, Friedenssicherung, globale Regierungsführung, Förderung und Einbeziehung der Jugend. Anlässlich der Tagungen werden neue Ideen und Initiativen mit dem Ziel sondiert, wichtige Fortschritte auf der Suche nach Frieden und Förderung der internationalen Zusammenarbeit zu erzielen. Die IPU hat derzeit 179 Mitglieder und 13 assoziierte Mitglieder.



(links oben, v. l.) Nationalratspräsident Sobotka und IPU-Generalsekretär Martin Chungong
(links unten) IPU-Treffen in Belgrad, Oktober 2019

(rechts, v. l.) Die (damalige) Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Bosnien und Herzegowina Borjana Krišto, Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka und der Stellvertreter der Präsidentin Nebojša Radmanović



DAS PARLAMENT UND DER WESTBALKAN

Die Zukunft des Westbalkans liegt in der EU, heißt es seit bald 20 Jahren, zuletzt in den Schlussfolgerungen des Rates im Oktober 2019. Das Jahr 2019, das für die Region des Westbalkans mit dem Beschluss zur Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit Nordmazedonien und Albanien ein Schlüsseljahr hätte werden können, brachte auch für das österreichische Parlament ein intensiveres Engagement in der Region Südosteuropas mit sich. Von Anfang an stand die Heranführung der Länder des Westbalkans an die Europäische Union im Mittelpunkt internationaler Aktivitäten des Nationalratspräsidenten, bereits im Herbst 2018 wurde im Rahmen des EU-Ratsvorsitzes mit der Westbalkankonferenz ein Grundstein gelegt, ebenso mit der Einladung aller sechs Westbalkanländer zur EU-ParlamentspräsidentInnenkonferenz nach Wien im Mai 2019.

Das Bekenntnis seitens der EU gilt es nun mehr denn je mit Leben zu erfüllen, und so standen die Länder des Westbalkans 2019 besonders im Fokus der Aktivitäten des österreichischen Parlaments.

Parlamentarische Initiativen zur Stärkung der Demokratie und des Parlamentarismus sowie der Rechtsstaatlichkeit und Institutionenbildung sind gerade im Rahmen der Heranführung der Länder des Westbalkan an die EU ein zentraler Faktor. Auf Initiative des Nationalratspräsidenten wurde gemeinsam mit der Erste-Stiftung eine Kooperation zwischen dem österreichischen Parlament und dem European Fund for the Balkans etabliert: Ein Stipendienprogramm für ParlamentsmitarbeiterInnen der Westbalkanländer unter dem Titel EFB Fellowships at the Austrian Parliament startete schließlich im Frühling 2019, sodass im Herbst dieses Jahres die ersten vier StipendiatInnen in der Parlamentsdirektion ein sechswöchiges Praktikum absolvieren konnten. Zhaklina Dharmo (Albanien), Faton Hamiti (Kosovo), Natasha Metodijeva (Nordmazedonien) und Sevda Valjevcic (Bosnien und Herzegowina) arbeiteten in verschiedenen Bereichen der Parlamentsdirektion mit und konnten einen Einblick in die Tätigkeit zahlreicher weiterer Abteilungen gewinnen. Das österreichische Parlament hat damit neue Standards gesetzt, entfaltet auch Vorbildwirkung für andere Parlamente

und möchte mit seinem Engagement tatkräftig und aktiv auf politischer und administrativer Ebene dazu beitragen, die Länder Südosteuropas auf ihrem Weg in Richtung EU zu unterstützen.

In diesem Sinne ist auch die Beteiligung des österreichischen Parlaments als Junior Member State im Rahmen des Twinningprojekts der Europäischen Kommission „Empowerment and Further Support to the Parliaments of Bosnia and Herzegovina in EU Integration tasks“ zu sehen. Das Projekt zur Stärkung und Unterstützung der Parlamente in Bosnien und Herzegowina in der Heranführung an die EU läuft seit Mai 2019, ist für zwei Jahre angelegt und wird gemeinsam mit dem ungarischen Parlament als Projektleiter und dem kroatischen Parlament durchgeführt. Ziel dabei ist es, durch die Entsendung von ExpertInnen aus den verschiedensten Bereichen wie EU-Mitwirkung, IKT, elektronischer Gesetzgebungsprozess, Budget, Kommunikation und Personalentwicklung die Parlamentsstrukturen zu stärken und auf dem Weg in die EU auch auf diese Weise zu unterstützen. Die Teilnahme des österreichischen Parlaments in diesem Projektkonsortium unterstreicht ein weiteres mal das Engagement für die Region des Westbalkans. Das österreichische Parlament kann dabei nicht nur aufgrund der guten bilateralen Beziehungen und nach bald 25-jähriger EU-Mitgliedschaft viel an Unterstützung leisten und Best Practices vermitteln, sondern auch als Zweikammernparlament, das im Wege des

Bundesrats im EU-Bereich eine enge Koordinierung mit den Landtagen pflegt. Daher sind auch drei Landtage in das Projekt eingebunden. Auch bei diesem Projekt geht es darum, zentrale europäische Werte zu implementieren, Parlamentarismus zu stärken, das Funktionieren demokratischer Institutionen und das Zusammenwirken auf staatlicher, föderaler und regionaler Ebene zu fördern. Rund 50 Expertinnen und Experten aus insgesamt acht EU-Ländern und deren Parlamenten und Kammern stehen diesem Projekt zur Verfügung, seitens der österreichischen Parlamentsdirektion waren im Jahr 2019 zwischen September und November bereits fünf Kolleginnen und Kollegen vor Ort tätig.

Das österreichische Parlament hat die Chance, mit beiden Projekten an vorderster Front als Vorreiter aktiv mitzuwirken, um diese Länder Südosteuropas ein Stück näher an die EU heranzuführen und damit auch zur Stabilität in der Region beizutragen. Österreich hat nicht nur aufgrund der historischen Verbundenheit mit dieser Region, sondern auch um Stabilität zu sichern, die Verantwortung, sich aktiv einzubringen. Ein Schlüsselement dabei sind die bilateralen Besuche des Nationalratspräsidenten in den Ländern des Westbalkans, um sich auch vor Ort ein konkretes Bild zu machen, Kooperationsmöglichkeiten auszuloten und zu signalisieren, dass Österreich und insbesondere auch das österreichische Parlament diese Länder weiterhin konsequent und nachhaltig auf ihrem Weg in die EU unterstützen werden.



(links, v. l.) Österreichische Botschafterin in Bosnien und Herzegowina Ulrike Hartmann, Nationalratspräsident Sobotka und Oberst Klaus Jäger beim Besuch des Hauptquartiers der EU-Friedensmission EUFOR

(rechts, v. l.) Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka mit Valentin Inzko, Hoher Repräsentant für Bosnien und Herzegowina



5





1) Nationalratspräsident Sobotka mit der Koordinatorin der Europäischen Kommission zur Bekämpfung von Antisemitismus **Katharina von Schnurbein**

2) Nationalratspräsident Sobotka mit dem ungarischen Staatspräsidenten **János Áder**

3) Nationalratspräsident Sobotka mit dem (damaligen) Bundespräsidenten der Schweiz **Ueli Maurer**

4) Nationalratspräsident Sobotka mit dem Präsidenten der OSZE-PV **George Tsereteli**

5) Grenzbesuch anlässlich des 30. Jahrestags der Öffnung des Eisernen Vorhangs an der österreichisch-tschechischen Grenze in Laa an der Thaya

6) Nationalratspräsident Sobotka mit dem Parlamentspräsidenten der Republik Nordmazedonien **Talat Xhaferi**

7) Nationalratspräsident Sobotka mit dem ungarischen Kanzleramtsminister **Gergely Gulyás**

8) Nationalratspräsident Sobotka und der slowenische Parlamentspräsident **Dejan Židan**

9) Nationalratspräsident Sobotka mit dem slowenischen Staatspräsidenten **Borut Pahor**

10) Treffen der Parlamentspräsidentinnen und -präsidenten der deutschsprachigen Länder (vorne, v. l.) Nationalratspräsident Sobotka, Bundespräsident **Wolfgang Schäuble**, Präsidentin des Schweizer Nationalrats **Marina Carobbio Guscetti** (hinten, v. l.) Präsident der Luxemburgischen Chamber **Fernand Etgen**, Parlamentspräsident der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens **Karl-Heinz Lambertz**, Präsident des Liechtensteinischen Landtags **Albert Frick**





11



12



13



14



15



16



17



18



19



20



21

11) Nationalratspräsident Sobotka besucht das jüdische Museum in Prag

12) Nationalratspräsident Sobotka und die Generalsekretärin des Europarates **Marija Pejčinović Burić**

13) Nationalratspräsident Sobotka mit dem Vorsitzenden der Abgeordnetenkammer des Parlaments von Kasachstan **Nurlan Nyghmatulin**

14) Nationalratspräsident Sobotka und der Parlamentspräsident der Republik Albanien **Gramoz Ruçi**

15) Nationalratspräsident Sobotka mit dem Präsidenten der Republik Tschechien **Miloš Zeman**

16) Nationalratspräsident Sobotka mit der Parlamentspräsidentin der Niederlande **Khadija Arib**

17) Nationalratspräsident Sobotka mit dem bulgarischen Präsidenten **Rumen Radew**

18) Italienischer Staatspräsident **Sergio Mattarella** mit Nationalratspräsident Sobotka

19) Besuch der Salzburger Festspiele: Nationalratspräsident Sobotka und der slowenische Parlamentspräsident **Dejan Židan** mit Gattinnen

20) Nationalratspräsident Sobotka mit dem Botschafter der Republik Ungarn **Andor Nagy**

21) Nationalratspräsident Sobotka und der Europäische Kommissar **Johannes Hahn** (damals zuständig für Erweiterungsverhandlungen und Nachbarschaftspolitik)





27



28



29



30



31



32

22) Treffen von Nationalratspräsident Sobotka mit Vertretern der jüdischen Gemeinde von Straßburg

23) Nationalratspräsident Sobotka und die Präsidentin der Europäischen Kommission **Liliane Maury Pasquier**

24) v. l.: Slowakischer Nationalratspräsident **Andrej Danko**, Nationalratspräsident Sobotka, Präsident der tschechischen Abgeordnetenversammlung **Radek Vondráček**

25) Nationalratspräsident Sobotka und der Präsident des Europäischen Parlaments **David Sassoli**

26) Nationalratspräsident Sobotka und die Präsidentin der Europäischen Kommission **Ursula von der Leyen**

27) Nationalratspräsident Sobotka mit dem Präsidenten der Republik Nordmazedonien **Stevo Pendarovski**

28) Nationalratspräsident Sobotka und **S.D. Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein**

29) Besuch in Liechtenstein (v. l.): Regierungschef-Stellvertreter **Daniel Risch**, Nationalratspräsident Sobotka, Präsident des Liechtensteinischen Landtages **Albert Frick**

30) Abendempfang anlässlich des österreichischen Nationalfeiertages in Belgrad (v. l.): Präsident der Parlamentarischen Versammlung der OSZE-PV **George Tsereteli**, Nationalratspräsident Sobotka

31) Nationalratspräsident Sobotka und die serbische Premierministerin **Ana Brnabić**

32) Gedenkakt anlässlich des 80. Jahrestags des Beginns des Zweiten Weltkriegs in Warschau (v. l.): Nationalratspräsident Sobotka, Präsident der Republik Polen **Andrzej Duda** und dessen Gattin **Agata Kornhauser-Duda**

Besuche und Reisen des Nationalratspräsidenten

BESUCHE	
31.12.2018-01.01.2019	Präsident des schwedischen Reichstages Andreas Norlén
11.01.2019	(damaliger) Bundespräsident der Schweiz Ueli Maurer
16.01.2019	Präsident der OSZE-PV George Tsereteli
20.02.2019	Ungarischer Staatspräsident János Áder
20.-21.02.2019	Vorsitzender der Abgeordnetenkammer des Parlaments von Kasachstan Nurlan Nyghmatulin
21.-22.02.2019	18. Wintertagung der Parlamentarischen Versammlung der OSZE in Wien
25.02.2019	(damaliger) Vorsitzender des Parlaments der Republik Georgien Irakli Kobakhidze
01.03.2019	Ungarischer Kanzleramtsminister Gergely Gulyás
19.-20.03.2019	Generalsekretär der Interparlamentarischen Union Martin Chungong
03.04.2019	Präsident der Tschechischen Republik Miloš Zeman
08.04.2019	Vorsitzende der niederländischen Tweede Kamer Khadija Arib
08.-09.04.2019	Konferenz der ParlamentspräsidentInnen der EU in Wien
26.04.2019	Deutscher Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer
07.05.2019	Albanischer Parlamentspräsident Gramoz Ruçi
13.-14.05.2019	Parlamentspräsident der Republik Nordmazedonien Talat Xhaferi
19.-22.05.2019	Vorsitzender des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses der Volksrepublik China Li Zhanshu
12.-13.06.2019	Präsidentin der Parlamentarischen Versammlung des Europarates Liliane Maury Pasquier
13.06.2019	Slowenischer Staatspräsident Borut Pahor
01.07.2019	Italienischer Staatspräsident Sergio Mattarella
02.07.2019	(damaliger) Saudi-arabischer Energieminister Khalid al-Falih
23.-24.07.2019	Konferenz der ParlamentspräsidentInnen der deutschsprachigen Länder in Bregenz
16.08.2019	EU-Kommissar Johannes Hahn bei den Salzburger Festspielen
18.-19.08.2019	Slowenischer Parlamentspräsident Dejan Židan bei den Salzburger Festspielen
31.08.2019	Treffen der Parlamentspräsidenten im Austerlitzformat und Konzertbesuch beim Grafeneggfestival
04.10.2019	Bulgarischer Präsident Rumen Radew
11.10.2019	Präsident der Republik Nordmazedonien Stevo Pendarovski
17.10.2019	Direktor der Nationalen Aufsichtskommission der Volksrepublik China Yang Xiaodu
12.11.2019	Weißrussischer Präsident Aljaksandr Lukaschenka
31.12.2019-01.01.2020	Präsident des kroatischen Sabor Gordan Jandroković

AUSLANDSREISEN

14.-16.01.2019	Ukraine
11.-12.02.2019	Deutschland (Leipzig, Bonn, Düsseldorf)
18.-19.02.2019	Deutschland (Bundestagspräsident Schäuble und Eröffnung des Europäischen Polizeikongresses)
05.-07.03.2019	Slowenien
18.-19.03.2019	Europäische Kommission und Europäisches Parlament (Brüssel)
01.-02.04.2019	Tschechische Republik
11.-12.04.2019	Bosnien und Herzegowina
29.-30.04.2019	Liechtenstein
17.05.2019	Deutschland (Konferenz Forum Mitteleuropa im Sächsischen Landtag)
04.-05.06.2019	Deutschland (Landtag Thüringen und Ettersburger Gespräch in Weimar)
11.-14.07.2019	Deutschland (Bremerische Bürgerschaft und Landtag Nordrhein-Westfalen)
01.09.2019	Polen (Gedenkakt anlässlich des 80. Jahrestages des Beginns des Zweiten Weltkriegs in Warschau)
23.09.2019	Europäische Kommission und Europäisches Parlament (Brüssel)
14.-15.10.2019	Serbien (141. IPU-Konferenz in Belgrad)
24.-25.10.2019	Europäische Konferenz der ParlamentspräsidentInnen (Straßburg/ Europarat)





Happy Birthday Parlamentsbibliothek!

150
JAHRE
PARLAMENTS
BIBLIOTHEK
1869 - 2019

35 Autorinnen und Autoren gratulierten der Parlamentsbibliothek zu ihrem 150-jährigen Bestehen in einer Festschrift. Im Mittelpunkt der einzelnen Beiträge steht jeweils ein Buch aus dem umfangreichen Bestand der größten österreichischen Fachbibliothek für Demokratie und Parlamentarismus.

Parlamentsbibliothek

Palais Epstein
Dr.-Karl-Renner-Ring 1
1017 Wien

Öffnungszeiten

Montag bis Freitag
8:00 bis 16:00 Uhr

Tel.: +43 1 401 10-2285

E-Mail: bibliothek@parlament.gv.at
www.parlament.gv.at/bibliothek



Die Direktorin der Parlamentsbibliothek Elisabeth Dietrich-Schulz mit Autorinnen und Autoren der Festschrift Bundesratspräsident a. D. Herbert Schambeck (links oben), Martin Thür (links unten) und Olivera Stajić (rechts)

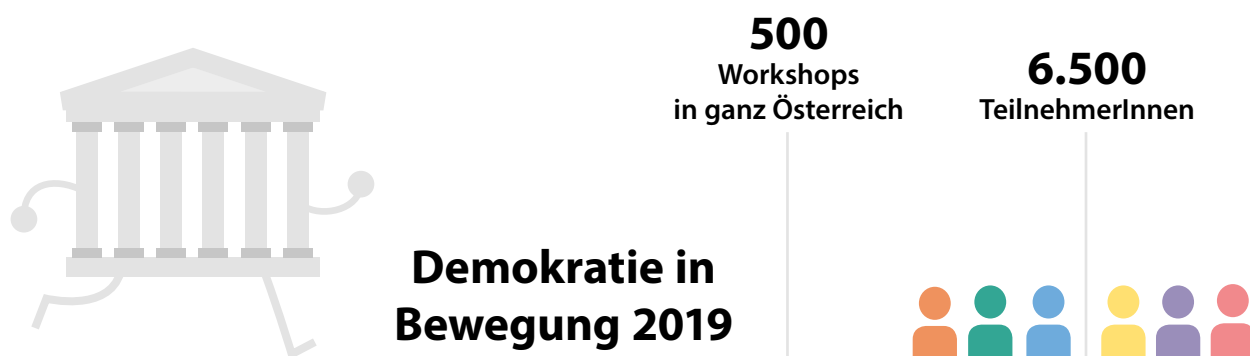
(links Mitte) Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka, Bundesratspräsident Karl Bader und Parlamentsdirektor Harald Dossi gratulieren





Bildung – Ein wichtiger Beitrag für die Demokratie

Das Parlament ist seit vielen Jahren der Demokratiebildung verpflichtet. Neben klassischen pädagogischen Angeboten setzt das Parlament immer wieder neue Schwerpunkte, wie im vergangenen Jahr die Initiative Bildung gegen Vorurteile im Kampf gegen Antisemitismus.



Junge Menschen für Demokratie zu begeistern und sie für ein demokratisches Miteinander im Alltag zu sensibilisieren ist Aufgabe der vielen Bildungsangebote des Parlaments.

Die Angebote sind allesamt kostenlos, allerdings ist eine Anmeldung unbedingt erforderlich. Sie richten sich an unterschiedliche Ziel- und Altersgruppen und variieren auch hinsichtlich Dauer voneinander. Weitere Informationen unter www.parlament.gv.at.

DEMOKRATIEWERKSTATT

In der DemokratieWERKstatt lernen Jugendliche von der dritten bis zur neunten Schulstufe interaktiv über Demokratie, Parlament, Medien und Europäische Union.

Workstatt PARLAMENT: der Weg eines Gesetzes

Workstatt MEDIEN: Wie informiere ich mich?

Workstatt POLITIKER/INNEN: Wer vertritt mich im Parlament?

Workstatt PARTIZIPATION: Meine Meinung zählt!

Workstatt ZEITREISE: die Republik erforschen

Workstatt EUROPA: die Europäische Union kennenlernen

Workshops für Schulklassen/Gruppen finden während des Schuljahres von Montag bis Freitag statt und dauern jeweils vier Stunden.

Anmeldung und Information:

www.demokratiewerkstatt.at

E-Mail: demokratiewerkstatt@parlament.gv.at

Tel.: +43 1 401 10 – 2930

Fax: +43 1 401 10 – 2690

LEHRLINGSFORUM DER DEMOKRATIEWERKSTATT

Im Lehrlingsforum der DemokratieWERKstatt können Lehrlingsgruppen aus ganz Österreich über Demokratie lernen: Was macht Demokratie aus und was bedeutet sie für das eigene Lebensumfeld? Welche Rolle spielt das Parlament und wie kann man sich an demokratischen Prozessen beteiligen?

Folgende Workshops stehen zur Auswahl:

Lehrlingsforum PARLAMENT

Lehrlingsforum DEMOKRATIE

Lehrlingsforum POLITIKER/INNEN

Lehrlingsforum EUROPÄISCHE UNION

Workshops für Lehrlingsgruppen dauern jeweils vier Stunden. Aktuelle Termine erfährt man auf der Website oder per Telefon.

Anmeldung und Information:

www.lehrlingsforum.parlament.at

E-Mail: lehrlingsforum@parlament.gv.at

Tel.: +43 1 401 10 – 2927

Fax: +43 1 401 10 – 2690

JUGENDPARLAMENT UND LEHRLINGSPARLAMENT

Aufgeteilt in fiktive Klubs erarbeiten die Jugendlichen beim Jugend- oder Lehrlingsparlament eigene Positionen, suchen Kompromisse, bereiten Reden vor und stimmen schließlich über eine Gesetzesvorlage ab. So erleben Jugendliche selbst, was es heißt, in der Politik tätig zu sein, und wie politische Entscheidungen zustande kommen. Jedes Semester werden Schulen bzw. Lehrausbildungsstätten aus zwei Bundesländern im Rahmen eines Wettbewerbs zur Teilnahme eingeladen.

Anmeldung und Information:

www.reininsparlament.at

E-Mail: jugend@parlament.gv.at

Tel.: +43 1 401 10 – 2940

FÜHRUNGEN

Für Jugendliche ab 12 Jahren und für Lehrlinge werden spezielle Führungen angeboten. Bei einem Rundgang durch die Hofburg, direkt am Ort der Gesetzgebung, werden den Teilnehmenden Demokratie und Parlamentarismus nähergebracht. Die Führungen sind altersgerecht aufbereitet und an Vorwissen und Interessen angepasst.

Anmeldung und Information:

www.parlament.gv.at

(Menüpunkt: Gebäude und Führungen)

E-Mail: besucherservice@parlament.gv.at

Tel.: +43 1 401 10 – 2400

DEMOKRATIE IN BEWEGUNG

Mit dem Projekt Demokratie in Bewegung geht das Hohe Haus in Kooperation mit dem Österreichischen Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum mit unterschiedlichen Workshops auf Tour durch Österreichs Schulen.

Workshop DAS PARLAMENT KOMMT ZU DIR

Workshop BILDUNG GEGEN VORURTEILE

Anmeldung und Information:

www.parlament.gv.at

www.demokratie-in-bewegung.at

E-Mail: termine_1@oegwm.ac.at

Tel.: +43 1 545 25 51 – 42

DEMOKRATIEWEBSTATT

Ergänzend zu den Angeboten, die Kinder und Jugendliche im Parlament oder direkt an den Schulen und Lehrausbildungsstätten erleben können, gibt es eine eigene Kinderinternetseite. Die DemokratieWEBstatt bietet Kindern ab acht Jahren altersgerechte Informationen über Aufgaben und Abläufe im Hohen Haus. Regelmäßig werden auch Chats mit Politikerinnen und Politikern veranstaltet. Medienbeiträge, die in der DemokratieWERKstatt entstehen (Radio, Zeitung oder Film), werden auf der Kinderinternetseite publiziert. Im Erwachsenenbereich stehen Unterrichtsmaterialien und Arbeitsblätter kostenlos zum Download zur Verfügung.

Information:

www.demokratiewebstatt.at

E-Mail: info.demokratiewebstatt@parlament.gv.at

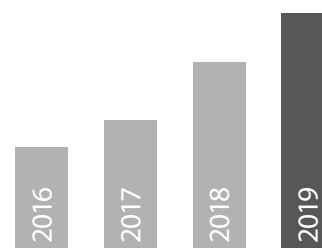
www.facebook.com/Demokratiewebstatt



Zugriffe auf
demokratieWEBstatt.at:

1.398.895

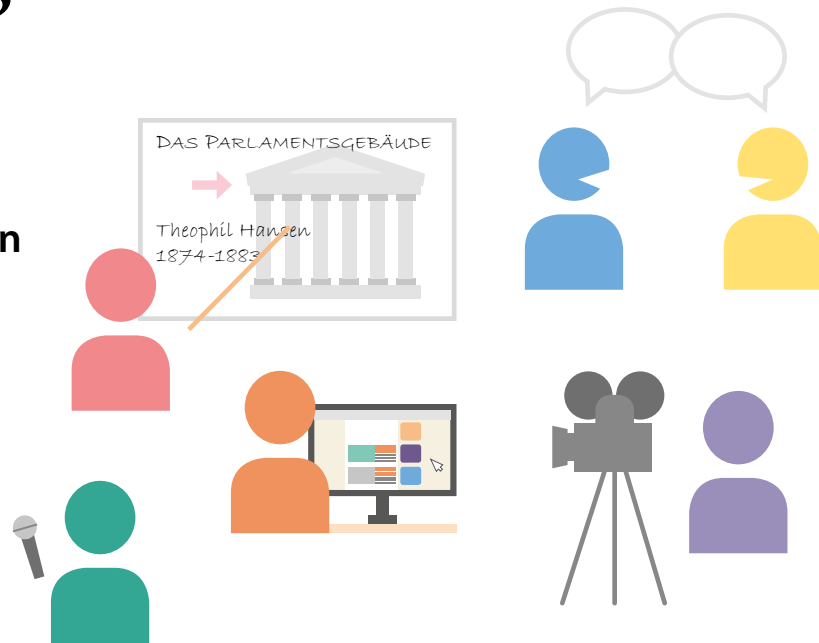
Zugriffssteigerung pro Jahr



Die DemokratieWERKstatt wird erwachsen: Neue Module für Jugendliche ab 15

9.500
SchülerInnen
pro Jahr

460
Workshops



Seit mehr als zwölf Jahren gibt es die DemokratieWERKstatt im Parlament als Angebot der politischen Bildung am Originalschauplatz der Gesetzgebung. In vierstündigen Workshops werden die Grundlagen unseres demokratischen Systems – Gewaltenteilung, Gesetzgebung, Funktion und Aufgaben von ParlamentarierInnen, die Grundlagen der demokratischen Mitbestimmung, Europa, die Geschichte der Republik sowie Medien und der Umgang mit Informationen – vermittelt. Gleichzeitig wird besonderer Wert auf die Förderung der Selbst-artikulationsfähigkeit sowie der Medienkompetenz gelegt. Regelmäßig sind Abgeordnete zum Nationalrat, BundesrätInnen, Mitglieder des Europäischen Parlaments, EuropaexpertInnen und JournalistInnen zu Gast in den Workshops.

Richtete sich das Angebot ursprünglich ausschließlich an Kinder und Jugendliche der dritten bis achten Schulstufe, so war sehr schnell klar, dass die spezielle didaktische Zugangsweise der DemokratieWERKstatt nicht nur für diese, sondern auch für Ältere funktioniert. Ein erster großer Schritt in Richtung Erweiterung der Zielgruppe erfolgte 2015 mit dem Start des Lehrlingsforums der DemokratieWERKstatt,

in dessen Rahmen ebenfalls vierstündige Workshops angeboten werden, bis 2018 mit drei thematisch unterschiedlichen Modulen: Demokratie, Parlament, PolitikerInnen.

LEHRLINGSFORUM EUROPÄISCHE UNION

Anlässlich der Wahlen zum Europäischen Parlament 2019 wurde nun ein neues Workshopmodul des Lehrlingsforums zum Themenkreis Europäische Union entwickelt und damit das Angebot für Lehrlinge weiter ergänzt. Im Lehrlingsforum Europäische Union erfahren Lehrlinge, wie Entscheidungen in der Europäischen Union zustande kommen. Es geht um die Notwendigkeit von Verhandlungen und Kompromissen und generell um die Relevanz der EU in unserer Gesellschaft. Gleichzeitig wird auch der kritische Umgang mit Informationen thematisiert. Ziel ist es, das aktive Interesse an der EU zu wecken, die bewusste Auseinandersetzung mit diesem Themenkreis anzuregen sowie die eigenen Chancen und Möglichkeiten innerhalb der EU zu erkennen.

Wesentlicher Bestandteil ist ein Planspiel zur EU-Gesetzgebung, das anhand einer konkre-

ten Problemstellung verdeutlicht, dass an dieser Gesetzgebung viele Ebenen und Interessengruppen beteiligt sind. Auch InteressenvertreterInnen/LobbyistInnen und die nationale Presse haben dabei eine Rolle.

Die Lehrlinge beschäftigen sich damit, wie diese verschiedenen Interessen in der EU Berücksichtigung finden und in den Entscheidungsprozess einfließen. Durch das Nachspielen dieses Prozesses im Planspiel können sie die Zusammenhänge persönlich erleben und damit besser verstehen und nachvollziehen. Der Prozess, wie man in der EU zu Entscheidungen kommt, ist sehr komplex. Es gilt, die Sichtweisen von 28 Ländern und 500 Millionen Bürgerinnen und Bürgern unter einen Hut zu bringen, sodass die Interessen jedes Landes, jeder Gruppe, aber natürlich auch jedes Einzelnen möglichst gut berücksichtigt werden. Sich damit zu beschäftigen, sich auch kritisch damit auseinanderzusetzen, ist wichtig, weil diese Entscheidungen das tägliche Leben stark beeinflussen: Die EU ist nicht etwas, das weit weg ist, sondern Teil unseres Lebens, diese Entscheidungen haben Auswirkungen darauf, wie unser Lebensumfeld gestaltet wird. Und das Einbeziehen der verschiedenen Ebenen und Interessen in der EU ist bewusst so vorgesehen und notwendig, um zu einer Lösung zu kommen.

In Kleingruppen steigen die Lehrlinge in die Themen des Workshops ein. Sie beschäftigen sich mit den Zielen und Werten der EU, mit den Rechten und Pflichten von EU-BürgerInnen (Welche Möglichkeiten bietet die EU für die/den Einzelne/n? Was kann/soll man beitragen?), sowie damit, wie sich die europäische Zusammenarbeit gestaltet und wo die Kompetenzen der EU liegen. Danach startet das Planspiel EU-Gesetzgebung, bei dem die Teilnehmenden in die Rolle der verschiedenen Protagonisten der EU-Gesetzgebung (Kommission, Rat und Parlament) schlüpfen, aber auch in Rollen, die ebenfalls Einfluss nehmen, wie z.B. Medien und LobbyistInnen. Sie durchleben den Ablauf eines Gesetzwerdungsprozesses anhand eines fiktiven Beispiels aus dem Bereich Arbeit und Beschäftigung. Die Ergebnisse werden in einem Podcast dokumentiert und vorgespielt. In einer Reflexionsrunde diskutieren die Teilnehmenden in der Gesamtgruppe über wichtige Passagen und Begriffe aus ihrem Podcast, vor allem in Richtung: Was kann ich mir aus diesem Planspiel mitnehmen? Verschiedenste Inhalte können nochmals reflektiert und mit dem eigenen Lebensumfeld in Verbindung gebracht werden, man kann die eigenen Vorstellungen, inwieweit man selbst innerhalb der EU mitbestimmen kann, weiterentwickeln und verfestigen. Wie bei allen Werkstätten

des Lehrlingsforums werden die Ergebnisse danach auf www.lehrlingsforum.parlament.at zur Verfügung gestellt.

WERKSTATT MIT ZEITZEUGINNEN: GESCHICHTE DURCH GESCHICHTEN

Die DemokratieWERKstatt fungiert für das Parlament immer wieder als Anbindung von und nach außen. Schon anlässlich der 75. Wiederkehr der Annexion Österreichs im Jahr 2013 wurden in der Werkstatt Zeitreise sowohl die Vorgeschichte als auch die Ereignisse jener Zeit für Schulklassen erstmals unter Einbeziehung von Zeitzeuginnen und Zeitzeugen thematisiert. Auch geschichtliche Ereignisse nach 1945 sind aber von den Kindern und Jugendlichen heute sehr weit entfernt. Sie können Wissen darüber, was früher passiert ist, aus der subjektiven Sicht des persönlichen Erlebens von Familienmitgliedern oder Lehrpersonen erfahren, aber auch von anderen Menschen, die eine bestimmte Zeit selbst, möglicherweise in einer tragenden Rolle, erlebt und mitgestaltet haben. Zeitzeuginnen und Zeitzeugen als Quelle eröffnen den Jugendlichen die Möglichkeit, sich auf einer sehr individuellen Ebene mit historischen Ereignissen auseinanderzusetzen. Das ist ein Zugang, der die Einordnung geschichtlicher Fakten erleichtert.

Um den Jugendlichen prägende Epochen der Geschichte der Republik bis herauf in die Gegenwart möglichst authentisch vor Augen zu führen, wurde ein eigenes Format entwickelt, in dem sowohl Zeitzeuginnen für die Zeit vor 1945 als auch für die Geschichte der Zweiten Republik eingeladen werden. Diese Werkstatt ZeitzeugInnen richtet sich an SchülerInnen ab der neunten Schulstufe, die aufgrund des größeren Vorwissens sowie der Bereitschaft, komplexere Zusammenhänge zu diskutieren, vertiefende Inhalte benötigen. Für die jungen Erwachsenen werden dadurch sowohl philosophische als auch gesellschaftspolitische Strömungen nachvollziehbar gemacht, es wird zudem thematisiert, wie die Gesellschaft auf diese Entwicklungen reagierte – mit allen Auswirkungen auf die heutige Zeit.

Das Gesamtangebot der DemokratieWERKstatt für Lehrlinge und SchülerInnen der Sekundarstufe II (15- bis 19-Jährige) wurde damit von drei auf fünf Module erweitert. Erklärtes Ziel ist es, den jungen Erwachsenen die entscheidende Bedeutung ihrer Mitbestimmung, ihrer Teilhabe und ihres Engagements auf allen demokratischen Ebenen, vor Augen zu führen.

Weitere Informationen finden Sie unter www.demokratiewerkstatt.at und www.lehrlingsforum.parlament.at



Runderneuerung eines ehrwürdigen Hauses

2019 war bei der Generalsanierung des Parlamentsgebäudes ein Jahr der Zwischenetappe. In allen Bereichen des Hauses und auf allen Ebenen wurden die Arbeiten zügig vorangetrieben. Der Bogen war weit gespannt: vom logistischen Kraftakt bis hin zu denkmalpflegerischer Feinarbeit.

Vom Keller bis zum Dach – so lassen sich die Arbeiten zur Sanierung des Parlamentsgebäudes im vergangenen Jahr zusammenfassen. Es gab praktisch keinen Winkel des Hauses, in dem nicht gewerkt wurde. Die Zeit hat nun einmal allerorten ihre Spuren hinterlassen.

Im Fokus stand weiterhin das Areal rund um den Nationalratssitzungssaal. Nach den massiven Abbrucharbeiten war der Wiederaufbau in vollem Gange. Unter dem Saal, im ehemaligen Mischraum, entsteht ein neues Ausschusslokal, das parlamentarische Untersuchungsausschüsse beherbergen wird. Noch eine Etage tiefer, im zweiten Untergeschoß, entsteht die Haustechnikzentrale Süd. Zug um Zug wurde der Rohbau vorangetrieben.

Nicht minder komplex und herausfordernd war, was sich über dem Saal abspielte. Das neue Glasdach ist eine der wichtigsten Etappen der Sanierung, es steht für die weitere Öffnung des Hauses und für Transparenz. In einem logistischen Kraftakt wurden von riesigen Kränen vier jeweils 46.000 Kilo schwere Stahlringteile in die Höhe gehievt und dann zu einem Druckring zusammengesetzt. Dieser dient als Unterkonstruktion für die Glaskuppel.

Generell stellt das Dach einen wesentlichen Teil der Generalsanierung dar. Das Originaldach wurde seinerzeit von Architekt Theophil Hansen in Anlehnung an antike Vorbilder mit sogenannten Mönchs- und Nonnenziegeln nachgebildet. 1945 fast zur Gänze durch Bombentreffer zerstört, wurde es mit den in den Nachkriegsjahren zur Verfügung stehenden Geldmitteln und Materialien notdürftig erneuert und in den Folgejahren als Flickwerk immer wieder repariert. Rund 8.000 Quadratmeter Dachfläche – mehr als das Spielfeld im Wiener Ernst-Happel-Stadion misst – werden erneuert.

Als spektakulär lassen sich auch die Arbeiten unter dem Bundesversammlungssaal beschreiben. Hier wird im Rohbau Raum für ein zusätzliches Ausschusslokal geschaffen. Dazu musste der Bereich mittels Stahlträgern unterfangen werden – ein angesichts des wertvollen, weil im ursprünglichen Zustand erhaltenen Saales überaus heikles Vorhaben. Rege Aktivitäten gab es auch ober- und unterhalb der Säulenhalle. Im Zuge der Generalsanierung soll die Öffnung des Hauses für die Bevölkerung forciert werden. Dazu entsteht im Dachbereich ein neues Restaurant, das auch für BesucherInnen zugänglich sein wird. Für die gastronomischen Flächen samt rund 400 Quadratmetern Terrassenlandschaft mit Panoramablick musste zur Verstärkung eine Zwischendecke aus Stahlträgern eingezogen werden. Die vorhandene Konstruktion würde dem zu erwartenden Gewicht nicht standhalten.

Unterhalb der Säulenhalle wird das neue Besucherzentrum, die Agora, errichtet. Auch hier war eine statische Optimierung durch Einbau massiver Stahlträger erforderlich. Dabei war höchste Sorgfalt geboten: Zwei Drittel der gemauerten Pfeiler und Bögen wurden abgebrochen, die Last der darüber liegenden Säulenhalle wird durch eine Stahlkonstruktion getragen und abgesichert – eine bautechnische Herausforderung, sowohl für die Planenden als auch für die Ausführenden. Die tonnenschweren Stahlträger mussten in ein bestehendes Gebäude eingebracht werden, die denkmalgeschützte Säulenhalle durfte nicht beeinträchtigt werden. Der Boden wurde durch ein spezielles Monitoringsystem überwacht, um die kleinste Bewegung zu registrieren. Besondere Erschwernis: Für die Arbeiten unterhalb der Säulenhalle gab es wenig Platz, sie mussten weitgehend manuell durchgeführt werden.

Parallel zu den Bauarbeiten lief im Frühjahr die Restaurierung der Oberflächen an, die gut eineinhalb Jahre in Anspruch nehmen wird. Gestartet wurde im ersten Obergeschoß, im Bundesversammlungssaal

und in diversen Büros. Denkmalpflegerisches Ziel bei der Bearbeitung aller historischen Oberflächen – unter anderen Stein und Dekorationsmalereien – sind vorrangig die Reinigung und die Konservierung. So soll die Patina erhalten bleiben, das Gebäude aber in neuem Glanz erstrahlen. Zugleich wird die erhalten gebliebene historische Möblierung restauriert. Darüber hinaus werden rund 740 Fenster und 500 Türen vor Ort restauriert sowie thermisch und sicherheitstechnisch adaptiert. Alle Arbeiten werden fast ausschließlich von heimischen Klein- und Mittelbetrieben erbracht.

Zusammenfassend ist zu sagen: Das Projekt liegt unverändert im Kostenplan, auch hinsichtlich der Qualität gibt es zum Plansoll keine Abweichungen. Per Jahresende waren 96 Prozent der Vergabeverfahren abgewickelt und 83 Prozent der Bauleistungen vergeben. Und keinesfalls zuletzt ist wichtig: auch 2019 war auf der Baustelle Parlamentsgebäude ein unfallfreies Jahr.

Das Projekt liegt unverändert im Kostenplan, auch hinsichtlich der Qualität gibt es zum Plansoll keine Abweichungen. Per Jahresende waren 96 Prozent der Vergabeverfahren abgewickelt und 83 Prozent der Bauleistungen vergeben. Und keinesfalls zuletzt ist wichtig: auch 2019 war auf der Baustelle Parlamentsgebäude ein unfallfreies Jahr.



Historische Luster erstrahlen in neuem Glanz

Eine Spezialfirma im westlichen Niederösterreich restauriert die mehr als 400 Parlamentsleuchten und die Lüftungsgitter – allesamt Originalstücke nach den Plänen von Theophil Hansen.

In einer Halle in Ramingdorf im äußersten Westen von Niederösterreich, in Blicknähe zu Steyr, lagert ein besonderer Schatz: die Luster aus dem Parlamentsgebäude, in Baumwolltücher gehüllt und in Kisten verpackt, vor Beschädigung und Verschmutzung geschützt. Sie werden hier fachgerecht restauriert. Der Auftrag dazu ging an die Firma Kny Design.

„Dieser Auftrag ist eine Referenz und eine wunderbare Aufgabe“, sagt Harald Kny. Er führt in dritter Generation den Familienbetrieb, der mit seinen knapp 50 MitarbeiterInnen auf Lösungen im Bereich

Lichtdesign spezialisiert ist und den Bogen zwischen Tradition und Innovation spannt.

PENIBEL DOKUMENTIERT

Der Parlamentsauftrag ist allerdings nicht nur ehrenvoll, sondern auch überaus komplex und herausfordernd. Alles in allem gilt es rund 450 Leuchten zu sanieren, einen Teil davon vor Ort, den Großteil im Werk. Dazu kommen die Lüftungsgitter. Die Luster wurden bei der Demontage im Frühjahr 2018 Stück für Stück nach Typ, Materialien und Zustand dokumentiert sowie doppelt – einmal nach bisherigem und einmal nach künftigem Ort – durchnummeriert.



Nicht alle werden am Ende an ihrem angestammten Platz hängen.

Die eigentliche Restaurierung ist ein langwieriger, aus mehreren Schritten bestehender Prozess. Zuerst werden die Leuchten mittels Druckluft, feinhaarigen Pinseln und Mikrofasertuch entstaubt, anschließend erfolgt die Feuchtreinigung. Jeder Arbeitsgang ist mit dem Bundesdenkmalamt abgestimmt und penibel beschrieben.

SPANNENDE ZEITREISE

„Es ist spannend, anhand der Leuchten eine Zeitreise zu unternehmen“, sagt Harald Kny. Ein spezieller Reiz liege darin, den Plänen von Theophil Hansen, des Architekten des Parlamentsgebäudes, nachzuspüren. Hansen habe das Ringstraßengebäude im Ganzen wie bis in kleinste Details genial geplant. Das werde bei der Beschäftigung mit den Lustern erlebbar.

Jedoch ist bei Weitem nicht mehr alles original. Im Laufe von mehr als einem Jahrhundert wurde vieles verändert, hinzugefügt, nachgebaut, dem technischen Standard und den Erfordernissen der jeweiligen Zeit angepasst. So wurde die ursprüngliche Vergoldung im Zuge bisheriger Restaurierungen oft durch Messingbronze ersetzt.

Das wird zum Teil so belassen, weil es mittlerweile ebenfalls historisch ist, einiges muss aber korrigiert werden – die Elektrotechnik etwa, die nachträglich und in Etappen installiert wurde, aber längst nicht mehr heutigem Standard entspricht und teils in desolatem Zustand ist.

Harald Kny ist mit dem bisherigen Verlauf der Arbeiten zufrieden: „Wir sind gut im Rennen und werden zeitgerecht fertig sein.“ Die Montage wird erst in der Endphase der Generalsanierung erfolgen, quasi das Haus zum Finale in neuen Glanz versetzen.



„Positives Feedback macht uns stolz“

Abbruch und Rohbau dominierten 2019 die Generalsanierung des Parlamentsgebäudes. Das große Orchester an ArbeiterInnen verschiedener Professionen wird von Projektleiter Wolfgang Schubert dirigiert.

2019 war bei der Generalsanierung des Parlamentsgebäudes das Jahr der Zwischenetappe. Was ist grosso modo passiert?

Das Jahr 2019 stand ganz im Zeichen der Abbruch- und Rohbauarbeiten im Bereich des Nationalratssitzungssaals, des neuen Besucherzentrums, der sogenannten Agora, unter der Säulenhalle, sowie unter dem Bundesversammlungssaal. Neben den statischen Maßnahmen wurde bereits mit der Errichtung der vier neuen Hauptstiegenhäuser, der Erneuerung der Dachfläche, dem Innenausbau und dem Wiederverlegen des ausgelösten historischen Terrazzobodens in den Gängen begonnen.

Und wie sah der Jahresfahrplan 2019 im Detail aus?

Es konnte 2019 eine Reihe statischer Rohbaumaßnahmen erfolgreich – ohne Schäden an der historischen Substanz – abgeschlossen werden:

- April 2019: Abfangen der Decke unter dem ehemaligen Bundesratssaal;
- Mai 2019: Fertigstellung der Haustechnikzentrale Süd unter dem Nationalratssitzungssaal;
- Mai 2019: Abfangen der Decke unter dem ehemaligen Abgeordnetensprechzimmer;
- Juni 2019: Fertigstellung der Haustechnikzentrale Nord unter dem Bundesversammlungssaal;
- November 2019: Abfangen der Gewölbedecke unter der Säulenhalle;
- November 2019: Fertigstellung Stahl Druckring für das neue Glasdach über dem Nationalratssitzungssaal;
- November 2019: bauliche Fertigstellung Lokal I;
- Dezember 2019: bauliche Fertigstellung Lokal II.

Was waren im vergangenen Jahr die größten Herausforderungen?

Sämtliche massiven statischen Maßnahmen fanden unter- oder oberhalb von historischen Bereichen

statt. Um keine Schäden an diesen wertvollen Gebäudeteilen herbeizuführen, musste demzufolge sehr präzise und vorsichtig gearbeitet werden. Dabei wurden die schützenswerten Bestandstrag-



strukturen mittels Monitoring vollautomatisch und permanent überwacht.

Eine weitere Herausforderung bestand in der Baulogistik. Nicht nur, dass gleichzeitig circa 30.000 Tonnen Abbruchmaterial und circa 25.000 Tonnen Erdmaterial über Höfe aus dem Gebäude abtransportiert werden mussten, war es zum Teil auch notwendig, einzelne tonnenschwere Stahlträger manuell in das Gebäude zu verfrachten. Dies geschah unter beengten Platz- und Lagerverhältnissen außerhalb und innerhalb des Gebäudes.

Wie fällt Ihre Jahresbilanz aus?

Wenn man durch die Baustelle geht und die positiven Rückmeldungen der handelnden Personen, der Auftraggeber sowie der Journalisten bei den Medienrundgängen wahrnimmt, kann man wirklich sehr stolz auf die erbrachten Leistungen sein. In die-

sem Zusammenhang möchte ich mich ausdrücklich bei meinem gesamten Team für den unermüdlichen Einsatz und die großartigen Leistungen bedanken.

Was steht im Wesentlichen 2020 an?

Die Arbeiten gehen nahtlos in die nächsten Etappen über. Im Wesentlichen werden das sein:

- Fertigstellung der vier Hauptstiegenhäuser und der aufgesetzten Multifunktionsräume im Dachbereich samt Besucherterrassen;
- gesamte Rohbaufertigstellung bis ca. Mitte des Jahres;
- Fertigstellung der neuen Dachdeckung (circa 8.000 Quadratmeter);
- Innenausbau, zum Beispiel Innenputzarbeiten, Trockenbau, Estrich- und Fliesenlegerarbeiten;
- Instandsetzung der Fassaden in den Wirtschaftshöfen.



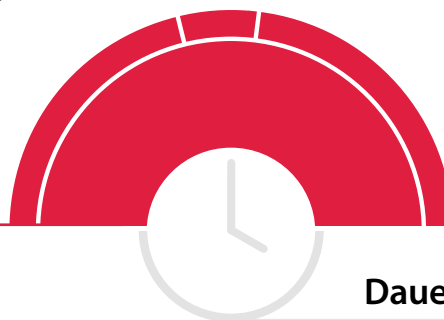
Die Arbeit des Nationalrats in der XXVI. Gesetzgebungs- periode 2017-2019

Anzahl der Plenarsitzungen: **89**

Sitzungen mit Tagesordnung: **38**

Sondersitzungen: **10**

Zuweisungssitzungen: **41**



Dauer (hh:mm):

478:11

FRAGESTUNDEN UND AKTUELLE STUNDEN:



Aktuelle Stunden: **17**



Aktuelle Europa-
stunden: **7**



Fragestunden: **10**

Aufgerufene Münd-
liche Anfragen: **127**

Mündliche Zusatz-
fragen: **128**

Anzahl der
Debatten:

512

Dringliche Debatten: **30**

Dringliche Anträge: **11**

Dringliche Anfragen: **19**

Kurze Debatten: **20**

Anzahl der Steno-
graphischen Protokolle:

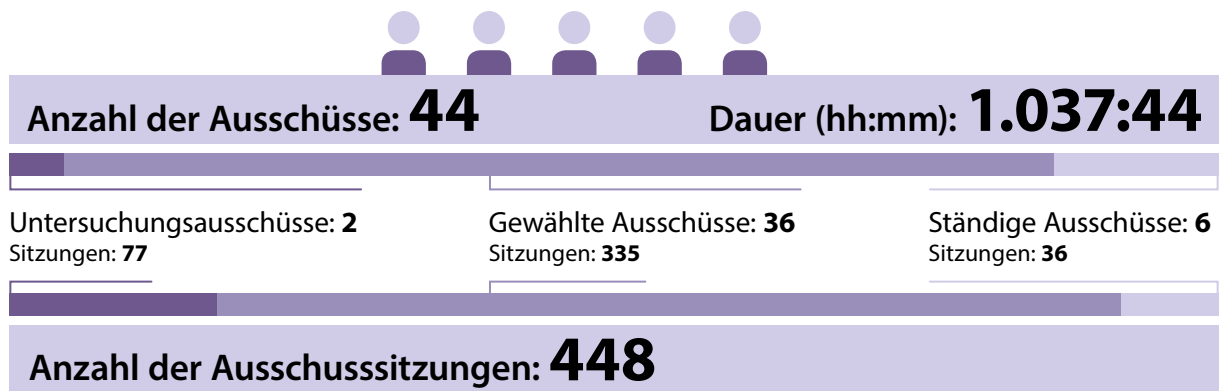
278

Schriftliche Anfragen an
die Bundesregierung:

4.208



Seiten: **15.939**



BESCHLÜSSE:

● Einstimmig ● Stimmenmehrheit

Gesetzesbeschlüsse: 207

57 (27,5 %) 150

Staatsverträge und Vereinbarungen: 37

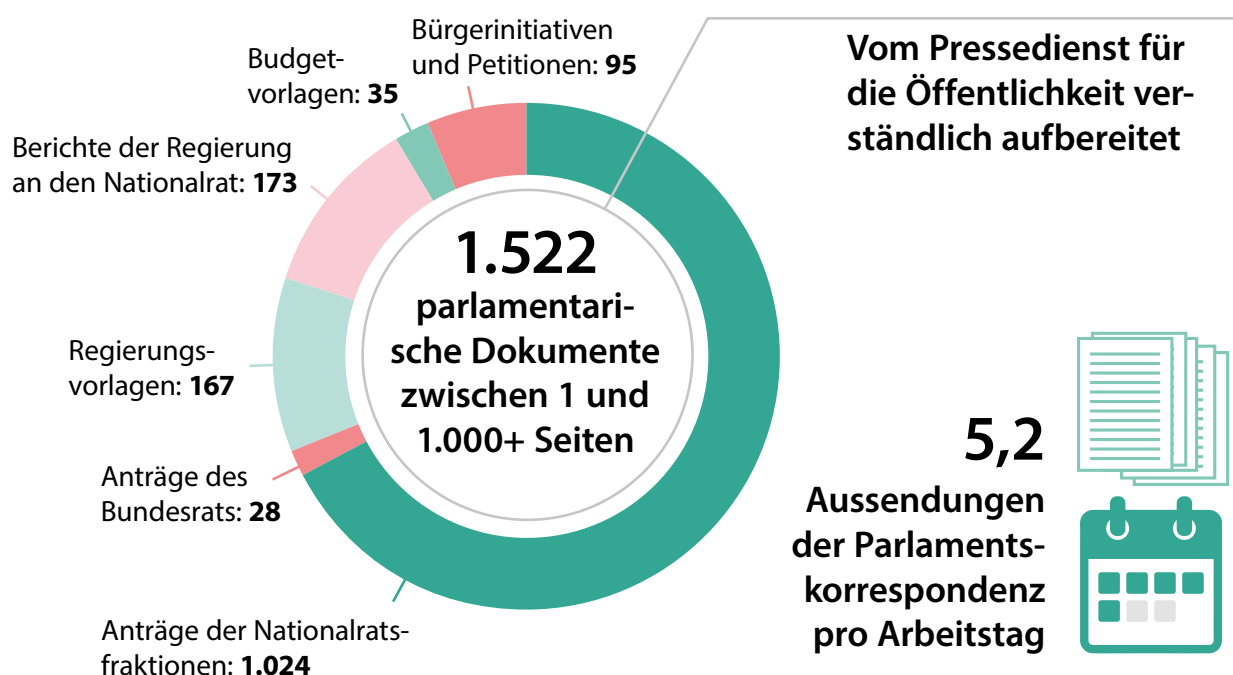
29 (78,4 %) 8

Kenntnisnahmen Plenum: Berichte Bundesregierung, Rechnungshof, Volksanwaltschaft: 137

130 (94,9 %) 7

EntschlieBungen: 153

63 (41,2 %) 90



Nationalrat 2019

in Zahlen

ÜBERSICHT BETREFFEND DIE SCHRIFTLICHEN ANFRAGEN IN 2019 (XXVI. + XXVII. GESETZGEBUNGSPERIODE)									
gerichtet an	ÖVP	SPÖ	FPÖ	GRÜNE	NEOS	JETZT	OK	Gemeinsam	Gesamt
Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz	2	62	17	3	85	33	1	-	203
Bildung, Wissenschaft und Forschung	1	68	5	-	43	16	1	1	135
Bundeskanzleramt	3	48	6	-	37	25	1	-	120
Büro der Bundesministerin/ des Bundesministers im Bundeskanzleramt	1	23	2	1	18	7	-	-	52
Digitalisierung und Wirtschaftsstandort	1	48	-	-	48	12	-	-	109
EU, Kunst, Kultur und Medien	1	24	-	-	19	20	-	-	64
Europa, Integration und Äußeres	1	63	4	2	37	28	-	-	135
Finanzen	1	75	9	3	73	27	1	-	189
Frauen, Familien und Jugend	1	20	-	-	11	7	-	-	39
Inneres	1	133	53	7	106	35	-	-	335
Landesverteidigung	1	42	4	6	48	13	-	-	114
Nachhaltigkeit und Tourismus	1	77	7	1	48	26	-	-	160
Öffentlicher Dienst und Sport	1	46	1	1	29	13	-	-	91
Verfassung, Reformen, Deregulierung und Justiz	1	74	25	4	101	53	-	-	258
Verkehr, Innovation und Technologie	2	54	1	2	38	19	2	-	118
Präsident des Nationalrats	-	3	1	-	2	5	-	-	11
Rechnungshof	-	1	-	-	1	-	-	-	2
	19	861	135	30	744	339	6	1	2.135

ÜBERSICHT BETREFFEND DIE TÄTIGKEIT DES NATIONALRATS IN 2019

	Anzahl	hh:mm
PLENARSITZUNGEN	38	208:46
davon Sitzungen mit Tagesordnung	16	184:12
davon Sondersitzungen	4	22:42
davon Zuweisungssitzungen	18	1:52

VOM PLENUM BESCHLOSSEN, GENEHMIGT BZW. ZUR KENNTNIS GENOMMEN

		Abstimmung			
		Einstimmig		Stimmenmehrheit	
		Anzahl	%	Anzahl	%
Gesetze	93	29	31,2%	64	68,8%
davon Bundesverfassungsgesetze	3	-	-	3	100%
davon einfache Bundesgesetze mit Verfassungsbestimmungen	5	2	40%	3	60%
Staatsverträge	11	7	63,6%	4	36,4%
Vereinbarungen gemäß Artikel 15a B-VG	1	-	-	1	100%
Berichte der Bundesregierung und ihrer Mitglieder	6	2	33,3%	4	66,7%
Berichte der Volksanwaltschaft	1	1	100%	-	-
Berichte des Rechnungshofes	42	42	100%	-	-
StenoProtokolle über parlamentar. Enqueten	-	-	-	-	-
Anträge der Bundesregierung gemäß Art. 49b B-VG	-	-	-	-	-
Beschlüsse zu Vorlagen betr. den ESM	-	-	-	-	-
Vorhaben und Berichte in Angelegenheiten der EU	-	-	-	-	-
Initiativen/Beschlüsse des Europ. Rates od. des Rates	-	-	-	-	-
Entschlüsse	107	38	35,5%	69	64,5%
VON AUSSCHÜSSEN ZUR KENNTNIS GENOMMEN					
Berichte der Bundesregierung und ihrer Mitglieder	34	28	82,4%	6	17,6%

SCHRIFTLICHE ANFRAGEN

Schriftliche Anfragen an Mitglieder d. BReg.	2.122
davon Dringliche	7
Schriftliche Anfragen an	
Präsident des Nationalrats	11
Präsidentin des Rechnungshofes	2
Ausschussobleute	-
Fragestunden	3
Aufgerufene mündliche Anfragen	38
Mündliche Zusatzfragen	40
Aktuelle Stunden	9
Aktuelle Europastunden	4
Ausschusssitzungen	193
davon Unterausschusssitzungen	22
davon Untersuchungsausschusssitzungen	43
Sitzungen der Enquete-Kommissionen	-
Enqueten	-
Sitzungen der Präsidialkonferenz	16

DRINGLICHE ANFRAGEN, DRINGLICHE ANTRÄGE, PETITIONEN UND BÜRGERINITIATIVEN IN 2019

Dringliche Anfragen	7
davon ÖVP	-
davon SPÖ	3
davon FPÖ	1
davon GRÜNE	-
davon NEOS	2
davon JETZT	1
Dringliche Anträge	5
davon ÖVP	-
davon SPÖ	2
davon FPÖ	-
davon GRÜNE	-
davon NEOS	1
davon JETZT	2
eingelangte Petitionen	18
eingelangte Bürgerinitiativen	30

Service und Information

Angebote des Parlaments

INFOTEAM

Suchen Sie nach Informationen zum parlamentarischen Geschehen, zum Gesetzgebungsprozess, den parlamentarischen Kontrollmöglichkeiten oder zu einzelnen MandatarInnen? Das Infoteam hilft bei Fragen zu Parlamentarismus und Demokratie.

Tel.: +43 1 401 10-11
Mo-Fr: 9:00–15:00 Uhr
info@parlament.gv.at

FÜHRUNGEN

Öffentliche Führungen

Das österreichische Parlament bietet kostenlos öffentliche Führungen in deutscher und englischer Sprache an. Für die Führungen benötigen Sie jeweils ein Ticket, das Sie in den Infopoints bzw. am Haupteingang Josefsplatz erhalten. An Sonn- und Feiertagen finden keine Führungen statt. Aufgrund des parlamentarischen Betriebs gibt es zudem weitere spezielle Tage ohne Führungen. Einzelpersonen können jederzeit an Führungen teilnehmen, für Gruppen ist eine Anmeldung notwendig. Aktuelle Informationen zu Tagen ohne Führungen sowie die detaillierten Führungszeiten finden Sie auf unserer Homepage www.parlament.gv.at unter Gebäude und Führungen.

Führungen im Palais Epstein

Samstags werden jeweils um 10:30 Uhr und um 13:30 Uhr öffentliche Führungen durch die Repräsentationsräume des Palais Epstein angeboten. Tickets erhalten Sie am Infopoint Bau.Stelle, wo die Führung startet.

Führungen am Heldenplatz

Die Führung Demokratie.Macht.Orte hat sich zum Ziel gesetzt, die Entwicklung des Parlamentarismus in Österreich umfassend zu erläutern. Bei einem Rundgang auf dem Heldenplatz und seiner Umgebung werden zentrale demokratische Prinzipien vermittelt.

Die Führungen finden von Montag bis Samstag, 10:30 und 13:30 Uhr, statt. Tickets erhalten Sie am Infopoint Platz.Mit.Bestimmung am Heldenplatz, dem Startpunkt der Führung.

Anmeldung und Information zu den Führungen:

Tel.: +43 1 401 10-2400
besucherservice@parlament.gv.at

VERANSTALTUNGEN

Das Parlament ist regelmäßig Schauplatz von Veranstaltungen. Der Bogen reicht von Präsentationen über Vorträge und Konferenzen bis hin zu Kulturterminen. Informationen zu öffentlichen Veranstaltungen und zur Anmeldung finden Sie unter www.parlament.gv.at/veranstaltungen. Überdies finden Sie auf der Website des Parlaments ausführliche Berichterstattung zu Veranstaltungen.

Ausstellungsort Heldenplatz

Am Heldenplatz bespielt das Parlament eine frei zugängliche Ausstellungsfläche mit künstlerischen Installationen zu historischen und aktuellen Themen mit Parlamentsbezug. 2019 standen die Themen 100 Jahre Frauenwahlrecht und 30 Jahre Mauerfall im Mittelpunkt, neue Projekte werden laufend präsentiert.

DEMOKRATIEWEBSTATT

Die Kinderinternetseite DemokratieWEBstatt bietet Kindern und Jugendlichen ab acht Jahren altersgerechte Informationen über die Aufgaben und Abläufe im Hohen Haus. Regelmäßig werden Chats mit Politikerinnen und Politikern angeboten. Schulklassen aus ganz Österreich haben hier die Möglichkeit, im Chat Fragen direkt an die Abgeordneten zu richten.

Tel.: +43 1 401 10-2246
info.demokratiewebstatt@parlament.gv.at
www.demokratiewebstatt.at

KINDER, JUGENDLICHE UND LEHRLINGE

Führungen für Jugendliche und Lehrlinge

Für Jugendliche ab zwölf sowie für Lehrlinge werden spezielle altersgerechte Führungen durch Räume des Parlaments in der Hofburg angeboten.

Anmeldung und Information:

Tel.: +43 1 401 10-2400
besucherservice@parlament.gv.at

Demokratie in Bewegung

Unter dem Titel Demokratie in Bewegung bietet das Parlament in Kooperation mit dem Österreichischen Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum zwei Workshops für SchülerInnen und Lehrlinge am jeweiligen Schulstandort an. Das Modul Bildung gegen Vorurteile behandelt das Thema Antisemitismus, das Modul Das Parlament kommt zu dir erklärt die Themen Demokratie und Parlamentarismus.

Termine buchen

Tel.: +43 1 545 25 51-42

termine_1@oegwm.ac.at

www.demokratie-in-bewegung.at

BESUCH VON PLENARSITZUNGEN

Die Sitzungen des Nationalrats und des Bundesrats sind grundsätzlich öffentlich zugänglich. Für den Zutritt zum Gebäude benötigt man einen gültigen Lichtbildausweis. Für Einzelpersonen sind im Normalfall Sitzplätze vorhanden. Für Gruppen über fünf Personen ist eine Anmeldung notwendig.

Anmeldung und Information:

Tel.: +43 1 401 10-2400

besucherservice@parlament.gv.at

INFOPOINTS

Die Infopoints bieten den BesucherInnen des DemokratieQuartiers ein umfassendes Informationsangebot rund um Parlamentsführungen, die Sanierung des Parlamentsgebäudes, Demokratie und Parlamentarismus. Der Infopoint Bau.Stelle befindet sich vor dem historischen Parlamentsgebäude am Ring, den Infopoint Platz.Mit.Bestimmung finden Sie im Erdgeschoss des Pavillon Burg am Heldenplatz. Ein weiterer Infopoint wurde am Haupteingang Josefsplatz in der Hofburg eingerichtet. In jedem Infopoint werden in einem Shopbereich Geschenkartikel mit Parlamentsbezug und Literatur zu Parlamentarismus und Demokratie angeboten.

Öffnungszeiten und Kontakt:

Mo-Sa: 10:00–17:00 Uhr

Tel.: +43 1 401 10-2006

shop@parlament.gv.at

PRESSEDIENTST

Der Pressedienst informiert via APA-OTS, auf www.parlament.gv.at und in den sozialen Medien über das aktuelle parlamentarische Geschehen und ist die Servicestelle für MedienvertreterInnen.

Tel.: +43 1 401 10-2272

pressedienst@parlament.gv.at

Parlamentskorrespondenz

In den Meldungen der Parlamentskorrespondenz sind die parlamentarischen Diskussionen und Veranstaltungen kompakt zusammengefasst – ein unabhängiger und sachkundiger Wegweiser durch den Gesetzgebungsprozess von der Initiative über die Ausschüsse bis hin zu den Plenarsitzungen. Mit einem kostenlosen E-Mail-Abonnement erhalten Sie die Aussendungen direkt.

Medienservice

Der Pressedienst ist Ansprechpartner für MedienvertreterInnen, die im Parlament recherchieren, fotografieren oder filmen möchten. Die Abteilung wickelt die Medienanfragen für die Parlamentsdirektion ab und betreut MedienvertreterInnen bei öffentlichen Sitzungen oder Veranstaltungen.

Social Media

Der Pressedienst ist auch die Social-Media-Redaktion für Facebook @OeParl, Twitter @OeParl, Instagram @Oeparl und YouTube @OeParl. Videoproduktionen ergänzen das Informationsangebot.



@OeParl



@OeParl | #OeParl



@OeParl



OeParl

PARLAMENTSbibliothek IM PALAIS EPSTEIN

Als Forschungs- und Informationszentrum für Demokratie, Parlamentarismus, Politik und Recht bietet die Parlamentsbibliothek mehr als 370.000 Bücher und 43.000 Aufsätze, rund 260 aktuelle Fachzeitschriften und Zeitungen sowie zahlreiche Onlinedatenbanken. Der Bibliothek ist das Parlamentsarchiv angeschlossen, das die Archivalien der gesetzgebenden Körperschaften ab 1861 umfasst.

Kontakt und Information:

Mo-Fr: 8:00 bis 16:00 Uhr

Beachten Sie bitte, dass für den Zutritt die Vorlage eines amtlichen Lichtbildausweises notwendig ist!

Tel.: +43 1 401 10-2285

bibliothek@parlament.gv.at

Onlinesuchportal

bibliothek.parlament.gv.at

www.parlament.gv.at/bibliothek

www.parlament.gv.at/archiv

Bildnachweise

S. 2-3:

(links, Mitte) © Parlamentsdirektion/Michael Buchner
(rechts) © Parlamentsdirektion/Bernhard Zofall

S. 6: © Parlamentsdirektion/Johannes Zinner

S. 8-9: © Parlamentsdirektion/Johannes Zinner

S. 10-11: (alle) © Parlamentsdirektion/Johannes Zinner

S. 12: © Parlamentsdirektion/Johannes Zinner

S. 13: © Parlamentsdirektion/PHOTO SIMONIS

S. 14-15: (alle) © Parlamentsdirektion/PHOTO SIMONIS

S. 16-17: © Parlamentsdirektion/Johannes Zinner

S. 20: © Parlamentsdirektion/Thomas Jantzen

S. 21-22: (alle) © Parlamentsdirektion/Johannes Zinner

S. 25: © Parlamentsdirektion/Johannes Zinner

S. 29: © Parlamentsdirektion/Thomas Jantzen

S. 31: (alle) © Parlamentsdirektion/Johannes Zinner

S. 32: © Parlamentsdirektion/Michael Buchner

S. 33: © Parlamentsdirektion/Johannes Zinner

S. 34: © Parlamentsdirektion/Johannes Zinner

S. 38: © Parlamentsdirektion/Johannes Zinner

S. 41: © Furkan Cavuslu, Oktay Elgit, Stefan Habitzl,
Eric Hoffelner, Johannes Holzer, Georg Hübner, Georg
Knoll, Lucas Tillian, Daniel Undesser

S. 42: © Parlamentsdirektion/Thomas Jantzen

S. 43: © Parlamentsdirektion/Johannes Zinner

S. 44: © Parlamentsdirektion/Johannes Zinner

S. 45: © Parlamentsdirektion/Johannes Zinner

S. 46: © Parlamentsdirektion/René Flugler

S. 47: © Parlamentsdirektion/Johannes Zinner

S. 49: © Parlamentsdirektion/Johannes Zinner

S. 50: © HBF/Peter Lechner

S. 52: © Parlamentsdirektion/Thomas Topf

S. 55: © HBF/Daniel Trippolt

S. 56-57: © Parlamentsdirektion/Thomas Jantzen

S. 58: (alle) © Parlamentsdirektion/Johannes Zinner

S. 59:

(oben) © Parlamentsdirektion/Michael Buchner
(Mitte links) © Parlamentsdirektion/Thomas Jantzen
(Mitte rechts) © Parlamentsdirektion/Thomas Topf
(unten) © Parlamentsdirektion/Johannes Zinner

S. 62: (alle) © Parlamentsdirektion/Johannes Zinner

S. 63: © Parlamentsdirektion/Thomas Jantzen

S. 64: (alle) © Parlamentsdirektion/Johannes Zinner

S. 65: © www.cerimagic.ba

S. 66: © www.cerimagic.ba

S. 67: © www.cerimagic.ba

S. 68-69:

1) © Parlamentsdirektion/Johannes Zinner

2) © Parlamentsdirektion/Johannes Zinner

3) © Parlamentsdirektion/Johannes Zinner

4) © Parlamentsdirektion/Thomas Topf

5) © Parlamentsdirektion/Thomas Topf

6) © Parlamentsdirektion/Thomas Topf

7) © Parlamentsdirektion/Thomas Jantzen

8) © Katja Kodba

9) © Katja Kodba

10) © Parlamentsdirektion/Foto Serra

S. 70-71:

11) © Parlamentsdirektion/René Flugler

12) © Council of Europe Photographer/Ellen Wuibaux

13) © Parlamentsdirektion/Johannes Zinner

14) © Parlamentsdirektion/Johannes Zinner

15) © Parlamentsdirektion/Johannes Zinner

16) © Parlamentsdirektion/Thomas Jantzen

17) © Parlamentsdirektion/Thomas Jantzen

18) © Parlamentsdirektion/Thomas Topf

19) © Parlamentsdirektion/www.vogl-perspektive.at

20) © Parlamentsdirektion/Thomas Jantzen

21) © Parlamentsdirektion/www.vogl-perspektive.at

S. 72-73:

22) © Parlament/Anna Gabriel

23) © Parlamentsdirektion/Johannes Zinner

24) © Parlamentsdirektion/Johannes Zinner

25) © Parlamentsdirektion/Johannes Zinner

26) © Parlamentsdirektion/Johannes Zinner

27) © Parlamentsdirektion/Thomas Topf

28) © Paul Trummer/TravelLightart

29) © Paul Trummer/TravelLightart

30) © Parlamentsdirektion/Johannes Zinner

31) © Parlamentsdirektion/Johannes Zinner

32) © Parlamentsdirektion/Johannes Zinner

S. 76:

(links oben) © Parlamentsdirektion/Michael Buchner

(links Mitte) © Parlamentsdirektion/Thomas Topf

(links unten) © Parlamentsdirektion/Michael Buchner

S. 77: © Parlamentsdirektion/BKA/Christopher Dunker

S. 78-79:

(oben links) © Parlamentsdirektion/Johannes Zinner
(oben Mitte) © Parlamentsdirektion/Ulrike Wieser
(oben rechts) © Parlamentsdirektion/Ulrike Wieser
(Mitte links) © Parlamentsdirektion/Ulrike Wieser
(Mitte rechts) © Parlamentsdirektion/Ulrike Wieser
(unten links) © Parlamentsdirektion/Ulrike Wieser
(unten Mitte) © Parlamentsdirektion/Ulrike Wieser
(unten rechts) © Parlamentsdirektion/Johannes Zinner

S. 84-85: © Parlamentsdirektion/Michael Buchner

S. 87: (alle) © Parlamentsdirektion/Thomas Topf

S. 88-89: (alle) © Parlamentsdirektion/Gerhard Marschall

S. 90-91: © Parlamentsdirektion/Thomas Topf

S. 100-101: © Parlamentsdirektion/Michael Buchner

Statistiken und Infografiken

S. 18-19, 23, 35, 37, 60-61, 74-75, 80-81, 82, 92-93:

© Parlamentsdirektion/Pia Wiesböck

Impressum:

Herausgeberin, Medieninhaberin und Herstellerin: Parlamentsdirektion

Adresse: Dr.-Karl-Renner-Ring 3, 1017 Wien

Redaktion: CR Andreas Pittler, Susanne Roth

Grafische Gestaltung (Layout, Grafik, Fotobearbeitung): Pia Wiesböck

Korrektur: Johanna Axmann, Aida Besirevic

Druck: Parlamentsdirektion | Wien, im Februar 2020

Wir haben uns bemüht, alle Bildrechte zu recherchieren. Falls Sie diesbezüglich Rechtsansprüche haben, bitten wir Sie, sich mit uns unter photo@parlament.gv.at in Verbindung zu setzen.



Bewegende Momente

Moving Moments

Das Ende der Teilung Europas
The end of a divided Europe

Eine Ausstellung des österreichischen Parlaments
Heldenplatz, Wien
Mai-Dezember 2019

An exhibition organised by the Austrian Parliament
Heldenplatz, Vienna
May-December 2019



REPUBLIK ÖSTERREICH
Parlament



„Bewegende Momente“ – die Ausstellung am Heldenplatz beschreibt das Ende der Teilung Europas im Jahr 1989, Tausende Menschen besuchten die jederzeit öffentlich zugängliche Schau im vergangenen Jahr



@OeParl



@OeParl



@OeParl
#OeParl



OeParl



www.parlament.gv.at